

VI. Eine europäische Dimension der „Endlösung“

Die nationalsozialistische Judenverfolgung im Zweiten Weltkrieg und der Madagaskar-Plan

Mit dem deutschen Überfall auf Polen am 1. September 1939 eröffnete sich den Nationalsozialisten eine neue Dimension der Judenpolitik, die zugleich eine tiefgreifende Zäsur darstellte. Ungleich zahlreicher und ihrer Lebensweise nach völlig verschieden von den weitgehend assimilierten Juden in Deutschland, waren die polnischen Juden nun einer ideologiegeleiteten Herrschaft ausgeliefert, die sie als exemplarische „Gegenrasse“ und personifiziertes Weltübel ansah, von der mithin eine von Beginn an tödliche Bedrohung ausging.

Im Verfolgungsapparat schlug sich diese neue „Herausforderung“ auch organisatorisch nieder. Am 27. September 1939 wurden das Hauptamt Sicherheitspolizei, das Sicherheitshauptamt des Reichsführers SS, das Geheime Staatspolizeiamt und das Reichskriminalpolizeiamt zum Reichssicherheitshauptamt, mit Heydrich als „Chef der Sicherheitspolizei und des SD“ an der Spitze, zusammengefaßt. Am 7. Oktober erhielt Himmler durch Führererlaß seine Bestallung zum „Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums“¹, und am 12. des Monats wurde das Generalgouvernement offiziell errichtet. Mit dieser Konzentration der Überwachungs- und Verfolgungskapazität in Händen Himmlers bzw. des organisatorischen Kopfes Heydrich begann die Sicherheitspolizei, die Kontrolle in den Verfolgungsmaßnahmen weiter an sich zu reißen und zu dominieren. Waren die im Reichssicherheitshauptamt zusammengefaßten Institutionen ursprünglich für die innerhalb des Deutschen Reiches vorhandenen vermeintlichen oder tatsächlichen Gegner zuständig, so wurde, einhergehend mit der territorialen Ausweitung des deutschen Herrschaftsgebietes im Verlauf des Krieges, der Zugriffsbereich wie selbstverständlich auf das Innere des gesamten deutschen Machtbereichs in Europa erweitert.

Das Trachten nach einer „Lösung“ im Sinne Hitlers und Himmlers personifizierte sich in Heydrich und Eichmann. Eichmann wurde, nachdem Heinrich Müller im Oktober seine Stellung als Geschäftsführer der „Reichszentrale für jüdische Auswanderung“ aufgegeben hatte, zu dessen Nachfolger im Amt IV und ab Dezember 1939 für „Räumungsangelegenheiten“ und die „Reichszentrale“ zuständig.

Schon am 21. September hatte Heydrich in einem Schnellbrief an die Chefs aller Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei, betreffend die „Judenfrage im besetzten Gebiet“, unter Berufung auf eine am gleichen Tag abgehaltene Besprechung in Berlin angeordnet, „daß die *geplanten Gesamtmaßnahmen* (also das Endziel) *streng geheim* zu halten“ seien und unterschieden werden müsse „zwischen 1.) dem Endziel (welches längere Fristen beansprucht) und 2.) den Abschnitten der Erfüllung dieses Endzieles, (welche kurzfristig durchgeführt werden)“. Vorerst sollten die Juden vom Lande in den

¹ Abgedruckt in: Buchheim, Die SS – das Herrschaftsinstrument, S. 182–184. Den Titel „Reichskommissar“ in diesem Zusammenhang gab sich Himmler selbst.

größeren Städten konzentriert werden², wodurch sie zu einer handhabbareren Verfügungsmasse wurden, die je nach Möglichkeit und dem Willen des Führers „behandelt“ werden konnte.

Hitler spielte in dieser Zeit zunächst mit dem Reservatgedanken und dachte daran, das „gesamte Judentum“, einschließlich der im Deutschen Reich Verbliebenen, in einem Gebiet „zwischen Weichsel und Bug“ anzusiedeln, wie er Rosenberg darlegte³. In der Folgezeit wurde die mögliche Einrichtung eines Judenreservats im Distrikt Lublin diskutiert, und auch das Referat II 112 des Reichssicherheitshauptamtes lieferte Gedankenentwürfe für eine „Endlösung des deutschen Judenproblems“ durch ein „Judenreservat in Polen“. Nach Ansicht des Referats ergaben sich eine Reihe von Fragen, die es zu entscheiden galt. Sollte ein „Judenreservat in Polen“ errichtet werden oder das zukünftige „Gouvernement Polen“ zur Unterbringung genutzt werden? Wer sollte ein mögliches Reservat verwalten, Juden oder Reichsdeutsche? Nach Meinung der Autoren wäre eine jüdische Verwaltung „vorteilhafter“ gewesen, „da dadurch deutsche Verwaltungsbeamte eingespart würden. Nur die leitenden Stellen wären mit Deutschen zu besetzen. Weiter wäre hierbei zu entscheiden, wem [*die*] Verwaltung unterstellt“ werden sollte⁴. Die hier aufgeworfenen Fragen und Überlegungen spiegelten sich später in verschärfter Form im Entwurf für das „Judenreservat Madagaskar“ wider. Der Autor plädierte dafür, „die Verwaltung solange unter sicherheitspolizeilicher Führung zu lassen, bis die Umsiedlung der Juden aus dem Reichsgebiet, [*der*] Ostmark und Böhmen/Mähren durchgeführt“ sei. Außerdem sollte in diesem Zusammenhang eine „endgültige Entscheidung“ getroffen werden, „ob die Judenauswanderung im Hinblick auf die Schaffung des Reservates weiterhin durchgeführt wird. Aussenpolitisch wäre ein Reservat ausserdem ein gutes Druckmittel gegen die Westmächte. Vielleicht könnte hierdurch bei Abschluss des Krieges die Frage der Weltlösung aufgeworfen werden.“⁵ Auch das „Druckmittel“- oder „Faustpfand“-Argument, verbunden stets mit der sicheren Erwartung eines baldigen Kriegsendes, sollte ein halbes Jahr später zum Kerngedanken des Madagaskar-Plans gehören.

Zwei Tage nach Ausarbeitung dieses Entwurfs, als Himmler die weitere Abschiebung von Juden aus dem Deutschen Reich und dem Protektorat in die besetzten polnischen Gebiete zunächst verbot⁶, wurde Eichmann von Heydrich zum Sonderreferenten bestellt, mit der Begründung, daß eine „zentrale Bearbeitung der sicherheitspolizeilichen Angelegenheiten bei der Durchführung der Räumung im Ostraum notwendig“ sei⁷.

Die Gedanken an ein mögliches Judenreservat im ehemaligen Polen blieben Fiktion, weil, wie Hitler am 12. März 1940 in einem Gespräch mit Colin Ross festhielt, „die Bil-

² BAK R 58/276, 235–238, 21. 9. 1939, Hervorhebungen im Original.

³ Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs aus den Jahren 1934/35 und 1939/40, Aufzeichnung vom 29. 9. 1939, S. 80. Zu Planungen für eine solche „völkische Flurbereinigung“ vgl. Goshen, Eichmann und die Nisko-Aktion im Oktober 1939, S. 74–96, hier S. 79–82.

⁴ BAK R 58/544, 218, 19. 12. 1939.

⁵ Ebenda.

⁶ BAK R 58/276, 245, 21. 12. 1939.

⁷ Ebenda.

dung eines Judenstaates um Lublin herum [. . .] nie eine Lösung bedeuten“ würde. Die Lösung der Judenfrage sei eine „Raumfrage [. . .], die für ihn besonders schwer zu lösen sei, da er ja selbst keinen Raum zur Verfügung habe“. Hier gab er seinen programmatischen Fixierungen Ausdruck, wie er sie schon in seiner Rede am 30. Januar des Vorjahres mit der Vernichtungsprophezeiung verbunden hatte⁸, in welcher der „Führer“ erklärte, die „Weltkrise, vor der wir heute stünden, sei bedingt durch den Drang der Völker, sich aus den überbevölkerten Räumen in die volksleeren Räume zu ergießen. Seit die Geschichte bestünde, seien diese Völkerwanderungen stets mit großer Rücksichtslosigkeit und mit großen Grausamkeiten verbunden gewesen; daran lasse sich nichts ändern.“⁹ Dies konnte nur heißen, daß die Juden eben Opfer geschichtsnotwendiger „Grausamkeiten“ würden, was vor dem Hintergrund seiner ideologiegeleiteten Judenpolitik als ein geradezu wünschenswertes Resultat erschien, auch wenn Hitler rabulistisch weiter zu Ross meinte, „er würde eine positive Lösung der Judenfrage begrüßen, wenn er nur eine Lösung angeben könne, was ihm aber unter den heutigen Umständen, wo er für sein eigenes Volk nicht einmal genug Raum habe, unmöglich sei“¹⁰. Damit war aber auch deutlich gesagt, daß für Deutsche und Juden gemeinsam im Osten kein Platz war.

1. Pläne in Warschau – Alfred Nossig

Wo könnte Platz für die unerwünschten und vom Tode bedrohten Juden gefunden werden? Auch die Bedrängten selbst suchten nach einer Antwort auf diese Frage. Im Februar 1940 arbeitete der eng mit den Deutschen verbundene Warschauer Jude Alfred Nossig¹¹ an einem Emigrationsprojekt für die polnischen Juden. Hilel Seidman, der sich ebenfalls für die jüdische Emigration engagierte¹², wurde vom jüdischen Gemeinde-Präses Adam Czerniaków am 10. Februar 1940 über die Arbeit Nossigs unterrichtet und gebeten, sich mit ihm zu verständigen. Seidman schilderte Nossig seine bisherigen Schritte, zeigte ihm die entsprechenden Unterlagen, und dieser schlug daraufhin vor, damit zu den deutschen Institutionen vor Ort zu gehen. Auf der anschließenden Konferenz mit den Besatzungsbehörden sprach der von den Deutschen mit großer Aufmerksamkeit bedachte Nossig hauptsächlich über Madagaskar. Er berief sich auf die

⁸ Zur Raumfrage in der damaligen Rede siehe Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen, S. 1052–1053, deren Verbindung mit der Judenfrage ebenda, S. 1057, zur Vernichtungsprophezeiung S. 1058.

⁹ ADAP, D, VIII, Dok. 671, Unterredung Hitlers mit Colin Ross, 12. 3. 1940, S. 716.

¹⁰ ADAP, D, VIII, Dok. 671, S. 717.

¹¹ Nossig (1868–1943) war Publizist und vermutlich bereits vor dem Krieg ein Agent der deutschen Abwehr. Während der Okkupation durch die Deutschen war er Spitzel der Gestapo und wurde 1943 von der jüdischen Kampforganisation (ZOB) exekutiert; vgl. Czerniaków, Im Warschauer Getto, S. 297.

¹² Seidman, Togbuch fun Warszewer Ghetto, S. 246. Seidman hatte den deutschen Behörden in Warschau bereits einen schriftlichen Emigrationsvorschlag gemacht, der von diesen, so wurde ihm mitgeteilt, nach Berlin weitergesandt worden war, ohne daß es zu einer Reaktion gekommen wäre. Bei diesem Vorschlag ging es hauptsächlich um Palästina, doch man sei auf jüdischer Seite soweit gewesen zu sagen: Egal wohin, „sei es Madagaskar oder Honolulu – nur heraus“; ebenda.

Vorarbeiten Lepeckis und meinte, daß er mit deutscher Hilfe bei der französischen Regierung eine Einreiseerlaubnis für die Insel erhalten werde. Seidman war hingegen bemüht, auch Palästina in die Diskussion zu bringen, doch Nossig winkte ab. Bei der jüdischen Gemeinde wurde daraufhin eine eigene Abteilung für Emigration geschaffen, in der Pläne und Memoranden ausgearbeitet werden sollten, doch letztlich verliefen Nossigs Arbeiten im Sande¹³. Auch auf deutscher Seite scheinen die Gedanken Nossigs zur Wiederbelebung des Madagaskar-Gedankens über die unmittelbar vor Ort tätigen Behörden nicht hinausgekommen zu sein.

2. Ein Friedensplan Ribbentrops?

In diesem Zusammenhang ist auf ein in der Literatur zuerst 1944 genanntes und mehrfach rezipiertes Gerücht einzugehen, wonach für den darauffolgenden Monat Madagaskar als ein mögliches Ziel deutscher Emigrationspläne genannt wurde. Im März 1940 soll Außenminister von Ribbentrop in einem an den Papst gerichteten Friedensplan Madagaskar neben Palästina und Äthiopien als jüdische Kolonie vorgeschlagen haben. Der ehemalige Korrespondent der „New York Times“ in Rom, Camille M. Cianfarra, berichtet in seinem erstmals 1944 veröffentlichten Buch über „The War and the Vatican“¹⁴, von Ribbentrop, der sich am 10. und 11. März zu Gesprächen mit Mussolini und Ciano in Rom aufhielt, habe am Morgen des 11. März 1940 ein rund 70minütiges Gespräch mit dem Papst und anschließend eine 45minütige Unterredung mit Kardinal-Staatssekretär Luigi Maglione geführt. Über einen Mittelsmann will Cianfarra den geheimgehaltenen Inhalt der Gespräche erfahren haben. Von Ribbentrop habe dem Papst ein elf Punkte umfassendes Friedenskonzept offeriert, in dem es unter Punkt drei geheißt habe: „Recognition of absolute religious freedom, but first, Germany would force all her Jews to emigrate under the direction of Britain (to Palestine), Italy (to Ethiopia), and France (to Madagascar).“¹⁵

Dieses „Friedensangebot“ sei von Berlin aus allerdings sofort dementiert worden¹⁶. In den veröffentlichten Akten des Heiligen Stuhls zum Zweiten Weltkrieg und der Aufzeichnung von Ribbentrops zu diesen Treffen findet sich kein Hinweis auf einen solchen Vorschlag. Im Gespräch ging es in der Hauptsache um das spannungsreiche Verhältnis von katholischer Kirche und Nationalsozialismus. Madagaskar und die anderen von Cianfarra genannten Territorien für die Ansiedlung von Juden werden nicht erwähnt¹⁷. Am 17. März 1940 faßte Pius XII. in einem Brief an den Erzbischof von Breslau, Adolf Kardinal Bertram, den Inhalt der Gespräche zur Information für den Kardinal und die übrigen Ordinarien Deutschlands zusammen und erklärte, er habe von Ribbentrop nur widerwillig in einer Sonderaudienz empfangen, da eine Ablehnung des deutschen Ersuchens als unfreundlicher Akt hätte gewertet werden können. Einen

¹³ Seidman, Togbuch fun Warszewer Ghetto, S. 246–247.

¹⁴ Cianfarra, *The War and the Vatican*.

¹⁵ Zitiert nach Cianfarra, *The War and the Vatican*, S. 209; vgl. Kap. V.14., Schreiben Hjalmar Schachts vom 7.7. 1938, in dem diese Länderkombinationen ebenfalls genannt werden.

¹⁶ Cianfarra, *The War and the Vatican*, S. 210.

¹⁷ *Actes et Documents du Saint Siège relatifs à la Seconde Guerre Mondiale (ADSS)*, Bd. 1, S. 384–397, Dok. 255–259; ADAP, D, VIII, Nr. 668, S. 704–706.

Anlaß zu weitreichenden Hoffnungen sah er seinerzeit „nicht gegeben, weder in der Friedensfrage, noch bezüglich der kirchlichen Lage in Deutschland“¹⁸. Ein deutsches Friedensangebot, das durch von Ribbentrop dem Papst am 11. März übermittelt und in dem unter anderem die Unterbringung deutscher Juden auf Madagaskar vorgeschlagen worden wäre, hat es demnach offensichtlich nicht gegeben.

3. Perspektivenwechsel durch den Krieg im Westen

Die Westoffensive im Mai und die raschen Erfolge der deutschen Truppen eröffneten zumindest gedanklich die Option, nach möglichen weiteren Gebieten zur Lösung der Judenfrage Ausschau zu halten.

Der „Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums“ und Reichsführer-SS Himmler, der schon am 10. April 1940 für alle jüdischen Häftlinge in den Konzentrationslagern eine Entlassungssperre angeordnet, Juden, deren Auswanderung bereits vorbereitet war, jedoch davon ausgenommen hatte¹⁹, äußerte in seinen „Gedanken über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten“ am 25. Mai, daß er hoffe, den „Begriff Juden [. . .] durch die Möglichkeit einer großen Auswanderung sämtlicher Juden nach Afrika oder sonst in eine Kolonie völlig auslöschen zu sehen“²⁰. Hitler fand Himmlers Schrift nach dessen Aussage „sehr gut und richtig“, gab jedoch die Anweisung, sie nur in wenigen Exemplaren zu verbreiten. Sie konnte als von Hitler genehmigte Richtlinie gelten, doch sollte „niemals auch nur auszugsweise oder gedächtnisweise in einem Befehl“ darauf Bezug genommen werden²¹. Die strenge Geheimhaltungsvorschrift verweist auf die Art der Behandlung dieses im Kern vor allem die Judenfrage betreffenden Themas durch Hitler und ist zur Beurteilung der späteren Entwicklung hin zur „genozidalen Endlösung“ ebenso von Bedeutung wie die Zahl und die Funktion des einer Information hierüber für notwendig erachteten Personenkreises, dem beispielsweise der offiziell von Hitler mit der Behandlung der Judenfrage beauftragte Göring, oder auch von Ribbentrop oder Goebbels nicht angehörten²².

¹⁸ ADSS, Bd. 2, Dok. 42, S. 132.

¹⁹ BAK R 58/276, 252, 10. 4. 1940.

²⁰ Zitiert nach Krausnick, Helmut: Denkschrift Himmlers über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten, in: VfZ 5 (1957), S. 194–198, hier S. 197. Krausnick hat in seiner Vorbemerkung zur Veröffentlichung dieser Denkschrift festgehalten, Himmler habe sich hier „im Sinne des bekannten Planes einer Abschiebung nach Madagaskar“ geäußert; ebenda, S. 195. Dies ist insofern zu relativieren, als der Madagaskar-Plan zu diesem Zeitpunkt noch nicht in der Diskussion war und ein Bezug zu dieser Insel nur, aus der früheren Berührung Himmlers mit diesem Gedanken abgeleitet, vermutet werden kann. Eine hieraus entstandene Anregung zum Planungsentwurf für Madagaskar läßt sich nicht erkennen. Krausnick ist zuzustimmen, wenn er die von Himmler in dieser Denkschrift als „ungermanisch und unmöglich“ abgelehnte „bolshewistische Methode der physischen Ausrottung eines Volkes“ als schwerlich auch für die Juden geltend charakterisiert; ebenda.

²¹ STAN, NO-1881, 28. 5. 1940.

²² Ebenda; unterrichtet wurden durch Lammers die Ost-Gauleiter Koch, Forster und Greiser, der Oberpräsident von Schlesien, Generalgouverneur Frank, Darré, Bormann und Heß. Durch Himmlers Leiter der Dienststelle für die Festigung des deutschen Volkstums, Brigadeführer Greifelt, sollten die Hauptamtschefs sowie die Höheren SS- und Polizeiführer Ost, Nordost,

4. Das Auswärtige Amt bringt Madagaskar in die Diskussion

Mit der unerwartet raschen Niederlage Frankreichs im Juni 1940 trat nun, ausgehend vom Auswärtigen Amt, Madagaskar konkret als Deportationsziel und „Mittel“ zur „Endlösung der Judenfrage“ ins Blickfeld. Die Behandlung der Judenfrage als Sachgebiet war inzwischen mehrfach in neue Hände übergegangen. Legationsrat Hinrichs wurde im Oktober 1939 von Emil Schumburg abgelöst²³. Schumburg, der schon seit der Frühphase des „Dritten Reiches“ unter von Bülow-Schwante für die Behandlung dieses Sachgebiets im Referat zuständig gewesen war, zählte nun die „gesamte Judenpolitik“ wie auch die „Rassenpolitik“ zu seinem Aufgabenbereich²⁴. Allerdings währte auch diese Konstellation nur ein gutes halbes Jahr, da bereits im Mai 1940 eine erneute Umorganisation stattfand. Auf Druck des Ribbentrop-Intimus und bisherigen Leiters des Referats Partei, Martin Luther, wurde unter dessen Verantwortlichkeit am 7. Mai 1940 eine neue „Abteilung Deutschland“ geschaffen, die zunächst sechs Referate umfaßte²⁵. Der bisher für die Behandlung der Judenfrage zuständige Legationsrat Schumburg schied auf Betreiben Luthers aufgrund seiner engen Verbindung zur SS aus der Abteilung aus²⁶.

Luther, der früher als Kaufmann gearbeitet und demnach keinerlei diplomatische Ausbildung hatte, war über die Bekanntschaft mit Annelies von Ribbentrop in die Nähe des späteren Außenministers gelangt und hatte sich hier durch seine ausgeprägte Persönlichkeit bald Meriten vielfacher Art erworben²⁷. Ein überaus begabtes Organisations-talent, rücksichtslos und intelligent in seinem von Skrupeln freien Willen zur Macht, dazu mit dem hierfür notwendigen Instinkt ausgestattet und trotz zahlreicher körperlicher Gebrechen vorangetrieben von einer aus glühendem Ehrgeiz gespeisten Energie, prädestinierten ihn diese im totalitären System durchweg brauchbaren Eigenschaften und Fähigkeiten für seine Aufgabe, in von Ribbentrops Machtbereich als „effective political infighter“²⁸ im neuen Stil nationalsozialistischer Außenpolitik zu wirken. Überzeugter Antisemit, doch mehr aus machttaktischem Opportunismus als aus einem mystisch verwurzelten Rassismus oder dem träumerischen Gedanken an ein arisch-germanisches Utopia, verfolgte er dennoch auch die judengegnerische „Kernaufgabe“ des Nationalsozialismus mit dem ihm eigenen beharrlichen Bestreben nach allumfassender Informiertheit, Kompetenz und Einflußnahme.

Schumburgs Nachfolger als Judenreferent wurde am 8. Mai 1940 Franz Rademacher, der im neugeformierten Referat D III unter anderem für die Judenfrage und die Rassen-

Weichsel, Warthe und Südost unterrichtet werden, ohne schriftliche Unterlagen zu erhalten. An Heydrich wollte Himmler das Schreiben persönlich übergeben.

²³ Vgl. Döscher, *Das Auswärtige Amt im Dritten Reich*, S. 129.

²⁴ GVPL vom 1. 11. 1939, in: ADAP, D, VIII, S. 747.

²⁵ PAAA Inland II A/B 347/3, GVPL vom 7. 5. 1940. In den Folgejahren wurde die Abteilung Deutschland bis auf 12 Referate und rund 200 Mitarbeiter ausgeweitet.

²⁶ Zu den Gründen für Schumburgs Ausscheiden vgl. Browning, *Unterstaatssekretär Martin Luther and the Ribbentrop Foreign Office*, S. 313–344, hier S. 333.

²⁷ Zu Luthers Lebenslauf und Werdegang bis zur Bildung der Abteilung Deutschland vgl. Browning, *Unterstaatssekretär Martin Luther*, S. 314–321; vgl. auch Döscher, *Martin Luther – Aufstieg und Fall eines Unterstaatssekretärs*, S. 179–192.

²⁸ Browning, *Unterstaatssekretär Martin Luther*, S. 313.

politik zuständig war²⁹. Der Jurist Rademacher war weder aufgrund besonderer antisemitischer Einstellung in diese Position gekommen, noch hatte er sich bisher durch irgendwelche Äußerungen in dieser Richtung eine spezielle Qualifikation oder, im Gegensatz zu seinem Vorgänger Schumburg, einen Ruf als „Judenexperte“ erworben³⁰.

Rademacher, am 20. Februar 1906 in Neustrelitz geboren, hatte in Rostock das Gymnasium besucht, wo er 1924 sein Abitur ablegte. Anschließend absolvierte er ein Studium der Rechtswissenschaft in München und Rostock, das er 1928 mit dem Referendar-Examen und 1932 mit dem Assessor-Examen abschloß. Bis November 1933 war er Gerichtsassessor im Mecklenburgischen Justizdienst und trat von dort in die Mecklenburgische Innere Verwaltung über, wo er in verschiedenen Landratsämtern und im Siedlungsamt tätig war. Nachdem man ihn am 16. Juni 1937 zum Regierungsrat ernannt hatte, wurde er aufgrund seiner Bewerbung am 1. Dezember 1937 als Legationssekretär in das Auswärtige Amt berufen. Hier erhielt er zunächst eine Stelle in der Kultur-Abteilung, bevor er Anfang 1938 als Legationssekretär an die deutsche Botschaft in Montevideo wechselte. Nach einer Familienaffäre kehrte er im April 1940 auf eigenen Wunsch nach Deutschland zurück³¹.

Rademacher war so gleichsam auf dem normalen Dienstweg in sein Amt gelangt, ohne allerdings irgendwelche Bedenken gegen das im Referat zu behandelnde Sachgebiet erkennen zu lassen. Martin Luther war darüber hinaus allseits für sein Bestreben bekannt, in seiner Abteilung nur hundertprozentige Nationalsozialisten zu beschäftigen³². Von deutlichem Ehrgeiz vorangetrieben, gedachte Rademacher hier unter den gegebenen Voraussetzungen zu reüssieren. Sein weiterer Lebensweg sollte stets von dieser Entscheidung geprägt bleiben³³.

²⁹ Vgl. PAAA Inland II A/B 347/3, Dienstantrittsanzeige Rademachers vom 8. 5. 1940.

³⁰ Schumburg war in seinen Äußerungen stets der Ideologie des Nationalsozialismus aufs engste verhaftet gewesen; vgl. Kap. V. 3.

³¹ Zum Lebenslauf Rademachers vgl. STALNÜF, Anklageschrift Schwurgericht des Landgerichts Nürnberg-Fürth, AZ: 3 c Js 1321–24/49.

³² Vgl. Aussage des ehemaligen Ministerialdirektors im Auswärtigen Amt Hans Schröder, Nürnberg, 20. 1. 1949, STALNÜF 1 c Js 2464–67/48. Schröder erklärte weiter, Luther sei dafür bekannt gewesen, daß er in seiner Abteilung als „absoluter Alleinherrscher“ regiert habe, der von seinen Untergebenen strikten Gehorsam verlangt und Gegenvorschläge nur in sehr seltenen Fällen angenommen habe; vgl. zu Luthers Kriterien der Personalauswahl auch Browning, Unterstaatssekretär Martin Luther, S. 324–325. Eine Ausnahme bildeten Rademacher und seine Mitarbeiter Herbert Müller, Karl Klingenuß und Fritz Gebhardt von Hahn gegenüber anderen von Luther ausgewählten Untergebenen insofern, als sie erst nach der „Machtergreifung“ und nicht schon zur „Kampfzeit“ zum Nationalsozialismus stießen; vgl. Browning, *The Government Experts*, S. 183–197, hier S. 190. Rademacher muß also in Luthers Konzept gepaßt haben. Nach einer Aussage des seinerzeitigen Referatsleiters Kult E (Auswanderungsfragen), Ernst Kuntz, aus der Zeit nach dem Krieg, war Rademacher ein strikter Judegegner und spielte im Judenreferat „eine verhängnisvolle Rolle“; PAAA Kult E, Juden, 372, Vermerk zur Aufzeichnung vom 31. 7. 1951.

³³ Am 12. 8. 1940 zum Legationsrat und am 30. 1. 1943 zum Legationsrat I. Klasse befördert, wurde Rademacher nach der sogenannten Luther-Revolution im April 1943 zur Wehrmacht freigegeben, wo er als Offizier in der Marine Verwendung fand. Nach Kriegsende war er zunächst im Pressewesen tätig, wurde aber am 2. 9. 1947 auf Antrag der amerikanischen Anklagebehörde „als vermutlicher Kriegsverbecher verhaftet“ und nach Nürnberg überstellt. Eine Anklage vor dem amerikanischen Militärgericht erhob man zwar nicht, doch blieb Rademacher bis zum 22. 8. 1948 in amerikanischer Verwahrung und wurde dann aufgrund eines Haftbefehls

Am 3. Juni legte Rademacher seinem Vorgesetzten Luther „Gedanken über die Arbeiten und Aufgaben des Ref. D III“ vor³⁴. Ideologietreu beklagte er darin zunächst die „Greuelpropaganda der westlichen Pseudodemokratien über Judenverfolgungen in Deutschland“. Durch den Krieg und die „dadurch heraufbeschworene endgültige Auseinandersetzung mit den westlichen Imperien und den dort herrschenden überstaatlichen Mächten“ sei die Bedeutung von Einzelfragen, wie sie das Referat bisher behandelt habe, in den Hintergrund getreten. Dafür stand seiner Ansicht nach jetzt die „Frage nach dem deutschen Kriegsziel in der Judenfrage zur Entscheidung“. Es müsse die „Frage geklärt werden, wohin mit den Juden?“³⁵.

Als „denkbares Kriegsziel“ standen für ihn drei Möglichkeiten zur Disposition, die er stichwortartig skizzierte: „a) alle Juden aus Europa, b) Trennung zwischen Ost- und Westjuden; Ostjuden, die den zeugungskräftigen und talmudsicheren Nachwuchs für die kämpferische jüdische Intelligenz stellen, bleiben z.B. im Bezirk Lublin als Faustpfand in deutscher Hand, damit die Juden Amerikas in ihrem Kampf gegen Deutschland lahmgelegt bleiben. Die Westjuden werden aus Europa entfernt, beispielsweise nach Madagaskar. c) In diesem Zusammenhange Frage eines jüdischen Nationalheims in Palästina (Gefahr eines 2. Roms!).“ Für die Klärung dieser Fragen sei im Referat bisher „keinerlei sachliche Vorarbeit möglich gewesen“, weshalb Rademacher vorschlug, mit den „interessierten innerdeutschen Partei-, Staats- und wissenschaftlichen Stellen“ engere Besprechungen aufzunehmen, um eventuell dort vorhandene Pläne auf die Wünsche des Außenministers abstimmen zu können.

Darüber hinaus hielt er für vordringlich notwendig das „Erfassen der sachlichen Unterlagen (schätzungsweise Zahl der zu verpflanzenden Juden, der dazu notwendigen Mittel geldlicher und sachlicher Art, wieviel Geld und wieviel Schiffe soll für diesen

in deutsche Untersuchungshaft genommen. Nach Aufhebung des Haftbefehls am 20.5. 1949 war er in Hamburg als Privatsekretär bei Philipp Reemtsma beschäftigt; Anklageschrift Schwurgericht des Landgerichts Nürnberg-Fürth, 3 c Js 1321-24/49.

Am 18.8. 1951 vom OLG Nürnberg erneut angeklagt, kam Rademacher am 3.9. 1951 wieder in Untersuchungshaft. Nachdem er hieraus am 25.7. 1952 entlassen worden war, flüchtete der Angeklagte im August 1953 nach Syrien, wo er als Journalist und freiberuflicher Wirtschaftsberater arbeitete. Auch in Syrien war er, diesmal unter dem Vorwurf, für die NATO spioniert und den syrischen Staat beleidigt zu haben, von Juli 1963 bis Oktober 1965 inhaftiert. Am 30.9. 1966 wurde er nach seiner Rückkehr in die Bundesrepublik wieder in Untersuchungshaft genommen, dieses Mal wegen seines schlechten Gesundheitszustandes in einem Krankenhaus nahe Bayreuth. Während des wiederaufgenommenen Verfahrens entließ man ihn nach einer Verurteilung zu fünf Jahren Zuchthaus am 2.5. 1968 krankheitsbedingt; Schwurgericht beim Landgericht Bamberg, 2 Ks 3/53. Gegen dieses Urteil wurde sowohl von Rademacher als auch seitens der Anklagevertreter Revision eingelegt. Nach einer Entscheidung des Ersten Strafsenats des Bundesgerichtshofes, rechtskräftig seit dem 27.7. 1971, wurde Rademacher aufgrund der Judenerschießungen in Serbien wegen Beihilfe zum Mord in 1300 Fällen zu drei Jahren und sechs Monaten Freiheitsstrafe verurteilt; Bundesgerichtshof 1 Str 107/69, 27.7. 1971. Unter Anrechnung seiner verbüßten Haftzeit wurden die verbliebenen 137 Tage bis zum 10.12. 1971 zur Bewährung ausgesetzt. Andere Teile des vorangegangenen Urteils wurden vom BGH aufgehoben, so daß das Verfahren weiterlief, wegen Rademachers schlechten Gesundheitszustandes allerdings am 18.5. 1972 vorläufig eingestellt wurde. Rademacher starb zehn Monate später, am 17.3. 1973, in Bad Godesberg.

³⁴ PAAA Inland II A/B 347/3, Gedanken über die Arbeiten und Aufgaben des Ref. D III, 3.6. 1940.

³⁵ Ebenda, S. 1.

Zweck Frankreich, wieviel England stellen? Feststellen der Evakuierungsfristen, die beiden Ländern im Friedensvertrage auferlegt werden können, usw.).³⁶

Auch die inneren Rivalitäten der eigenen Behörde bei der Gestaltung dieser Überlegungen hatte er berücksichtigt. Rademacher plädierte dafür, sofort mit der Bearbeitung dieser Fragen zu beginnen, um nicht bei eventuellen Friedensverhandlungen gegenüber der politischen Abteilung ins Hintertreffen zu geraten. Ansonsten bestünde die Gefahr, daß seitens der politischen Abteilung zu sehr auf die imperialistische Stellung des Reiches und zu wenig auf die „überstaatlichen Mächte“ geachtet werde³⁷. Denn dieser Krieg habe, so Rademacher, „ein doppeltes Gesicht: ein imperialistisches – die Sicherung des für Deutschland als Weltmacht politisch, militärisch und wirtschaftlich notwendigen Raumes –, ein überstaatliches – Befreiung der Welt aus den Fesseln des Judentums und der Freimaurerei“³⁸. Dies war nichts anderes als der programmatische Kern der Hitlerschen Vorstellungen.

Rademachers ehrgeiziger Gedankenentwurf nannte die brüchige Stelle der ganzen Angelegenheit nicht beim Namen, sondern setzte sie als gelöst voraus: für ihn war der Krieg schon gewonnen, es ging nur noch um den Inhalt des bevorstehenden Friedensdikтата. Briten und Franzosen sollten nicht nur die Transportschiffe zur Verfügung stellen, sondern die Aktion auch finanzieren. Und im übrigen war eine deutliche Trennlinie gezogen: die Westjuden sollten entfernt werden, das zukünftige Schicksal der Ostjuden blieb als „Faustpfand in deutscher Hand“ ungewiß.

Rademacher verband die Vorlage der Niederschrift bei Luther mit der Bitte, „sich wohlwollend für die Pläne einzusetzen“, und hatte damit offensichtlich Erfolg. Denn als sich zwei Wochen später, anlässlich der Gespräche über den Friedensvertrag mit Frankreich, Mussolini, Hitler, Ciano und von Ribbentrop trafen, notierte der italienische Außenminister über die Unterhaltung mit seinem deutschen Kollegen am 18. Juni, daß dieser „die genauen Pläne Hitlers noch nicht kennt. Er sagt nur, daß ein deutsches Projekt existiere, die Juden nach Madagaskar zu schicken.“³⁹ Am gleichen Tag hat Hitler nach Aussagen seines Dolmetschers gegenüber Mussolini bezüglich der Frage nach der Neuordnung des französischen Kolonialreiches geäußert, daß man „einen israelitischen Staat auf Madagaskar errichten“ könne⁴⁰.

Der Madagaskar-Gedanke wäre durchaus mit dem ideologischen Gedankengebäude Hitlers vereinbar gewesen, da bei seiner Umsetzung jene Rassenmischung verhindert werden konnte, die der „Führer“ als ein von den Juden planvoll herbeigeführtes Mittel zur Degeneration der arischen Völker ansah⁴¹. Ideologisch betrachtet, wären die Juden mit der Madagaskar-Lösung auch als die wichtigsten Gegner im Kampf um den Erd-

³⁶ Ebenda, S. 2.

³⁷ Ebenda.

³⁸ Ebenda, S. 3. Rademacher beantragte gleichzeitig eine Verstärkung seines Referates um einen „geschickten, jüngeren Konsultssekretär“, eine Schreibdame und einen Attaché. Sein Entwurf ist auch als Kurzfassung unter dem Titel „Kurzer Überblick über die neu aufzunehmenden, vordringlichen Aufgaben des Ref. D III“ überliefert; PAAA Inland IIg 177, 229, 3. 6. 1940.

³⁹ Ciano, Tagebücher 1939–1943, S. 249.

⁴⁰ Schmidt, Statist auf diplomatischer Bühne 1923–1945, S. 485; Ders., Behind the Brown Curtain, in: New York Times, 25. 8. 1950. Die Gespräche zwischen Mussolini, Ciano, Ribbentrop und Hitler fanden am 18. und 19. Juni 1940 in München anlässlich der französischen Niederlage statt. Beide Äußerungen datieren vom 18. Juni.

⁴¹ Phelps, Hitlers „grundlegende“ Rede über den Antisemitismus, S. 390–420, hier S. 411.

ball zumindest partiell, das heißt, soweit für ihn erreichbar, ausgeschaltet worden. Da nach seiner aus der antisemitischen Tradition und dem Sozialdarwinismus abgeleiteten Überzeugung der reine Selbsterhaltungstrieb aller Lebewesen zu einem ständigen Kampf um die Erde als der „Oberfläche einer genau bemessenen Kugel“⁴², sprich eines begrenzten Territoriums, führte, wäre somit Madagaskar eine zumindest vorläufige Lösung zur Beendigung des Kampfes durch Internierung eines Teils der Gegner gewesen, wengleich dies kaum mehr als eine Zwischenlösung sein konnte.

Von Ribbentrop hatte vermutlich über Luther von Rademachers Gedankengängen erfahren und diese auch Hitler mitgeteilt, der den Madagaskar-Gedanken in seiner momentanen Allmachtsphantasie dieser Junitage als konzeptionell passend in seine Überlegungen aufnahm. Denn die Äußerung gegenüber Mussolini ist allein aus der Euphoriestimmung des Sieges über Frankreich zu verstehen, mußte er dabei doch implizit voraussetzen, daß die britische Insel in absehbarer Zeit fallen würde, der Krieg dem Ende nah und die Kontrolle über den Atlantik zumindest möglich war.

In dieses Bild paßt auch die Notiz über eine Besprechung des Oberbefehlshabers der Marine, Raeder, in der Hitler am 20. Juni forderte, „Madagaskar für Judenunterbringung unter französischer Verantwortung“ zu verwenden⁴³. Zwei Aspekte sind hier besonders bemerkenswert. Zum einen Hitlers Vorstellung, die Juden „unter französischer Verantwortung“ unterzubringen. Diese Äußerung zeigt, daß Hitler sich kaum intensiv mit den Implikationen des Vorhabens befaßt haben kann, widersprachen solche Äußerungen doch seinen grundsätzlichen Auffassungen in der Judenfrage. Zum anderen ist dies überhaupt die einzige „offizielle“ Quelle, die Auskunft darüber gibt, daß Hitler selbst sich den Plan zu eigen gemacht hat⁴⁴.

Dennoch, mit dem offensichtlich kurz vorher gegebenen Placet Hitlers, solche Gedankenspiele – mehr konnte es vor dem Sieg über England nicht sein – fortzuführen, war der notwendige Schub in den Machtapparat gebracht, der nun ein Planungsfeuerwerk von bizarrer Fülle entfaltete.

Rademacher hatte schon in unmittelbarem Zusammenhang mit seiner Planskizze Kontakt zu Paul Wurm von der Auslands-Schriftleitung des „Stürmer“ aufgenommen. Dieser sandte ihm am 5. Juni 1940, nachdem sie sich am Tag zuvor getroffen hatten, einen Artikel mit dem Titel „Wohin mit den Juden?“, den er ein Jahr zuvor unter dem Pseudonym Hans Belzner geschrieben hatte. Die Antwort auf die Titelfrage lautete: „Madagaskar. Diese Insel [. . .] kann 15 Millionen Juden aufnehmen. Alle Juden der Welt hätten Platz.“ Wurm, offenbar eingeweiht in Rademachers Gedankengänge, wollte nun von diesem wissen, ob er „den Zeitpunkt einer jetzigen Veröffentlichung für gekommen“ halte⁴⁵. Die Initiative zu dem erwähnten Treffen ging mit Sicherheit von Rademacher aus, der auf diese Weise von Wurm auch einen ausführlichen Überblick über

⁴² Hitlers Zweites Buch, S. 47.

⁴³ Wagner, Lagevorträge des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine vor Hitler 1939–1945, S. 107.

⁴⁴ Vgl. Hillgruber, Hitlers Strategie, S. 245 m. Anm. 21.

⁴⁵ PAAA Inland II A/B 55/2, Schreiben Wurms an Rademacher vom 5. 6. 1940 mit beiliegendem unveröffentlichten Artikel Wurms zu Madagaskar unter dem Titel „Wohin mit den Juden?“. Die Datierung des Treffens ergibt sich daraus, daß sich Wurm für die Einladung durch Rademacher „am Dienstag nachmittag“ bedankt. Der 5. Juni 1940 war ein Mittwoch, woraus sich schließen läßt, daß sich Rademacher und Wurm am 4. Juni 1940 getroffen haben. Mit großer Wahrscheinlichkeit galt das Treffen vor allem auch der Besprechung des Madagaskar-Plans

die existierenden Vorstellungen zur Lösung der Judenfrage mittels einer umfassenden Ansiedlung auf Madagaskar erhielt, wie sie vom beschriebenen Kreis um den „Stürmer“ und den „Welt-Dienst“ propagiert wurde. Wurm freute sich, wie er schrieb, Rademacher „als wirklich guten Kenner der Judenfrage und alten Kämpfer“ kennengelernt zu haben⁴⁶.

5. Rademachers „Plan zur Lösung der Judenfrage“

Rademacher ging, mit dem Einverständnis von oben versehen, daran, zur Vorbereitung für den sicher erwarteten Frieden, einen „Plan zur Lösung der Judenfrage“ zu entwickeln, den er am 2. Juli 1940 vorlegte. Er schlug darin vor, Frankreich müsse „im Friedensvertrag die Insel Madagaskar als Siedlungsraum für die Juden Europas zur Verfügung stellen“ und im Gegenzug „seine rund 25 000 dort ansässigen Franzosen aussiedeln und entschädigen“. Auch die übrigen auf der Insel lebenden „Fremden (Europäer, Asiaten, besonders Araber, Inder, Japaner usw.)“, die Rademacher auf rund 15 000 bezifferte, sollten ausgesiedelt werden, wohingegen die dreieinhalb Millionen Madagassen „vorerst“ weiter auf der Insel leben konnten. „Ihr Austausch gegen Juden Südafrikas bleibt vorbehalten.“ Madagaskar würde Deutschland „als Mandat übertragen“, und die „seestrategisch wichtige Diego-Suarez-Bai sowie der Hafen von Antsirana“ waren als deutsche Marinestützpunkte vorgesehen. Auf Wunsch der Kriegsmarine konnten nach Ansicht des Autors die Häfen bzw. offenen Reeden Tamatave, Andavorante, Mananjary und weitere Orte als Marinestützpunkte eingeplant und daneben „geeignete Teile des Landes zur Anlage von Flugstützpunkten aus dem Judenterritorium herausgeschnitten“ werden.

Derjenige Teil der Insel, welcher nicht militärisch benötigt wurde, sollte unter die „Verwaltung eines deutschen Polizei-Gouverneurs gestellt“ werden, „der unmittelbar der Verwaltung des Reichsführers SS untersteht“. Hierfür sprach nach Ansicht Rademachers, „daß von deutscher Seite in erster Linie sicherheitspolizeiliche Gesichtspunkte maßgebend sind“. Mit diesem offenen Zugeständnis an die dominierende Rolle des SS-Verfolgungsapparates wurde auch die generelle Zielsetzung deutlich: „Die Lösung Madagaskar bedeutet, vom deutschen Standpunkt aus gesehen, Schaffung eines Großgettos“, denn allein die Sicherheitspolizei habe die „nötige Erfahrung auf diesem Gebiet“; sie verfüge über „die Mittel, eine Flucht von der Insel zu verhindern. Sie hat weiter die Erfahrung darin, Strafmaßnahmen, die wegen feindseliger Handlungen von Juden in [den] USA gegen Deutschland erforderlich werden, in der geeigneten Weise durchzuführen.“ Außerdem kenne sie „bereits die einzelnen Juden aus deren Überwachung im Inlande“. Die SS „würde auch den Transport zur Insel hin zu gewährleisten haben. Wollte man die Insel daneben noch der Kolonialverwaltung unterstellen, so würde auch dies einmal ein unnützes Überschneiden der Gewalten mit sich bringen, zum andern aber sich auch propagandistisch schwer durchsetzen lassen, die USA-Juden dahin zu bringen, die offizielle Behandlung der Juden als Kolonialvolk stillschweigend hinzunehmen.“

bzw. dem Gedankenaustausch über diese Idee, die Rademacher in seinem Entwurf vom 3. Juni dargelegt hatte.

⁴⁶ PAAA Inland II A/B 55/2, Schreiben Wurms an Rademacher vom 5. 6. 1940.

Die Rademacher vorschwebende „Sonderlösung des Judenmandats“ ließe sich dagegen nach seiner Ansicht „propagandistisch gut auswerten“. Einmal auf der Insel angekommen, sollten die Deportierten auf dem „Judenterritorium von Madagaskar“ ansonsten eine „Selbstverwaltung“ zugestanden bekommen: „eigene Bürgermeister, eigene Polizei, eigene Post- und Bahnverwaltung usw.“. Allerdings mußten die Juden „für den Wert der Insel [. . .] als Gesamtschuldner“ haften, weshalb vorgesehen war, „ihr bisheriges europäisches Vermögen einer zu gründenden europäischen Bank zur Verwertung“ zu übertragen. Für den Fall, daß dieses Vermögen nicht ausreichen würde, das übertragene Land und die „zum Aufbau der Insel notwendigen Wareneinkäufe in Europa“ zu bezahlen, war geplant, den Juden mittels dieses Geldinstituts Kredite zu gewähren, wobei der Bank dafür das „Judenterritorium Madagaskars als Gesamtwertobjekt zum Schätzungspreise zur Verwertung übertragen“ werden sollte, die es wiederum „siedlungsmäßig“ an die Deportierten abzugeben hatte. Für die Unterverteilung des Landes waren die Juden nach Rademachers Vorstellungen, entsprechend der von ihnen eingebrachten Ansprüche am Gesamtvermögen, selbst verantwortlich.

Die „politische Verwaltung“ der Insel sollte „allein in deutscher Hand“ liegen, wogegen der Autor für die Verwaltung der Bank eine „gemeinsame europäische Zusammenarbeit auf dem Judengebiet“ propagierte: „in das Direktorium bzw. den Aufsichtsrat der Bank können Vertreter der einzelnen europäischen Staaten, die Juden und deren Vermögen zur Verfügung gestellt haben, berufen werden.“ Selbstverständlich erwarben die auf Madagaskar ansässigen Juden nicht die deutsche Staatsangehörigkeit, vielmehr sah der Plan vor, die Gelegenheit zu nutzen und allen nach Madagaskar verbrachten Juden „vom Zeitpunkt der Deportation ab von den einzelnen europäischen Ländern die Staatsangehörigkeit dieser Länder“ aberkennen zu lassen. Die Deportationsopfer wurden statt dessen „Angehörige des Mandats Madagaskar“, wodurch nach Ansicht des Autors (in nicht völlig logischer Folgerung) vermieden werden konnte, „daß die Juden sich etwa in Palästina einen eigenen Vatikanstaat gründen und damit den symbolischen Wert, den Jerusalem für den christlichen und mohammedanischen Teil der Welt hat, für ihre Ziele einspannen“ könnten, eine Reminiszenz an die seit Jahren kursierenden Argumente gegen einen Judenstaat in „Erez Israel“.

Auch das häufig diskutierte Argument, die in deutscher Gewalt befindlichen Juden könnten internationales Entgegenkommen garantieren, tauchte wieder auf, indem Rademacher festhielt, die Juden blieben auf Madagaskar „als Faustpfand in deutscher Hand für ein zukünftiges Wohlverhalten ihrer Rassegenossen in Amerika“. Darüber hinaus war es seiner Meinung nach sogar möglich, „propagandistisch“ den „Großmut“ zu „verwerten“, den „Deutschland durch Gewährung der kulturellen, wirtschaftlichen, verwaltungs- und justizmäßigen Selbstverwaltung an den Juden“ unter Beweis stelle, und dabei gleichzeitig zu betonen, daß „deutsches Verantwortungsbewußtsein der Welt gegenüber“ es dem Reich verbiete, „einer Rasse, die Jahrtausende keine staatliche Selbständigkeit gehabt hat, sofort einen unabhängigen Staat zu schenken; dafür bedürfe es noch der geschichtlichen Bewährung“⁴⁷. Rademachers Überlegungen liefen mithin

⁴⁷ PAAA Inland IIg 177, „Plan zur Lösung der Judenfrage“, Rademacher, 2.7. 1940, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S.314–316.

auf eine von außen vollständig kontrollierte, von der Außenwelt und dem Wohlwollen der Bewacher abhängige, nach innen unter dem Vorwand der Eigenverwaltung sich selbst überlassene jüdische Gemeinschaft hinaus, ein Gebilde, das er unverhüllt mit dem Titel eines „Großgettos“ unter SS-Aufsicht versah und dessen Form und Gestalt man sich angesichts der späteren Zustände in den Elendsbezirken dieser Art, beispielsweise in Warschau, ausmalen kann – von den fundamentalen natürlichen Hindernissen Madagaskars, die eine solch zwangsläufige wie letztlich intendierte Notlage noch potenzieren mußten, einmal ganz abgesehen.

Am folgenden Tag verfaßte Rademacher unter den beschriebenen Gesichtspunkten eine weitere Aufzeichnung zur „Judenfrage im Friedensvertrage“, in der er zur bisherigen Entwicklung referierte, das Referat D III sei „wegen der Aufnahme der Vorarbeiten“ bereits „über die Abteilung Deutschland [...] mit Vorschlägen an den Herrn Reichsaußenminister herangetreten“ und habe „von ihm den Auftrag erhalten, diese Vorarbeiten unverzüglich in die Wege zu leiten“. Besprechungen mit der Dienststelle Himmlers, dem Innenministerium und einigen Parteidienststellen hätten bereits stattgefunden. Diese Dienststellen hatten den Plan des Referats D III, wie er ihn gemäß den Vorschlägen vom Vortag noch einmal wiederholte, gebilligt⁴⁸.

Ein Großghetto unter SS-Aufsicht, nach innen eine gewisse Selbstverwaltung, die Kontrolle ermöglichte, ohne allzu viel Aufwand zu verursachen, die Juden als „Faustpfand“ gegen die Vereinigten Staaten in deutscher Hand, ansonsten aber weithin ihrem Schicksal überlassen, das waren die Kernpunkte des Rademacherschen Lösungsplans. Bemerkenswert ist daneben vor allem, daß Rademacher in seinen Entwürfen vom Juli die ursprünglich erwogene Trennung von Ost- und Westjuden nicht übernahm.

6. Heydrich schaltet sich ein

Noch bevor Rademacher seine Vorstellungen näher ausgearbeitet hatte, schaltete sich bereits Reinhard Heydrich in die Diskussion ein. In einem Brief an Außenminister von Ribbentrop wies er diesen am 24. Juni 1940 darauf hin, daß er von Göring mit der „Durchführung der jüdischen Auswanderung aus dem gesamten Reichsgebiet beauftragt“ worden sei. Da das „*Gesamtproblem*“, es handle sich „bereits um 3 1/4 Millionen Juden in den *heute* Deutscher Hoheitsgewalt unterstehenden Gebieten“, „*durch Auswanderung* nicht mehr gelöst werden“ könne, sei eine „territoriale Endlösung“ notwendig. Er bitte daher um eine Beteiligung „bei bevorstehenden Besprechungen, die sich mit der Endlösung der Judenfrage befassen, falls solche von dort aus vorgesehen sein sollten“⁴⁹. Unter dem Begriff der „territorialen Endlösung“, der sowohl die Verbringung in ein bestimmtes, ob nun innerhalb oder außerhalb Europas liegendes, Territorium als „Endlösung“, als auch das Territorium, sprich den deutsch-beherrschten Machtbereich in Europa meinen konnte, auf den die „Endlösung“ bezogen werden sollte, firmierte nun die Ausarbeitung des Madagaskar-Plans. Der Begriff der „Endlösung“ kursierte bekanntlich beim SD schon seit einigen Jahren und erfuhr seit seinem

⁴⁸ ADAP, D, X, Nr. 101, S. 92–94, Rademacher, Die Judenfrage im Friedensvertrage, 3. 7. 1940.

⁴⁹ PAAA Inland IIg 177, Heydrich an Ribbentrop, 24. 6. 1940, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 312–313.

Aufkommen einen Bedeutungswandel, der erst später in seine genozidale Dimension mündete⁵⁰.

Heydrichs Intervention bei von Ribbentrop hatte unmittelbar zur Folge, daß nun auch das Reichssicherheitshauptamt, das heißt primär Eichmann, intensiv an die Planung des Projektes „Juden nach Madagaskar“ ging. Mit pflichtbewußter Akribie, mit Verständnis für „das Ziel und das Wollen“, wie er selbst es ausdrückte, informierte er sich bei der Reichsstelle für das Auswanderungswesen im Reichsministerium des Innern und erkundigte sich dort nach den „geographischen und klimatisch-landschaftsstrukturellen und weiteren Gegebenheiten“⁵¹. Er fuhr wegen zusätzlicher Informationen mit seinem Kollegen Rajakowitsch zum Tropeninstitut nach Hamburg, und, wie er nach dem Krieg erklärte, „so ungünstig schien die Angelegenheit gar nicht zu sein“⁵².

Da das laufende Schriftgut der Reichsstelle für das Auswanderungswesen bislang verschollen ist⁵³, läßt sich der Inhalt der Korrespondenz Eichmanns nicht nachzeichnen. Allerdings ist es fraglich, ob er bei der Reichsstelle besonders fündig geworden ist, da diese selbst noch im Februar 1939 über die Deutsche Botschaft Paris Erkundigungen über die Lebenshaltungskosten auf Madagaskar einholen mußte⁵⁴. Diese Anfrage wurde, weil sie drei Monate lang unbeantwortet geblieben war, Ende Mai 1939 wiederholt⁵⁵. Die Reichsstelle erhielt am 30. Mai von der Deutschen Botschaft Paris einen von einem Vertrauensmann ausgefüllten Fragebogen über die Lebenshaltungskosten und eine Übersicht über die Einwanderungsbestimmungen für die Insel⁵⁶. Die Reichsstelle für das Auswanderungswesen verfügte also zu diesem Zeitpunkt offensichtlich über keine näheren Informationen zu Madagaskar, aus denen sie hätte Rückschlüsse auf die Lebensbedingungen bzw. -kosten hätte ziehen können. Die genannten

⁵⁰ Vgl. Kap. V; BAK R 58/996, 121–122. Auch von Weizsäcker bestätigte dies nach dem Krieg. Zunächst habe man unter „Endlösung“ eine verstärkte Emigration verstanden, später die Forderung nach dem „sogenannten ‚Madagaskar Zionismus‘“; IMT, Vol. XIII, Washington 1952, S. 444.

⁵¹ Eichmann-Protokoll, Lang, S. 63.

⁵² IfZ Eich 1492, S. 56; Eichmann-Protokoll, Lang, S. 63; vgl. IfZ G 01/Adolf Eichmann, von Eichmann korrigierte Tonbandtranskription, S. 137. Die Akten des Tropen-Instituts in Hamburg (heute Bernhard-Nocht-Institut) befinden sich zum größten Teil im Staatsarchiv Hamburg, ein kleinerer Teil, der die Instituts-Korrespondenz und das Gästebuch beinhaltet, noch im Institut selbst. Nach Auskunft des Tropen-Instituts findet sich für den in Frage kommenden Zeitraum – zwischen der Intervention Heydrichs bei Ribbentrop am 24. Juni und der Übermittlung einer Kopie des Madagaskar-Projektentwurfs an Rademacher am 15. August und auch die unmittelbar darauffolgende Zeit – kein Hinweis auf Kontakte Eichmanns und Rajakowitschs mit dem Institut. Auch im Jahresbericht für 1940 ist ein solcher Besuch nicht erwähnt. Da die Möglichkeit besteht, daß entsprechende Unterlagen nach 1945 verloren gingen, läßt sich Eichmanns Aussage von dieser Seite aus weder verifizieren noch falsifizieren. Von der Richtigkeit dieser von Eichmann mehrfach wiederholten Aussage kann aber ausgegangen werden.

⁵³ Vgl. Boberach, Inventar archivalischer Quellen des NS-Staates, S. 176.

⁵⁴ PAAA Kult E, Überwachung der Auswanderung nach den französischen Kolonien in Afrika, Bd. 1, Reichsstelle für das Auswanderungswesen an die Deutsche Botschaft Paris, 25. 2. 1939.

⁵⁵ PAAA Kult E, Überwachung der Auswanderung nach den französischen Kolonien in Afrika, Bd. 1, Reichsstelle für das Auswanderungswesen an die Deutsche Botschaft Paris, 25. 5. 1939.

⁵⁶ PAAA Kult E, Überwachung der Auswanderung nach den französischen Kolonien in Afrika, Bd. 1, Deutsche Botschaft Paris an die Reichsstelle für das Auswanderungswesen, 30. 5. 1939.

Angaben dürften bis Kriegsbeginn drei Monate später und darüber hinaus bis zu den Kontakten Eichmanns kaum durch umfangreiche Unterlagen von anderer Seite ergänzt worden sein, so daß die Ausbeute für den von ihm ins Auge gefaßten Zweck wohl nicht allzu groß gewesen sein dürfte.

Eichmanns Mitarbeiter Wisliceny erklärte nach dem Krieg, sein Vorgesetzter habe sich auch die notwendigen Unterlagen aus dem französischen Kolonialministerium, die Jahresberichte der Gouverneure sowie den Kommissionsbericht der Polen von 1937 besorgt⁵⁷. Eichmann hat in Jerusalem allerdings bestritten, den Kommissionsbericht der Polen gekannt zu haben⁵⁸. Wisliceny berichtete weiter, Eichmann habe Fachleute aus der Schifffahrt zur Lösung des Transportproblems zu Beratungen herangezogen. Eine „Arbeitsgemeinschaft von Hapag und Norddeutscher Lloyd“ sollte demnach die Transporte organisieren⁵⁹.

Daß Eichmann bereits Anfang Juli 1940 genaue Einzelheiten über die zukünftigen Pläne vor Augen hatte⁶⁰, wird aus Gesprächen mit Vertretern der jüdischen Organisationen in Prag, Wien und Berlin im Reichssicherheitshauptamt in bezug auf die „Auswanderungsfrage“ am 3. Juli ersichtlich⁶¹ – ohne daß er konkret auf Madagaskar zu sprechen kam. Die Gesprächspartner Eichmanns hatten über den derzeitigen Stand der Auswanderung zu berichten, worauf er erwiderte, daß zwar „die Bemühungen um die Auswanderung über den Fernen Osten sowie über Lissabon fortzusetzen“ seien, aber nach „Beendigung des Krieges werde [. . .] voraussichtlich eine Gesamtlösung der europäischen Judenfrage angestrebt werden müssen. Es werde sich hierbei um etwa 4 Millionen Juden in den in Betracht kommenden europäischen Staaten handeln.“ Da hierfür die Einzelauswanderung „nicht ausreichend“ sein könne, gab er den Auftrag, „die allgemeinen Gesichtspunkte, die bei einem solchen Plan zu berücksichtigen wären, in einer kurzen Niederschrift zusammenzufassen“. Dem Einwand, daß dies ohne Bezug auf ein konkretes Siedlungsgebiet schwer möglich sei, begegnete er mit der Erklärung, daß „es sich zur Zeit nur um die Aufstellung von Richtlinien handeln solle, die die Durchführung eines solchen Auswanderungsplanes ohne Reibungen für beide Teile und ohne Härten etwa innerhalb einer Frist von drei bis vier Jahren ermöglichen“⁶². Auf die Bedeutung Palästinas angesprochen, wiederholte Eichmann, bewußt die Unwahrheit sagend, daß „bestimmte Pläne bezüglich des Siedlungsgebietes und der Siedlungsform“ noch nicht vorlägen. In der Niederschrift solle es sich „lediglich darum handeln, einige Grundgedanken zu einem solchen Plane zu äussern“⁶³. Der Bericht sollte bereits am Nachmittag des folgenden Tages, dem 4. Juli 1940, abgeliefert

⁵⁷ Bericht Wislicenys vom 18. 11. 1946, in: Poliakov/Wulf, *Das Dritte Reich und die Juden*, S. 89.

⁵⁸ IfZ, Prozeß gegen Adolf Eichmann, Protokoll der Sitzung 91, 11.7. 1961, S. -T1-.

⁵⁹ Bericht Wislicenys vom 18. 11. 1946, in: Poliakov/Wulf, *Das Dritte Reich und die Juden*, S. 89.

⁶⁰ IfZ Eich 1143, Akt. Not. Nr. 44, 3.7. 1940.

⁶¹ Eichmanns Gesprächspartner waren Jakob Edelstein und Franz Weidmann aus Prag, Josef Löwenherz aus Wien und Paul Eppstein aus Berlin. Löwenherz war Amtsdirektor der Israelitischen Kultusgemeinde Wien; ihm wurde nach dem „Anschluss“ die Leitung der Israelitischen Kultusgemeinde übertragen, die eng mit der von Eichmann geleiteten „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ zusammenarbeitete, vgl. BAK R 58/956, 50. In der Vernehmung in Jerusalem nannte Eichmann ihn bezeichnenderweise Richard Löwenherz; Eichmann-Protokoll, Lang, S. 50.

⁶² IfZ Eich 1143, Aktennotiz Nr. 44, 3.7. 1940.

⁶³ Ebenda, S. 3.

werden. Anschließend erläuterte Eichmanns Mitarbeiter Dannecker nähere Einzelheiten. Auf die kurze Frist angesprochen, wiegelte er ab, daß es sich „lediglich um eine erste Äußerung zu dem Gesamtproblem handeln solle. Hierbei könne, auch wenn ein konkretes Gebiet noch nicht feststehe, sehr wohl von dem Beispiel eines Landes ausgegangen werden.“ Wiederum auf Palästina angesprochen, gab er allerdings eindeutig zu verstehen, daß „Palästina nicht genügend Fassungsraum aufweise, und dass auch von Seiten der Araber Schwierigkeiten gemacht werden“ könnten⁶⁴.

Es ist offensichtlich, daß mit diesem Auftrag eine Planungshilfe für die Ausarbeitung des Madagaskar-Projekts intendiert war, geben die Daten für die von jüdischer Seite auszuarbeitende Niederschrift doch exakt Zeitraum und Umfang des Madagaskar-Plans wieder, daß aber die Juden nichts über das schon ins Auge gefaßte Ziel der Auswanderung erfahren sollten.

Der Gedanke verbreitete sich jedoch schneller, als von Eichmann augenscheinlich erwünscht. Bereits am 1. Juli 1940 notierte Adam Czerniaków, der ehemalige Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde in Warschau, den die Deutschen nach der Besetzung der Stadt als Vorsitzenden des „Judenrats“⁶⁵ eingesetzt hatten, in seinem Tagebuch, der Leiter des Judenreferats der Gestapo in Warschau, SS-Oberscharführer Gerhard Mende, habe ihm mitgeteilt, „der Krieg sei in einem Monat zu Ende und wir würden nach Madagaskar ausreisen. Auf diese Weise wird das zionistische Ideal verwirklicht.“⁶⁶

7. Jüdische Reaktionen in Deutschland

Wie weit die Gerüchte um die Planungen schon zu diesem Zeitpunkt verbreitet waren und wie sehr sie tatsächlich von jüdischer Seite ernst genommen wurden, zeigt sich in deren Bemühungen um Hilfe bei dem Versuch, das als drohend empfundene Projekt abzuwenden. Die führenden Vertreter des im Deutschen Reich noch verbliebenen Judentums suchten sich hierbei ihrer Kontakte zur katholischen Kirche zu bedienen und bemühten sich um Einflußnahme seitens des langjährigen apostolischen Nuntius in Deutschland, Eugenio Pacelli, der seit März 1939 als Pius XII. auf dem Stuhle Petri in Rom saß. Am 7. Juli 1940 erhielt der Papst eine Denkschrift des Generalsekretärs des Raphaelsvereins⁶⁷, Menningen, in der dieser mitteilte, verlässlichen Informationen in Berlin sei zu entnehmen, daß man gedenke, „staatlicherseits die Judenfrage in kurzer Zeit radi-

⁶⁴ Ebenda.

⁶⁵ Czerniaków blieb in dieser Funktion bis zu seinem Selbstmord am 23. Juli 1942.

⁶⁶ Czerniaków-Tagebuch, S. 88.

⁶⁷ Der St. Raphaels-Verein war ein 1871 gegründeter Verein zum Schutz katholischer Auswanderer mit Sitz in Hamburg und 45 Nebenstellen in ganz Deutschland (1938). Während des „Dritten Reiches“ bemühte er sich bis zur Auflösung und dem Verbot des Vereins am 25. Juni 1941 um Hilfe bei der Auswanderung vor allem von Katholiken bzw. katholisch Getauften oder mit Katholiken verheirateten Juden. Die zum Christentum Konvertierten oder von diesen Abstammenden wurden von den Nationalsozialisten gemäß ihrer Rassenkategorien als „Nicht-Arier“ geführt und verfolgt. Nach dem Erlaß der „Nürnberger Gesetze“ vom September 1935 wurde auch diese Trennung weitgehend aufgehoben und nur noch von Juden im Sinne des „Reichsbürgergesetzes“ gesprochen.

Zwischen 1934 und 1939 brachte der St. Raphaels-Verein rund 10350 Personen zur Auswanderung und ca. 2220 in Stellen im Ausland unter. Bis 1941 erhöhte sich diese Zahl infolge des

kal zu lösen. Es wird davon gesprochen, dass in einer französischen Kolonie Afrikas ein Judenreservat errichtet werden solle. So ist bei einer hohen Polizeistelle bereits gesagt worden, daß die private Auswanderung von Nichtariern nicht mehr lange dauern werde, weil der Staat selber die Angelegenheit in die Hand nähme, zumal die konfessionellen Organisationen sich als unfähig erwiesen hätten, die Auswanderungsfrage zu lösen.“⁶⁸

Die Gerüchte um den Madagaskar-Plan waren offensichtlich zumindest bei den Betroffenen und ihrem Umkreis weit verbreitet, denn in Reaktion auf die ihnen bekannt gewordenen Pläne der deutschen Regierung zur Errichtung eines Judenreservates auf Madagaskar traten die Leiter der „Reichsvereinigung“ Leo Baeck, Paul Eppstein und Otto Hirsch über Menningens an den Papst heran und baten ihn um Unterstützung⁶⁹. Menningens schrieb deshalb am 11. Juli an Pius XII.: „Nach sicherem Vernehmen, so meinten die Vertreter der ‚Reichsvereinigung‘, sei von der Deutschen Regierung beabsichtigt, auf der kommenden Friedenskonferenz das Judenproblem endgültig zu lösen. In diese Lösung sollte nicht bloß Deutschland, sondern auch alle von Deutschland im Krieg besetzten Länder miteinbezogen werden. Soweit man erfahren habe, denke man sich bei den zuständigen Stellen die Lösung so, dass in einer französischen Kolonie Afrikas ein Judenreservat errichtet werde. Der ursprüngliche Plan, die Juden im Gebiete um Lublin anzusiedeln, wurde wieder aufgegeben, da man zwischen Deutschland und Rußland keinen Judenstaat wünsche. Statt dessen ist in diesem Zusammenhang der Name Madagaskar gefallen. Die Führer der ‚Reichsvereinigung‘ vertraten die Meinung, dass die von der deutschen Regierung geplante Lösung die deportierten Juden in eine unerträgliche Lage bringe, da die klimatischen Verhältnisse in den genannten Kolonien eine größere Umsiedlung von Europäern gar nicht zuließen. Darum müsse man für die Friedenskonferenz ein anderes und besseres Projekt vorbereiten und es von den interessierten Staaten vertreten lassen. Nach Meinung der Leiter der ‚Reichsvereinigung‘ käme als geeignetes Land das südliche Alaska [!] in Frage.“⁷⁰ Die „Reichsvereinigung“ bemühe sich, über ihre internationalen Verbindungen eine Öffnung Alaskas zu erreichen⁷¹. Sie wolle „durch ihre Mittelsmänner an einflussreiche amerikanische Politiker herantreten und in der Presse, z. B. in der New York Times, die amerikanische Öffentlichkeit langsam vorbereiten“⁷². Menningens war deshalb gebeten worden, „diese Tatsache dem Hl. Stuhl mitzuteilen und bei der Staatssekretarie die Bitte vorzutragen, der Hl. Stuhl möge gegebenenfalls dieser Aktion die moralische und diplomatische Unterstützung leihen“⁷³. Aus den hier angesprochenen Bemühungen der deutschen Judenführer im Ausland entsprangen augenscheinlich die Arbeiten Nussbaums und Hevesis⁷⁴, eine Reaktion des Papstes bzw. eine Initiative gegenüber der deutschen Regierung ist nicht erkennbar.

Krieges kaum noch; vgl. Reutter, Katholische Kirche als Fluchthelfer im Dritten Reich, S. 187f., 193.

⁶⁸ Denkschrift über die Auswanderung katholischer Nichtarier nach Brasilien an Papst Pius XII., in: ADSS, Bd. VI, Dok. Nr. 250, S. 353.

⁶⁹ ADSS, VI, Dok. 252, S. 356–359, 11.7. 1940.

⁷⁰ Ebenda, S. 357; vgl. ebenda, Dok. 271, S. 375, Schreiben Menningens an Kardinal Maglione, 31.7. 1940.

⁷¹ Der amerikanische Kongreß hatte Alaska für die Einwanderung gesperrt, um einer Besiedlung durch Japaner vorzubeugen.

⁷² ADSS, VI, Dok. 252, S. 357f.

⁷³ Ebenda, S. 358.

⁷⁴ Vgl. Kap. I.2.

8. Hoffen auf den Madagaskar-Plan – Generalgouverneur Hans Frank

Das wetteifrige Bemühen vieler Stellen im Reich, allen voran der Gauleiter, ihre Gebiete „judenfrei“ zu bekommen, hatte seit Gründung des Generalgouvernements zu einer Reihe unerwünschter und unkontrollierter, das heißt von Generalgouverneur Hans Frank als Konterkarierung seines auf Hitler zurückgeführten Allmachtsanspruchs interpretierter, Deportationen geführt. Am 12. Februar 1940 war die Auseinandersetzung hierum Gegenstand einer Besprechung zwischen Göring, Himmler, Frank, Schwerin von Krosigk und einigen Nachgeordneten. Sie waren sich zu diesem Zeitpunkt noch einig, daß das Generalgouvernement „die geordnete Judenauswanderung aus Deutschland und den neuen Ostgauen aufnehmen“ müsse. Es dürfe aber „nicht mehr vorkommen, dass Transportzüge ohne ordnungsgemäße und fristgerechte Anmeldung bei dem Generalgouverneur in das Generalgouvernement geschickt werden“⁷⁵. Im Sommer nun schienen die Madagaskar-Überlegungen Frank eine willkommene und zu der Hoffnung Anlaß gebende Gelegenheit, sich den Auswirkungen dieses ungeliebten Kompromisses entledigen und darüber hinaus sein eigenes Territorium „judenfrei“ bekommen zu können.

In einem Gespräch des Generalgouverneurs mit dem Höheren SS- und Polizeiführer, Obergruppenführer Friedrich-Wilhelm Krüger, berichtete ihm dieser am 10. Juli über „die Neuregelung auf dem Gebiete der Judenaussiedlung aus dem Reich“. Danach würden künftig „Judenaussiedlungen aus dem Reich ins Generalgouvernement nicht mehr stattfinden“⁷⁶. Bereits für August vorgesehene Ausweisungen von Juden aus dem Gebiet würden ebenfalls nicht mehr durchgeführt werden, „da alle Juden einschließlich derjenigen des Generalgouvernement nach den Kolonien Afrikas überführt werden“ sollten, „die die französische Regierung zu diesem Zweck an das Deutsche Reich ausliefern“ müsse⁷⁷.

Frank wußte aber bereits von Hitler persönlich von dem für ihn so erfreulichen Gedanken an Afrika und Madagaskar⁷⁸. Er hatte mit ihm am 8. Juli ein längeres Gespräch über die Entwicklung des Generalgouvernements geführt und berichtete vier Tage später in einer Abteilungsleitersitzung in Krakau von der auf seinen Antrag hin gefällten Entscheidung des „Führers“, „keine Judentransporte ins Generalgouvernement mehr stattfinden“ zu lassen. Statt dessen sei geplant, „die ganze Judensippschaft im Deutschen Reich, im Generalgouvernement und im Protektorat in denkbar kürzester Zeit nach Friedenschluß in eine afrikanische oder amerikanische Kolonie zu transportie-

⁷⁵ IMG, Bd. XXXVI, S. 299–307, hier S. 302.

⁷⁶ Besprechung mit SS-Obergruppenführer Krüger, 10.7. 1940, in: Prag/Jacobmeyer, Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939–1945, S. 247f.; vgl. Faschismus – Getto – Massenmord, hrsg. v. Jüdischen Historischen Institut Warschau, S. 57.

⁷⁷ Besprechung mit SS-Obergruppenführer Krüger, 10.7. 1940, in: Prag/Jacobmeyer, Diensttagebuch, S. 248.

⁷⁸ Die Freude über die sich anbahnende „Madagaskar-Lösung“ und das erhoffte Ende seiner Zeit als Gouverneur eines Judenverschiebe- und Auffangterritoriums ist in Franks Äußerungen zur Judenfrage in dieser Zeit geradezu sinnlich greifbar, wie sich auch aus den weiter unten zitierten Äußerungen ablesen läßt.

ren“. Man denke „an Madagaskar, das zu diesem Zweck von Frankreich abgetreten werden soll. Hier wird auf einer Fläche von 500 000 km² reichlich Gelände für ein paar Millionen Juden sein.“ Mit spöttischer Genugtuung hielt er fest, er habe sich „bemüht, auch die Juden des Generalgouvernements dieses Vorteils teilhaftig werden zu lassen, sich auf neuem Boden ein neues Leben aufzubauen. Das wurde akzeptiert, so daß in absehbarer Zeit auch hier eine kolossale Entlastung gegeben sein wird.“⁷⁹

Frank wiederholte diese Mitteilung über Hitlers Entscheidung am 25. Juli 1940 auf einer Besprechung mit Beamten und Angestellten in Lublin. Hitler habe verfügt, erklärte er den belustigten Zuhörern mit zynischem Sarkasmus, daß die Juden im Generalgouvernement „auf Grund eines besonderen Programms einheitlich behandelt“ würden, „sodaß auch das Generalgouvernement in absehbarer Zeit judenfrei“ werde. „Sobald der Überseeverkehr die Möglichkeit des Abtransportes der Juden“ zulasse⁸⁰, „werden die Juden Stück um Stück, Mann um Mann, Frau um Frau, Fräulein um Fräulein, abtransportiert werden“⁸¹.

Knapp eine Woche später war das Thema ausführlicher Gegenstand einer Besprechung Franks mit dem Reichsstatthalter des Warthegaus, Arthur Greiser, und führenden Vertretern der SS. Greiser berichtete von einer Unterredung mit Himmler, „daß nunmehr die Absicht bestehe, die Juden über See in bestimmte Gebiete abzuschieben“⁸². SS-Obergruppenführer Krüger legte dar, daß schon einige Denkschriften darüber verfaßt worden seien, „in welcher Form die Aktion nach Übersee durchgeführt werden solle“, und schlug vor, bei der Aussiedlung aus dem Generalgouvernement zunächst mit den Juden in Litzmannstadt zu beginnen⁸³. Einen Wermutstropfen, der sich als nur allzu realitätsnah und berechtigt erweisen sollte, brachte der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD im Generalgouvernement, SS-Brigadeführer Bruno Streckenbach, in die Diskussion, als er betont erklärte, „daß sich genaues [!] über die ganze Aktion noch nicht sagen lasse. Grundsätzlich stehe bisher nur fest, daß seine Dienststelle den Auftrag habe, festzustellen, wieviel Juden im gesamten von Deutschland zur Zeit besetzten Raum vorhanden seien.“ Zwar sollten die Juden „nach dem bisher bestehenden Plan nach Madagaskar verschickt werden“, doch: „Wann und wie die Verschickung vor sich gehen solle, sei eine Frage des Friedensschlusses. Ob sie tatsächlich nach Madagaskar kommen sollten, sei auch noch nicht endgültig bestimmt.“⁸⁴ Hier spiegelt sich deutlich der inzwischen durch den Kriegsverlauf bedingte Wandel von einer euphoriegeladenen und eine kurzfristige Beendigung der Auseinandersetzung mit England erwartenden Siegesstimmung, wie sie Hitlers Äußerungen Mitte Juni prägte, hin zu einer Orientierung des Krieges auf neue Herausforderungen und Ziele, entsprechend der grundsätzlichen programmatischen Fixierung, die sich in Hitlers Anweisung vom selben Tag ausdrückte, den Krieg gegen die Sowjetunion vorzubereiten. Alle Madagaskar-Überlegungen standen notwendigerweise unter den Vorzeichen der Kriegfüh-

⁷⁹ Abteilungsleitersitzung vom 12. 7. 1940, in: Präg/Jacobmeyer, Diensttagebuch, S. 252; vgl. IMG, Bd. XXIX, 2233-PS, S. 378.

⁸⁰ Das Protokoll notiert an dieser Stelle „Heiterkeit“.

⁸¹ Ansprache Franks in Lublin vom 25. 7. 1940, in: Präg/Jacobmeyer, Diensttagebuch, S. 258; vgl. IMG Bd. XXIX, S. 405.

⁸² Besprechung Franks vom 31. 7. 1940, in: Präg/Jacobmeyer, Diensttagebuch, S. 261.

⁸³ Ebenda.

⁸⁴ Ebenda.

rung, und die hiermit verbundenen Perspektiven zur Behandlung der Judenfrage hatten den Realitäten des Kriegsverlaufs zu folgen, wie sie Hitler zum Teil aufgezwungen wurden, vor allen Dingen durch das Patt gegenüber Großbritannien, wie er sie aber andererseits durch die Orientierung nach Osten selbst schuf. In diesem Zusammenhang ist ein Blick auf die Bedeutung angebracht, die Madagaskar in den Planungen der Militärs, sprich der zuerst betroffenen Marine spielte.

9. Madagaskar in den Augen der Marine

Madagaskar wurde seitens der Militärs allein unter strategischen Gesichtspunkten analysiert, in seiner Bedeutung aber eher nachrangig bewertet. Zwar machte am 3. Juni 1940, dem gleichen Tag, an dem Rademacher zum ersten Mal den Madagaskar-Gedanken ins Spiel brachte, auch die Seekriegsleitung in einer Abhandlung über „Raumerweiterungs- und Stützpunktfragen“ deutlich, daß der Gewinn Madagaskars und der im Indischen Ozean liegenden französischen Inseln, neben Stützpunkten auf den Afrika vorgelagerten Inselgruppen, „von größter Bedeutung“ wäre⁸⁵, doch galt dies wohl in erster Linie für die westafrikanischen Inseln. Denn am 11. Juli schätzte der Oberbefehlshaber der Marine, Raeder, in einem Vortrag bei Hitler auf dem Obersalzberg „den Wert von Madagaskar als weniger hoch, da [der] Atlantik Hauptkriegsgebiet“ bleibe⁸⁶.

Am 27. Juli schaltete sich das Oberkommando der Kriegsmarine mit einer Denkschrift an das Auswärtige Amt, das Oberkommando der Wehrmacht und das Kolonialpolitische Amt in die laufende Diskussion ein. Der Seekriegsleitung war bekannt geworden, „daß bei verschiedenen Dienststellen Planungen für ein zukünftiges deutsches Kolonialreich vorbereitet“ wurden, weshalb man von vornherein die Frage der Stützpunkte zur Sicherung dieses Kolonialreiches ins Auge fassen müsse. Daraus resultierten „Stützpunktforderungen der Seekriegsleitung“, wobei die Voraussetzung zugrunde gelegt sei, „daß außer den ehemals deutschen Kolonien Togo, Kamerun und Deutsch-Ost-Afrika nur bisher franz[ösisches] und belg[isches] Kolonialgebiet zur Schaffung eines zusammenhängenden deutschen Kolonialreiches in Zentralafrika in Frage“ komme; als einer der Stützpunkte an der Ostküste Afrikas wurde deshalb „Diego Suarez (Madagaskar)“ gefordert. In einer kurzen Charakteristik der avisierten Kolonialniederlassungen hieß es, Diego Suarez sei „als Stützpunkt geeignet“, besitze eine „beherrschende Lage der Ost- und Westküste Madagaskars“ und eine „geschützte Reede“. Außerdem seien „Ankerplätze für [eine] beliebige Zahl größter Schiffe“ vorhanden⁸⁷. Die Äußerungen sind ihrer Intention und Zielsetzung nach allein unter militärstrategisch-kolonialen Gesichtspunkten zu betrachten, eine Analyse der Landungsmöglichkeiten von eventuellen Deportationsschiffen oder der Aufnahme- und Umschlagkapazitäten madagassischer Häfen war dies ebensowenig wie eine Auseinandersetzung mit den Plänen zur Judenverbringung auf die Insel.

⁸⁵ IMG, Bd. XXXIV, Dok. 041-C, S. 242, 3. 6. 1940.

⁸⁶ Wagner, Lagevorträge, S. 110, 11. 7. 1940.

⁸⁷ BA Potsdam, AA, Pol. Abt., Akte 61120, 27. 7. 1940.

10. Rademachers Informationsbeschaffung

Franz Rademacher suchte, nachdem er Anfang des Monats Juli seine Pläne für den Friedensfall vorgelegt hatte, durch Informationsbeschaffung mittels in Auftrag gegebener Gutachten seine Idee und die Vorbereitungen zu ihrer Umsetzung voranzutreiben. Er nahm dazu nicht allein zu den Vertretern des schwülstigen Antisemitismus wie Paul Wurm und dem „Stürmer“ Kontakt auf, denn, ebenso wie Adolf Eichmann, war auch er darum bemüht, sich für den Projektentwurf mit der notwendigen wissenschaftlichen Kompetenz zu versorgen. Darüber hinaus legte, ebenfalls auf eine Anforderung Rademachers hin, am 17. Juli 1940 der Statistik-Professor und Präsident des Bayerischen Statistischen Landesamtes, Friedrich Burgdörfer, einen Bericht „Zur Frage der Umsiedlung der Juden“⁸⁸ vor, der als statistische Grundlage für die Zahl der nach Madagaskar zu deportierenden Juden dienen sollte. Er bezifferte die Zahl der Juden im Deutschen Reich, dem angeschlossenen Österreich, dem Protektorat Böhmen und Mähren und der durch den Krieg „rückgegliederten Ostgebiete“ auf rund eine Million Menschen. Setze man die Zahl der im „Generalgouvernement Polen“ befindlichen Juden mit 1,2 Millionen an, so wären „innerhalb des großdeutschen Reiches bis zur östlichen Interessengrenze 2,2 Millionen Juden vorhanden“. Die Gesamtzahl der Juden in Europa schätzte Burgdörfer auf rund 10 Millionen, wovon 2,9 Millionen in „Sowjet-Rußland“, 1,3 Millionen im „russischen Interessengebiet im ehemaligen Polen“ und 350 000 in Bessarabien und der Bukowina wohnten⁸⁹. Zusammen mit den Juden in den baltischen Staaten ergebe dies eine Zahl von rund fünf Millionen, so daß, wenn die Juden dieses russischen Herrschaftsgebietes für eine Umsiedlung nicht berücksichtigt würden, immer noch etwa fünf Millionen „Juden aus dem übrigen Europa [...] für eine Umsiedlung in Betracht kämen“. Von den 7 Millionen Juden außerhalb Europas lebten rund 5 1/4 Millionen in Amerika, „die wohl ebenfalls für eine Umsiedlung nach Madagaskar nicht in Frage kommen. Es blieben demnach von den außereuropäischen Juden noch rund 1 3/4 Millionen.“ Burgdörfer hielt fest, inwieweit diese 1 3/4 Millionen außereuropäischer Juden für eine Umsiedlung zu berücksichtigen seien, vermöge er nicht zu beurteilen, doch ging er zunächst einmal davon aus, daß auch sie einbezogen werden könnten. Beachte man hierbei wiederum die im asiatischen Teil unter russischer Kontrolle befindlichen Juden, so ergebe sich folgendes Bild: Die Juden aus Europa zählten ohne den Herrschaftsbereich der Sowjetunion 4,9 Millionen, die Juden aus den übrigen Erdteilen „mit Ausnahme Amerikas und des sowjetrussischen Teils Asiens“ 1,6 Millionen⁹⁰. Demnach kämen „rund 6 1/2 Millionen Juden für eine Umsiedlung in Frage“. Madagaskar habe 3,8 Millionen Einwohner, also eine Bevölkerungsdichte von 6,2 je qkm. Wolle man die Insel „ausschließlich den Juden vorbehalten, so würde sich bei 6,5 Mill[ionen] Juden auf der Insel eine Bevölkerungsdichte von immerhin erst 10 je qkm ergeben. Will man die 6,5 Millionen Juden unter Belasung der alteingesessenen Bevölkerung zusätzlich dort unterbringen, so würde sich

⁸⁸ PAAA Inland II A/B 35/2, Gutachten Burgdörfer „Zur Frage der Umsiedlung der Juden“, 17.7. 1940.

⁸⁹ Gutachten Burgdörfer, S. 3.

⁹⁰ Ebenda, S. 4.

die durchschnittliche Bevölkerungsdichte auf etwa 16 je qkm erhöhen, d.h. auf den Stand der Besiedlungsdichte, wie er im Gesamtdurchschnitt für die Erdoberfläche festgestellt ist und etwas mehr als ein Zehntel der Bevölkerungsdichte des Deutschen Reiches. Auch diese Zahl dürfte sich innerhalb des natürlichen Fassungsvermögens der Insel halten.“⁹¹

Burgdörfer war, man mag es als typisch für eine Form der Mentalität auffassen, „nur“ Statistiker. Folglich ging er das Problem auch rein statistisch an, und auf diesem Wege war es offenbar zu lösen. Die Implikationen seiner Zahlenspiele interessierten ihn nicht, auch wenn er freizügig vom „natürlichen Fassungsvermögen“ der Insel sprach. Über dieses mit der Natur der Insel vereinbare Fassungsvermögen hatte er sich gerade keine Gedanken gemacht. Mit dieser statistischen Lösungsvariante ließen sich auch die Antarktis und die Sahara zu unterbevölkerten Zuwanderungsgebieten erster Güte hochrechnen.

Bemerkenswert ist, daß selbst in dieser Hochphase des Madagaskar-Plans keine öffentlichen Äußerungen Hitlers, Himmlers, Görings, von Ribbentrops oder Goebbels' überliefert sind, in denen eine mögliche Verschiffung der europäischen Juden nach der französischen Insel erwähnt ist, wiewohl die Gerüchte um die Madagaskar-Planungen bis in die Öffentlichkeit gedrungen waren und Goebbels am 26. Juli seinen Informationsstand im Tagebuch mit der Bemerkung festhielt, ein großer Plan zur Evakuierung der Juden aus Berlin sei genehmigt. „Im übrigen sollen sämtliche Juden Europas nach dem Kriege nach Madagaskar deportiert werden. Das wird dann deutsches Schutzgebiet unter einem deutschen Polizeigouverneur.“⁹²

Der deutsche Botschafter bei der Regierung in Vichy, Otto Abetz, teilte Rademachers Chef Luther im August mit, Hitler habe ihm bei einem Vortrag über Probleme des deutsch-französischen Verhältnisses, der am 3. August auf dem Berghof stattfand, erklärt, „daß er beabsichtige, nach dem Kriege sämtliche Juden aus Europa zu evakuieren“, ohne daß er allerdings Madagaskar ausdrücklich als Ziel dieser „Evakuierung“ nannte⁹³.

Der über diese Äußerungen Hitlers Mitte August unterrichtete Rademacher hatte neben dem statistischen auch ein geologisches Gutachten für die ins Auge gefaßte Insel in Auftrag gegeben, das ihm am 29. Juli übermittelt wurde. Darin legte der an der Bergakademie in Freiberg lehrende Geologie-Professor Friedrich Schumacher eine „Zusammenstellung der mineralischen Bodenschätze in Madagaskar“ vor und hielt recht ernüchternd fest, daß die Insel zwar reich an Edel- und Halbedelsteinen sei, die Produktion wertmäßig aber kaum ins Gewicht falle. Der Goldabbau hatte in den letzten Jahren kontinuierlich abgenommen, wohingegen der Glimmerexport stark gestiegen war. Das Hauptnutzmaterial der Insel blieb jedoch mit weitem Abstand Graphit, so daß Schumacher zusammenfassend festhielt, daß abgesehen von Graphit „der Reichtum

⁹¹ Ebenda, S. 5, Hervorhebungen im Original.

⁹² Goebbels-Tagebücher, Teil I, Bd. 4, S. 253, 26. 7. 1940.

⁹³ ADAP, D, X, Dok. 345, S. 399, 15. 8. 1940; das Gespräch zwischen Luther und Abetz fand am 15. August oder kurz vorher statt, da Luther die Meldung an diesem Tag „streng vertraulich“ an Rademacher weiterleitete. Abetz war Ende Juli ins Führerhauptquartier nach Salzburg bestellt worden und hielt Hitler am 3. August Vortrag; vgl. Abetz, Das offene Problem, S. 141.

Madagaskars an mineralischen Rohstoffen, wert- und mengenmäßig betrachtet, nicht groß“ sei⁹⁴. Das Gutachten wurde von Rademacher auch der „Antisemitischen Aktion“, Reichsbankoberinspektor Hoppe in Görings Vierjahresplanbehörde, dem Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschland und Eichmanns Mitarbeiter Dannecker zugeleitet⁹⁵. Mit Görings Beamten Hoppe stand Rademacher auch in der Frage der Verwertung des jüdischen Vermögens und der Klärung der Umsiedlungsfinanzierung in Verbindung.

Am 12. August 1940 legte Rademacher in diesem Zusammenhang seine „Gedanken über die Gründung einer intereuropäischen Bank für die Verwertung des Judenvermögens in Europa“ vor⁹⁶. Seine Leitvorstellung war, „sozusagen auf einen Schlag den jüdischen wirtschaftlichen Einfluß in Europa durch den deutschen zu ersetzen, ohne daß Störungen in den Wirtschaften einzelner Länder durch Stilllegungen einzelner Großfirmen eintreten“. Das „jüdische Kapital in Europa“ sollte von der neuen Bank „treuhänderisch verwaltet“ und zur Bezahlung der Kosten für die Umsiedlung der Juden nach Madagaskar sowie für die Begleichung derjenigen Werte verwendet werden, welche „die Juden in Madagaskar erhalten“. Die Bank hatte auch den „staatseigenen Grund und Boden, Gebäudebesitz usw. Madagaskars treuhänderisch [zu] verwalten, soweit er für die Ansiedlung der Juden benötigt und vorgesehen wird“. Im Laufe der Ansiedlung sollten diese Werte nach und nach den Juden übereignet werden. Das Reichssicherheitshauptamt hatte die jüdischen Vermögenswerte in Deutschland zu erfassen und an die Bank weiterzuleiten, und nach diesem Vorbild war geplant, eine ähnliche Organisation für die anderen europäischen Länder zu schaffen. Es war darüber hinaus vorgesehen, daß die Bank die notwendigen Gelder für die Kosten der Umsiedlung auf Anforderung der SS vorstreckte. „Der einzelne Jude nimmt nur ein etwas größeres Handgepäck mit.“ Daneben sollte er eine „Forderung an die jüdische Gemeinschaft ‚Madagaskar‘“ erhalten, und man beabsichtigte, die Landvergabe auf der Insel nach dem Muster der innerdeutschen Siedlungsverträge zu gestalten. Zur Beschaffung notwendiger Geräte und für den Verkauf der jüdischen Erzeugnisse in Madagaskar „könnte der Bank eine Art Raiffeisengenossenschaft angegliedert werden, so daß jeder unmittelbare Handel der Juden mit der Außenwelt unterbunden wäre“. Allein die Genossenschaft sollte zum Ankauf der Madagaskar-Erzeugnisse berechtigt sein und auch „Weiterverkauf ins deutsche Reichsgebiet bzw. ins Ausland“ durchführen⁹⁷.

Rademacher hat sich mit dem Gedanken an eine solche Bank offenbar schon einige Tage vorher an die für Wirtschaftsfragen dieser Art zuständige Vierjahresplanbehörde gewandt, denn zwei Tage später, am 14. August, teilte ihm sein Verhandlungspartner

⁹⁴ PAAA Inland IIg 177, „Zusammenstellung der mineralischen Bodenschätze von Madagaskar“, Gutachten des Geologie-Professors Schumacher, Freiberg, 29. 7. 1940, abgedruckt in: Vogel, Stempel S. 318f. Rademacher ließ Schumacher am 2. August über den Dozentenbund der NSDAP an der Bergakademie ein Dankschreiben zuleiten; PAAA Inland IIg 177, 2. 8. 1940.

⁹⁵ PAAA Inland IIg 177, Konzept zum Schreiben vom 5. 8. 1940.

⁹⁶ PAAA Inland IIg 177, Rademacher, „Gedanken über die Gründung einer intereuropäischen Bank für die Verwertung des Judenvermögens in Europa“, 12. 8. 1940, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 321–322.

⁹⁷ Ebenda.

Hoppe mit, daß Görings „zweiter Mann“, Staatsrat Wohlthat, ihn damit beauftragt habe, „einen Entwurf für die geplante intereuropäische Bank zur Verwertung des Judenvermögens zu machen“⁹⁸. Zu diesem Zweck sollte ihm Rademacher das Statut der von der italienischen Regierung gegründeten „Anstalt zur Verwaltung und Liquidierung von Immobilien“ besorgen⁹⁹. Rademacher leitete dies durch eine Anfrage bei der Deutschen Botschaft in Rom in die Wege¹⁰⁰. Die Initiative zur Planung der intereuropäischen Bank ging aber von Rademacher aus¹⁰¹, der nach ihrem Telefongespräch am 14. August auch Hoppe seine schriftlich niedergelegten Gedanken umgehend zusandte¹⁰². Allerdings verlief die weitere Bearbeitung der Angelegenheit nur schleppend, denn erst im November äußerte Wohlthat den Wunsch, mit Luther „den Vorschlag des Referats D III [zu] besprechen, eine intereuropäische Bank zur Liquidierung des jüdischen Vermögens zu gründen“¹⁰³. Auch dies ist ein Beleg dafür, daß die ganze Madagaskar-Angelegenheit mit nachrangiger Dringlichkeit behandelt wurde, solange die realen Voraussetzungen des Kriegsverlaufs wenig Aussicht auf die Möglichkeit einer baldigen Umsetzung erhoffen ließen.

Einen weiteren Einblick in den Hintergrund, vor dem Rademacher seine Gedanken entwickelte, vermittelt eine Notiz, die er am 9. August zur Frage der rechtlichen Behandlung von jüdischen Emigranten anfertigte. Zur Entscheidung stand die Frage, wie ehemalige jüdische Beamte oder Versorgungsempfänger, die emigriert waren, zu behan-

⁹⁸ PAAA Inland IIg 193; Rademacher übersandte Hoppe auch ein Exemplar seiner „Gedanken über die Gründung einer intereuropäischen Bank für die Verwertung des Judenvermögens in Europa“.

⁹⁹ Die staatliche Anstalt „Ente di gestione e liquidazione immobiliare“, „eine Art Bankinstitut“, war durch Gesetz vom 9. Februar 1939 gegründet worden. Generaldirektor war der Rechtsanwalt Marchese Anselmo Guerrieri Gonzaga, der der Deutschen Botschaft in Rom Informationen und Material über seine Institution zur Verfügung stellte; vgl. PAAA Inland IIg 193, Aufzeichnung (des Ref. D III) für Luther vom 14. 11. 1940 und Brief der Deutschen Botschaft Rom vom 12. 3. 1941.

¹⁰⁰ Ebenda.

¹⁰¹ PAAA Inland IIg 177, Rademacher, Bisherige Entwicklung des Madagaskar-Plans, 30. 8. 1940, S. 2; Inland IIg 193, Aufzeichnung Rademachers für Luther vom 14. 11. 1940.

¹⁰² PAAA Inland IIg 193, Mitteilung Rademachers an Hoppe, 14. 8. 1940. Die Mitteilung ist mit Rademachers Paraphie und dem Datum 12/8 versehen, doch muß es sich bei der Datierung um einen Irrtum Rademachers handeln, da er in der Mitteilung auf das Telefongespräch mit Hoppe vom 14. August Bezug nimmt, dessen Datum er auch an anderer Stelle wiederholt. Das Telegramm an die Deutsche Botschaft Rom wurde ebenfalls umgehend nach dem Telefongespräch am 14. August um 13.00 Uhr durchgegeben, und Rademacher nimmt in der Mitteilung an Hoppe hierauf Bezug.

¹⁰³ PAAA Inland IIg 193, Aufzeichnung Rademachers für Luther vom 14. 11. 1940. Anlaß dieses Treffens war nicht in erster Linie die Besprechung über die Vorarbeiten zur Gründung der europäischen Bank, sondern die Bitte des Marchese Gonzaga, ihm als Gegenleistung für seine Informationen vom August „geeignetes Material über die von Deutschland auf den Gebieten der Enteignung jüdischen Vermögens, der Beschlagnahme feindlichen Eigentums und der Intervention des Staates bei Versteigerungsverfahren zu beschaffen“, wie es in der gleichen Aufzeichnung heißt. Diesem Ansinnen nachzugeben war die deutsche Seite allerdings nicht bereit; vgl. ebenda, Mitteilung Luthers an die Deutsche Botschaft Rom vom 26. 2. 1941. Um Gonzaga nicht zu verstimmen, sollte er von Wohlthat nach Berlin eingeladen werden, was sich über Monate verzögerte, um schließlich doch nicht realisiert zu werden; vgl. ebenda, Schriftverkehr Rademachers mit der Deutschen Botschaft Rom.

deln seien. Das Innenministerium hatte am 19. Juli vorgeschlagen¹⁰⁴, alle jüdischen Emigranten, die Vermögenswerte im Deutschen Reich besaßen, auszubürgern, um so an deren Besitz heranzukommen. Rademacher schlug statt dessen vor, „alle emigrierten Juden schlechthin ohne Rücksicht auf das Vermögen auszubürgern, um einmal klare Verhältnisse zu schaffen“, oder aber, was er für „propagandistisch gangbarer und daher vorzuziehen“ erachtete, sämtliche Emigranten auszubürgern. „Dieser Vorschlag hätte den Vorzug, daß er keine spezielle Spitze gegen die Juden hat, also in USA nicht so sehr gegen Deutschland verwertet werden könnte.“¹⁰⁵ Luther hatte diese Linie am 23. Juli vorgegeben und bemerkt, daß „bei Kriegsende sowieso eine generelle Lösung des Judenproblems in Europa von Deutschland durchgesetzt werden“ müsse¹⁰⁶. Rademachers Schreiben vom 9. August entsprach seiner bekannten USA-Fixierung, die sich als gedanklicher Hintergrund auch in seinen Vorschlägen aus den Madagaskar-Denkschriften von Anfang Juli findet, wo er dafür plädierte, die Juden als „Faustpfand“ gegenüber den Vereinigten Staaten zu benutzen. Von Wichtigkeit ist allerdings Rademachers Einlassung, daß noch zu diesem Zeitpunkt Anfang August 1940 der Runderlaß Görings vom 28. Dezember 1938 „nach den Akten des Referats D III die offenbar letzte grundsätzliche Stellungnahme des Führers zur Judenfrage enthält, die noch insoweit Gültigkeit haben dürfte, als sie nicht durch die inzwischen erlassenen Gesetze und Verordnungen (insbesondere im Verfolg des Mordes an Gesandtschaftsrat vom Rath) überholt ist“¹⁰⁷. Auf Basis dieser „Aktenlage“ aus der Vorkriegszeit hat Rademacher folglich auch seine Gedanken zum Madagaskar-Plan entwickelt. Die Initiative zu seiner Abhandlung über die vordringlichen Aufgaben seines frisch übernommenen Referats wie auch über die „Judenfrage im Friedensvertrage“ entsprang dabei seiner Interpretation der vorgegebenen Generallinie, verbunden mit den aktuellen Möglichkeiten als Folge einer außergewöhnlich erfolgreichen Kriegführung.

Erst Ende August machte Rademacher das Innenministerium mit Einzelheiten des Madagaskar-Projekts bekannt, als er in Fortsetzung der Diskussion um die Ausbürgerungsfrage Pläne dorthin übersandte und auf die Vorarbeiten des Reichssicherheitshauptamtes und der Vierjahresplanbehörde verwies. Er machte noch einmal klar, daß gegen die allgemeine Ausbürgerung nur der vermögenden Juden „größte außenpolitische Bedenken“ bestünden, da hiermit der „feindlichen Propaganda, insbesondere in [den] USA“ nur Stoff für die Behauptung gegeben würde, die Deutschen wollten nur die Juden berauben. Er wiederholte seinen Vorschlag, „sämtliche Emigranten auszubürgern“, um damit die Spitze gegen die Juden zu nehmen, da die Emigranten durch ihre Abwanderung die Absicht bekundet hätten, „sich endgültig vom neuen Deutschland zu trennen“¹⁰⁸. Welche Pläne dem Schreiben Rademachers beilagen, ist nicht überliefert, doch erfuhr der zuständige Referent im Innenministerium, Lösener, erst am 3. Dezember in einem Gespräch mit Eichmann Einzelheiten des Madagaskar-Projekts¹⁰⁹.

¹⁰⁴ Vgl. STAN NG-4405, das auf ein Schreiben vom 19. Juli betreffend die „Ausbürgerung von Juden“ Bezug nimmt.

¹⁰⁵ PAAA Kult E, Juden, 372, Rundschreiben Rademachers vom 9. 8. 1940, D III, Nr. 1689.

¹⁰⁶ PAAA Inland IIg 175, Vermerk Luthers vom 27. 7. 1940.

¹⁰⁷ PAAA Kult E, Juden, 372, Rundschreiben Rademachers vom 9. 8. 1940, D III, Nr. 1689.

¹⁰⁸ STAN NG-4405, Schreiben Rademachers an den Reichsminister des Innern vom 26. 8. 1940 (Antwort auf ein Schreiben vom 19. 7. 1940).

¹⁰⁹ Lösener, Als Rassereferent im Reichsministerium des Innern, S. 264–313, hier S. 296.

11. Der Madagaskar-Plan des Reichssicherheitshauptamtes

Außenminister von Ribbentrop hatte Rademacher am 2. August mitteilen lassen, daß er in den Grundsätzen der Vorbereitung einer Abschiebung der Juden aus Europa zugestimmt habe, daß aber hierbei – vor dem geschilderten Hintergrund müßte es heißen: weiterhin – in engem Einvernehmen mit den Dienststellen des Reichsführers SS vorgegangen werden solle¹¹⁰. Am 15. August 1940 erhielt Rademacher den ausgearbeiteten Madagaskar-Plan des Reichssicherheitshauptamtes. Von diesem Entwurf dürfte es mindestens drei Exemplare gegeben haben. Eines wurde mit Sicherheit im Reichssicherheitshauptamt selbst aufbewahrt. Bei dieser Akte befanden sich vermutlich auch alle weiteren Unterlagen Eichmanns und seiner Mitarbeiter zur Vorbereitung und Erarbeitung des Planes. Ein zweites Exemplar wurde von Heydrich direkt an von Ribbentrop gesandt. Von dort gelangte es über das für Auswanderungsfragen zuständige Referat Kult E zu Rademacher, der es zu Pol XII, dem für Friedensfragen zuständigen Referat der Politischen Abteilung, weiterleitete. Diese beiden Exemplare sind offenkundig verschollen. Das dritte Exemplar erhielt Rademacher am 15. August von Dannecker durch Boten mit der Bitte „um besonders vertrauliche Behandlung“ direkt zugesandt, ein Ausdruck der engen und offensichtlich ungewöhnlich störungsarmen Kooperation zwischen Rademachers und Eichmanns Referat. Dieses Exemplar ist, versehen mit einer sieben Punkte umfassenden handschriftlichen, aber leider kaum leserlichen Notiz Martin Luthers, erhalten. Rademacher war von Heydrichs Absicht zur direkten Weiterleitung des Entwurfs an von Ribbentrop bereits vorher informiert worden und hatte seinen Vorgesetzten Luther, der sich in Fuschl aufhielt, telefonisch unterrichtet¹¹¹.

Das „Madagaskar-Projekt“ des Reichssicherheitshauptamtes umfaßt neben dem Deckblatt und dem Inhaltsverzeichnis vierzehn maschinenschriftliche Seiten nebst einer doppelseitigen handschriftlichen Organisationskizze sowie einen anderthalbseitigen Auszug aus „Meyers Lexikon“ von 1939 zu Madagaskar¹¹². Der Entwurf war in vier Bereiche gegliedert, erstens „Lage und Grundsätzliches“, zum zweiten „Geographisches“, drittens die „Staatsrechtliche Form und gebietsmäßige Aufgliederung“ und schließlich der vierte und bei weitem ausführlichste Teil, der die „Organisation“ des Madagaskar-Projekts betraf.

Zum Punkt „Lage und Grundsätzliches“ hielt das Reichssicherheitshauptamt fest, daß mit der Errichtung des Generalgouvernements und der Eingliederung der neuen deutschen Ostgaue „große Massen von Juden unter unmittelbare deutsche Hoheitsgewalt“ gekommen seien, zu denen „noch die in den unter deutscher militärischer Oberhoheit stehenden Gebieten ansässigen Juden“ hinzukämen. Die bisherige Praxis habe gezeigt, „daß schon die Lösung des jüdischen Problems im Reichsgebiet einschließlich [des] Protektorat[s] Böhmen und Mähren *im Wege der Auswanderung* infolge der allenthal-

¹¹⁰ PAAA Inland IIg 177, 229, Handschriftliche Notiz Rademachers auf der Kurzfassung seiner Arbeitsplan-Skizze vom 3. Juni mit Paraphe vom 2. August.

¹¹¹ PAAA Inland IIg 177, 15. 8. 1940, 197–221; die maschinenschriftlichen Teile der Akte sind abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 322–331.

¹¹² Meyers Lexikon, Bd. 7, Leipzig ⁸1939.

ben auftretenden Schwierigkeiten [...] *in absehbarer Zeit schwer zum Ende geführt werden kann*“. Nachdem die „Massen des Ostens“ hinzugekommen seien, sei „eine Bereinigung des Judenproblems durch Auswanderung unmöglich geworden“. Die Zahl der betroffenen Juden wurde auf rund vier Millionen geschätzt¹¹³.

Die Ausarbeitung stellte den „Niederschlag der bisher seitens der Sicherheitspolizei geleisteten Vorarbeiten zu dem Projekt einer Ansetzung dieser rund 4 000 000 Juden in *Madagaskar* dar“. Getreu der Ideologie des traditionellen Reservatgedankens hieß es zum „Grundsätzlichen“ abschließend, „zur Vermeidung dauernder Berührung anderer Völker mit Juden“ sei „eine Überseelösung *insularen Charakters* jeder anderen vorzuziehen“¹¹⁴.

Unter Punkt zwei, den Fragen der Geographie, nahm der Plan zu „Klima“, „Volkszählung und Land“, der „Wirtschaft“ und den „Verkehrswege[n]“ Stellung. Was das Klima betraf, so seien die „Küsten der Insel [...] infolge der hohen Temperatur und der dauernd feuchten Luft für Europäer ungesund“. Ein großer Teil des Innenlandes mit einer Durchschnittshöhe von 800–1500 Metern sei dagegen „für Europäer geeignet“. Durch die zahlreichen Wasserläufe und Sümpfe sei zwar in den Niederungen „Fiebergelahr vorhanden“, doch konnte die Seuchenausbreitung nach Ansicht der Autoren durch Trockenlegungen der Feuchtgebiete „weitgehend gesteuert werden“. Für ein Arbeitsprogramm seien hier schon „große Aufgaben zu bewältigen“¹¹⁵.

Was die Wirtschaft anging, wurde auf die geringe Industrie sowie die Hauptprodukte des Ackerbaus verwiesen. Der Viehbestand wurde auf rund sieben Millionen Rinder geschätzt und gestatte sogar einen Fleischexport. Optimistisch folgerten Eichmann und seine Mitarbeiter daraus, daß die Ernährung „demnach auch beim Hinzukommen von 4 Millionen Juden gesichert“ sei.

Was die Verkehrswege betraf, war den Autoren die mangelhafte Infrastruktur vollkommen klar. Das Eisenbahnnetz umfaßte nur 600 km auf einer Insel von fast 600 000 qkm. Daß auch stabile Straßenanlagen, Wege und Brückenbauten erst noch „in großem Umfange geschaffen werden“ müßten, war den Planern des Reichssicherheitshauptamtes ebenso bekannt wie die Notwendigkeit „weitgehendst[er]“ Stromregulierungen. Hierin sahen sie jedoch kein Hindernis, im Gegenteil: „Ein großzügiges Arbeitsprogramm zum Ausbau der Verkehrswege würde auf Jahre hinaus Arbeitsmöglichkeiten schaffen.“ Dabei solle die „örtliche Leitung des Territoriums [...] bemüht sein, die Wirtschaft dieses Landes autark zu gestalten, damit Verbindungen zwischen den Juden und der übrigen Welt im Rahmen des internationalen Handels ausgeschlossen werden“. An den Stellen, an denen dies am Anfang nicht erreicht werden könne, seien „deutsche Treuhandgesellschaften zur Lösung dieser Probleme anzusetzen“¹¹⁶.

Madagaskar sollte nach den Absichten der SS niemals ein wie auch immer gearteter „Judenstaat“ werden, denn was den dritten Teil des Projektentwurfs, die staatsrechtli-

¹¹³ PAAA Inland IIg 177, 201, Hervorhebungen im Original. Die Zahl der Juden für die einzelnen Länder laut Plan: Deutschland 743 000, Generalgouvernement 2 300 000 (also fast doppelt soviel wie im statistischen Gutachten Burgdörfers angenommen; vgl. Kap. VI.10.), Protektorat 77 000, Belgien 80 000, Holland 160 000, Luxemburg 2 500, Dänemark 7 000, Norwegen 1 500, Slowakei 95 000, Frankreich 270 000.

¹¹⁴ PAAA Inland IIg 177, 202, Hervorhebungen im Original.

¹¹⁵ Ebenda, 203.

¹¹⁶ Ebenda, 204.

che Form und die gebietsmäßige Aufgliederung der Insel anging, stellten die Autoren klar, daß sich Madagaskar „infolge des insularen Charakters zur Bildung eines jüdischen Reservates“ eigne, daß aber „jeder Versuch jüdischer Eigenstaatlichkeit [. . .] bei der Findung der staatsrechtlichen Form von vornherein ausgeschaltet werden“ müsse. Eventuellen Einspruchsversuchen, die man in erster Linie seitens der Vereinigten Staaten befürchtete, sei vorzubeugen. Als „staatsrechtliche Form“ erscheine deshalb die „Errichtung einer jüdischen Wohnstätte unter deutscher Oberhoheit gegeben“. Die totalitäre Absicht, die sich hinter dem Ganzen verbarg, war eindeutig: „Tatsächlich mußte aber dieses Mandat im Innern als Polizeistaat aufgezwungen werden.“

Der örtliche französische Verwaltungsapparat sollte zunächst unter Leitung der deutschen Behörden weiterarbeiten, um eine Entlastung der Ansetzungsstäbe und möglicher anderer deutscher Behörden zu gewährleisten. Für die Kriegsmarine und die Luftwaffe waren die notwendigen Stützpunkte und Landeplätze freizuhalten¹¹⁷.

Selbstverständlich sahen sich die Planer im Reichssicherheitshauptamt selbst als zentrale Organisations- und Durchführungsinstanz des Gesamtvorhabens, denn, was die Abwicklung des Projekts anging, wurde unter Hinweis auf Görings Erlaß vom 24. Januar 1939 festgehalten, daß die „Gesamtleitung [. . .] beim Chef der Sicherheitspolizei und des SD“ liege. „Ihm obliegt die zentrale Steuerung der gesamten Aussiedlung und Ansetzung, die Regelung der Transportangelegenheiten, die gesamte Finanzierung, sowohl der Transporte als auch der Ansetzung, und die sicherheitspolizeiliche Aufsicht.“¹¹⁸

Zur technischen Durchführung der Aussiedlung sollten drei „Aussiedelungsstäbe“ gebildet werden. Ein Aussiedelungsstab „West“ war für Frankreich, Belgien, Holland und Luxemburg zuständig, ein Aussiedelungsstab „Mitte“ für das „Altreich“, das Sudetenland, die „neue[n] deutsche[n] Ostgaue“, die „Ostmark“, das „Protektorat Böhmen und Mähren“, die Slowakei, Dänemark und Norwegen. Der Aussiedelungsstab „Ost“ sollte das „Generalgouvernement Polen“ bearbeiten. Die „zentrale Steuerung“ sollte für das „Altreich“, den „Sudetengau“ und die „neue[n] deutsche[n] Ostgaue“ bei der „Reichszentrale für jüdische Auswanderung“ in Berlin liegen, für die „Ostmark“ und das Protektorat Böhmen und Mähren in Händen der jeweiligen „Zentralstellen für jüdische Auswanderung“, nach deren Muster auch in der Slowakei verfahren werden sollte. Die auf rund 7500 bezifferten Juden Dänemarks waren durch einen Stabsbeauftragten in Zusammenarbeit mit der dänischen Polizei und den vorhandenen jüdischen Gemeinden und Organisationen zu erfassen, der „Abschub“ der 1500 Juden Norwegens konnte nach diesen Vorgaben „mit *einem* Transport erledigt“ werden¹¹⁹. Nach Frankreich, Belgien, Holland und Luxemburg sollte vom Aussiedelungsstab West jeweils ein Beauftragter zu den zuständigen Polizeibehörden abgeordnet werden. Die Einzelmaßnahmen lagen gemäß dem Entwurf in Händen der unteren Verwaltungs- und Polizeibehörden, die dazu jüdische Organisationen zur Hilfe heranziehen sollten. Diese waren in den einzelnen Ländern nach dem Vorbild der Israelitischen Kultusgemeinden in Wien und Prag und der deutschen „Reichsvereinigung“ zu bilden.

¹¹⁷ Ebenda, 205.

¹¹⁸ Ebenda, 206.

¹¹⁹ Ebenda, 207f., Hervorhebung im Original.

Im Generalgouvernement lag die Gesamtverantwortung nach diesem Entwurf beim Aussiedelungsstab Ost, der innerhalb des Krakauer Stabes des Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des SD (in dieser Zeit Bruno Streckenbach) tätig werden sollte. Die Vorarbeiten hatten „weitestgehend die jüdischen Ältestenräte durchzuführen“¹²⁰.

Welche Vorarbeiten waren zu leisten? Zunächst einmal hatten alle beauftragten Dienststellen eine „genaue Sichtung des gesamten Judentums ihres Gebietes vorzunehmen“. Die Dienststellen waren demnach „für die Beantragung und Ausstellung aller – für eine Abwanderung von Juden – notwendigen Vorarbeiten, wie Dokumentenbeschaffung für den Einzeljuden, Vermögenserschaffung und Verwertung sowie Eingliederung in die Transporte, verantwortlich“. Nach diesem Plan sollten die ersten Transporte „hauptsächlich Landwirte, Baufachleute, Handwerker und Handarbeiterfamilien bis zu 45 Jahren sowie Ärzte enthalten“, die als „Vortrupp zum Zwecke der Vorbereitung und Unterbringung der nachfolgenden Massen vorausgeschickt und angesetzt“ werden sollten. Den Juden sollte erlaubt werden „bis zu 200 kg nicht sperrendes Gepäck pro Person“ mitzunehmen, aber: „Jüdische Landwirte, Handwerker, Ärzte usw. *müssen*, soweit vorhanden, die gesamte in ihrem Besitz befindliche und zur Ausübung ihres Berufes notwendige Ausrüstung mitnehmen.“ Das von den Ausgesiedelten zurückgelassene Vermögen war der dafür in jedem Lande gesondert zu errichtenden „Treuhandstelle für das Judenvermögen“ zu melden. Der „Gesamterlös nach Verkauf der unbeweglichen Vermögensteile“ sollte dann „einem zu errichtenden Zentral-Aussiedelungsfonds zugeführt“ werden¹²¹.

Bei der ins Auge gefaßten Dimension des Projekts von vier Millionen Menschen war die Frage, wie diese aus ganz Europa auf die entfernte Insel „verfrachtet“ werden sollten, von zentraler Wichtigkeit, an der sich auch die Realisierungsperspektiven mit abschätzen ließen. Der Plan ging von einem durchschnittlichen Fassungsvermögen von 1500 Personen pro Schiff aus. Für die Hin- und Rückfahrt einschließlich der notwendigen Aufenthalte wurden „etwa 60 Tage“ veranschlagt. Unter der Voraussetzung, daß 120 Schiffe „ähnlichen Inhalts“ zur Verfügung stünden, könnten „täglich zwei Transporte mit demnach insgesamt 3000 Juden durchgeführt werden [. . .]. Pro Jahr würde das eine Zahl von rund 1 Million Juden ergeben. Die Dauer der Durchführung des gesamten Projektes könnte deshalb auf etwa vier Jahre festgesetzt werden.“ Allerdings war nicht daran gedacht, hierfür auch nur ein einziges deutsches Schiff zu verwenden, da die deutsche Handelsflotte nach dem erwarteten Friedensschluß anderweitig gebraucht würde. Deshalb war es nach Ansicht der Planer „notwendig, im Friedensvertrag mit aufzunehmen, daß zum Zwecke der Lösung des Judenproblems sowohl Frankreich als auch England den erforderlichen Schiffsraum zur Verfügung stellen“¹²².

Auf Madagaskar sollte ein Berlin direkt verantwortlicher „Ansetzungshauptstab des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD“ die Gesamtleitung der Ansiedlung übernehmen¹²³ und als Oberorganisation der Juden ein Ältestenrat „zur Verfügung“

¹²⁰ Ebenda, 208.

¹²¹ Ebenda, 209.

¹²² Ebenda, 210.

¹²³ Ebenda, 211.

stehen¹²⁴. Es war vorgesehen, die Insel dann in vier Distrikte zu unterteilen, für die wiederum jeweils ein Ansetzungsstab verantwortlich war¹²⁵.

Die „Hauptaufgabe der Ansetzungsstäbe in den Distrikten“ sollte die „Kontrolle der zweckmäßigen Ansetzung jüdischer Arbeitskommandos“ sein, „mit dem Ziele, die Unterbringungsmöglichkeiten für die nachfolgenden Transporte zu sichern und zu erreichen, daß insoweit eine sofortige Einschaltung in den Produktionsprozeß erfolgt, als dies zur Bestreitung des jüdischen Eigenbedarfs nötig ist“¹²⁶. Von einer selbständigen „Unterverteilung des Landes“ durch die Juden, wie sie Rademacher in seinem Plan vom 2. Juli skizziert hatte, war selbstverständlich nicht mehr die Rede.

Darüber hinaus war die Bildung von, diesen Stäben untergeordneten, jüdischen Distriktgemeinden beabsichtigt, „die wiederum in Bezirks- und örtliche Gemeinden aufgeteilt werden“¹²⁷.

Im ganzen Projekt legte man großen Wert auf eine enge Kooperation mit den jüdischen Organisationen, wie sie sich nach Ansicht der SS-Autoren schon bei den „Zentralstellen für jüdische Auswanderung“ bewährt hatte. Jüdische Baufachleute und Landwirte sollten innerhalb der Gemeinden „unverzüglich“ an den „Ausbau und Aufbau landwirtschaftlicher Siedelungen“ herangehen und das Land verkehrstechnisch erschließen. Die Juden hatten ferner „für die geordnete Lebensmittelversorgung durch Errichtung eines Verteilungsapparates auf *genossenschaftlicher* Basis zu sorgen“¹²⁸.

Bei den Überlegungen zur Finanzierung des Vorhabens unterschied Eichmann zwischen den Juden unter unmittelbarer deutscher Herrschaft im Reichsgebiet einschließlich des „Protektorats“, den „neuen Ostgebieten“ und dem Generalgouvernement einerseits und den übrigen Ländern andererseits. Die Hauptkosten sollten letztere durch in den Friedensverträgen festzulegende Kontributionen tragen¹²⁹. Dabei machten sich die Planer kaum Illusionen über die unzureichende finanzielle Leistungsfähigkeit des häufig völlig verarmten Judentums in Mittel- und Osteuropa, denn die Transportkosten sollten „im wesentlichen der in den Westmächten ansässigen Judenschaft anlässlich des Friedensvertrages als Wiedergutmachung für jenen Schaden“ auferlegt werden, „der im Verfolg der Auswirkung des Versailler Vertrags durch die Juden dem Deutschen Reiche in wirtschaftlicher und sonstiger Beziehung zugefügt wurde“¹³⁰. Dies war wiederum eine ideologisch abgeleitete Begründung, wie sie seit dem Ende des Ersten Weltkrieges zum Kernbestand antisemitischer Topoi gehörte, wonach hinter den Pariser Friedensbedingungen das internationale, konspirativ gegen das Deutsche Reich operierende Judentum stand. Die Autoren machten sich keine Gedanken über den logischen Bruch, der dieser Argumentation innewohnte, wenn sie West- und Ostjudentum als getrennte Gruppen betrachteten, was sie faktisch in vielfacher Hinsicht waren, der nationalsozialistisch-antisemitischen Ideologie nach im Grunde aber nicht sein konnten.

¹²⁴ Ebenda, 205.

¹²⁵ Ebenda, 211.

¹²⁶ Ebenda.

¹²⁷ Ebenda, 205, 211.

¹²⁸ Ebenda, 212, Hervorhebung im Original.

¹²⁹ Ebenda, 213.

¹³⁰ Ebenda, 210f.

Für den Fall der „endgültigen Bestimmung Madagaskars zur Judenwohnstätte“ schlug der Plan die Entsendung eines Kommandos der Sicherheitspolizei „in entsprechender fachlicher Zusammensetzung“ auf die Insel vor. Zu sechs Bereichen sollte dieses Vorkommando „Feststellungen treffen“: erstens zur „Gesamtaufnahmefähigkeit“, zweitens zu „Möglichkeiten der Erweiterung der Aufnahmefähigkeit durch Lagererrichtung u. ä.“ [!], drittens war die Frage der „Verwendbarkeit der unteren französischen Verwaltungsbehörden bezüglich der Verteilung und Einordnung ankommender Transporte“ zu beantworten. Viertens stand die „allgemeine Verpflegungslage“ ebenso noch zur Klärung an wie, fünftens, „Landwirtschaft und Wirtschaft allgemein“ sowie der „Arbeitseinsatz“. Schließlich waren sechstens „Landemöglichkeiten“ und „Verkehrswege“ der Insel zu erkunden¹³¹. Später sollte das Vorkommando dann auch eine genaue Einteilung der Distrikte vornehmen und den Schlüssel der Judenverteilung auf die Einzelgebiete erstellen¹³².

Es war geplant, die Vorarbeiten unter Mithilfe der französischen Verwaltungsbehörden vor Ort in Angriff zu nehmen, sobald der Bericht des Vorkommandos vorlag. „Für den Bereich dieser Angelegenheit“ sollte schließlich bei den Friedensverhandlungen auch noch „ein Beauftragter des RF-SS und Chefs der Deutschen Polizei miteingeschaltet“ werden¹³³.

Das ganze hier skizzierte Projekt, das unter dem Stichwort „vorgeschlagene Endlösung“ lief¹³⁴, sah demnach ausschließlich solche Gebiete zur „Räumung“ vor, die unter deutscher militärischer Kontrolle standen, während die Juden der Verbündeten Italien, Ungarn und Rumänien ebensowenig erwähnt sind wie die Spaniens, Portugals, Bulgariens, Griechenlands und Jugoslawiens.

Das Pferd sollte also von hinten aufgezäumt werden: Eine Besichtigung der natürlichen Voraussetzungen vor Ort mit einer Analyse der tatsächlichen Aufnahme- und Ansiedlungsmöglichkeiten erst, nachdem man vorher festgelegt hatte, wie viele Menschen über welchen Zeitraum dort ankommen sollten. 3000 Menschen täglich von Deutschland abzufertigen, hätte sicher im Bereich organisatorischer und logistischer Möglichkeiten gelegen. Dieselbe Zahl jedoch, ebenfalls täglich, auf einer Insel mit krankmachendem Klima, mit mangelhaftem bis katastrophalem Straßenpotential (sofern überhaupt vorhanden), einem Eisenbahnnetz von insgesamt 600 km auf 600000 qkm unwegsamer Gesamtfläche, in neu zu errichtenden Wohnungen oder auch nur Lagern unterbringen zu wollen, ohne dabei die Mehrzahl dieser Menschen durch Hunger und Seuchen in den Tod zu treiben, war schlicht unreal. Wer diesen Plan auch nur in der Theorie zu Ende dachte, mußte zu dem Ergebnis kommen, daß eine Deportation nach Madagaskar in dieser Form einem Todesurteil gleichkam. Zur immer wieder gestellten Frage nach dem Verhältnis des „Madagaskar-Plans“ zur „Auschwitz-Tat“ bedeutet dies: eine Alternative des Ortes und der Methode hätte der Plan werden können, nicht aber der mörderischen Tat als solcher. Aber die geplante Dimension des ganzen Projekts war, wie Eichmann nach dem Krieg bestätigte, „si-

¹³¹ Ebenda, 214.

¹³² Ebenda, 212.

¹³³ Ebenda, 214.

¹³⁴ Ebenda, 213.

cherlich auch nur Theorie gewesen, denn ob vier Millionen auf Madagaskar gehen, das wußte kein Mensch“¹³⁵.

In diesem Zusammenhang ist auf einen anderen Punkt in der Nachkriegsdarstellung Eichmanns über die Vorarbeiten zum Madagaskar-Projekt zu verweisen, der ebenfalls Anlaß zur Skepsis gibt. Eichmann behauptete, es sei „zu einer ganzen Anzahl von Dezernentenbespr[echungen]“ gekommen, an denen Vertreter aus allen Zentralinstanzen teilgenommen hätten. Insgesamt hätten auf seiner Dienststelle „15–20 grosse Sitzungen“ zum Madagaskar-Projekt mit 20 bis 25 Teilnehmern stattgefunden¹³⁶. Als Ergebnis dieser Treffen identifizierte er im Jerusalemer Prozeß den von Dannecker an Rademacher übermittelten Bericht, der in seinem Referat erarbeitet wurde. Dieser sei „ein Ergebnis von vielleicht 10 oder 15 [. . .] Besprechungen mit sämtlichen Zentralinstanzen“ gewesen¹³⁷. Da Dannecker den Bericht am 15. August 1940 an Rademacher weiterleitete, hätten die Besprechungen schon vorher stattfinden und bis dahin abgeschlossen gewesen sein müssen. Auf derartige Besprechungen findet sich in den Akten jedoch kein Hinweis. „Rassereferent“ Bernhard Lösener, den Eichmann als Vertreter des Innenministeriums auf diesen Sitzungen nennt, hat in seiner Darstellung über die Judenpolitik des „Dritten Reiches“ Sitzungen zu diesem Thema nicht erwähnt und nach einem zeitgenössischen Vermerk vom 3. Dezember 1940 erst an diesem Tag von einem „Fernplan“ zur Judenunterbringung auf Madagaskar und den geplanten Institutionen wie Emissions- und Transferbank, Zentralfaktorei und Produktionsorganisationen erfahren. Auch zeigen die in diesem Vermerk genannten Einzelheiten, daß er weder über die im Plan des Reichssicherheitshauptamtes genannten Dimensionen genau informiert war noch an den Vorarbeiten beteiligt sein konnte, denn die Notiz macht deutlich, daß Lösener hier etwas Neues erfuhr¹³⁸.

Eichmann behauptete weiter, das Auswärtige Amt sei auf diesen Besprechungen durch von Thadden vertreten gewesen, der „bei jeder Sitzung“ zugegen gewesen sei. Dieser habe das Besprochene im Auswärtigen Amt vorgebracht, das dann an die Vichy-Regierung herangetreten sei und „mit Laval verhandelt“ habe¹³⁹. Von Rademacher oder auch Luther spricht Eichmann im Zusammenhang mit dem Madagaskar-Plan nicht. Eberhard von Thadden wurde aber erst nach der sogenannten Luther-Revolution mit der von Ribbentrop verfügten neuen personellen und organisatorischen Aufgabenteilung zum 1. April 1943 Leiter des in der neuen „Gruppe Inland II“ geschaffenen Referats Inland II A, das auch für „Judenfragen“ zuständig war¹⁴⁰. Laval war zwar seit

¹³⁵ Eichmann-Protokoll, Lang, S. 64.

¹³⁶ BAK All Proz 6/95, S. 15. An anderer Stelle spricht er sogar von „20, 30, 40 Dezernenten“, die er „wöchentlich ein bis zweimal“ versammelt habe; BAK All Proz 6/104, S. 422.

¹³⁷ IfZ, Prozeß gegen Adolf Eichmann, Protokoll der Sitzung 91, 11.7. 1961, S. -U1-, -W1-.

¹³⁸ Lösener, Als Rassereferent im Reichsministerium des Innern, S. 296 f.

¹³⁹ BAK All Proz 6/95, S. 16; IfZ Eich 1491 -C- S. 4, 31.5. 1960; IfZ G 01/Adolf Eichmann, von Eichmann korrigierte Tonbandtranskription, S. 140. Die Zahl der Referenten schätzte er laut der letztgenannten Quelle (in dem für ihn typischen Redundanzstil) nur noch auf „ungefähr rund um die zehn“.

¹⁴⁰ Vgl. Döscher, Das Auswärtige Amt im Dritten Reich, S. 262–263; das vollständige Aufgabengebiet lautete: Verbindung zum Reichsführer-SS, insbesondere Pers. Stab, zum SS-Hauptamt (Allgemeine SS und Angelegenheiten der Waffen-SS), Judenfragen, Freimaurer, Ausbürgerung, Generalien und Personalien der Gruppe Inl. II, Sonderaufträge.

dem 12. Juli 1940 Vize-Ministerpräsident, aber erst ab dem 28. Oktober 1940 Außenminister der Vichy-Regierung und wurde zum 13. Dezember 1940 von Pétain entlassen¹⁴¹.

Sollte es also Dezernentenbesprechungen gegeben haben, so fanden diese nicht allein zur Vorbereitung des Madagaskar-Projektes statt, wenngleich hierzu sicher auch strittige Fragen geklärt wurden. Die Zahl der beteiligten Stellen von Bedeutung belief sich vermutlich auf kaum mehr als ein halbes Dutzend, und die absolute Priorität hatten das Reichssicherheitshauptamt, das Auswärtige Amt und Görings Vierjahresplanbehörde¹⁴².

Martin Luther notierte sich nach der Lektüre des Eichmann-Entwurfs handschriftlich einige Stichpunkte, die darauf hindeuten, daß er in den vorausgegangenen Monaten kaum mit der Angelegenheit befaßt gewesen war. Denn er wollte als erstes wissen, von wem denn der Plan stamme und welche Arbeiten „wir“, das heißt die Deutschland-Abteilung des Auswärtigen Amtes, daran geleistet habe¹⁴³. Dies ist angesichts seines bekannten Bestrebens, seinen Arbeitsbereich umfassend zu kontrollieren, bemerkenswert und zeugt davon, daß das Projekt in seinen Augen offenkundig während der ganzen Phase einen reinen Planungscharakter eher nachrangiger Provenienz hatte, da Luther sonst die Behandlung einer derart wichtigen Frage mit Sicherheit an sich gezogen, zumindest aber stärker kontrolliert hätte.

Zu den Einzelheiten des Plans hielt er ferner fest, daß nicht nur Beauftragte des SD, sondern auch aus dem Auswärtigen Amt und eventuell des Reichswirtschaftsministeriums bei den Verhandlungen beteiligt werden sollten¹⁴⁴. Auch die Frage der Einbeziehung der Juden in Italien, Bulgarien, Rumänien „etc.“ wollte er behandelt wissen und fragte nach Vorarbeiten¹⁴⁵. Die Laufzeit von vier Jahren war seiner Ansicht nach „zu lange“¹⁴⁶. Zur Vorbereitung für den Friedensvertrag ordnete er an, genauere Klauseln und Forderungen aufzustellen, wofür er eine Frist von drei Monaten (!) setzte¹⁴⁷. Schließlich wollte er noch wissen, ob der SD den „Stab“, womit wohl das geplante „Vorkommando“ gemeint war, bereits zusammengestellt habe¹⁴⁸.

Diese Behandlung der Madagaskar-Frage durch Luther zeigt, daß der zwei Monate vorher in so euphorischer Stimmung geborene Gedanke schon viel von seiner Strahlkraft verloren hatte. Unter dem Eindruck des tatsächlichen Kriegsverlaufs wurde er zwangsläufig in den Hintergrund gedrängt, wo er zwar weiterexistierte, jedoch keine politische Relevanz für die Kriegspolitik mehr hatte, wie auch eine Äußerung des Pro-

¹⁴¹ Erst am 16. April 1942, als der Madagaskar-Plan auch offiziell lange zu den Akten gelegt war, wurde Laval auf Druck der Nationalsozialisten zum Regierungschef ernannt.

¹⁴² Daneben waren die „Antisemitische Aktion“ als Teil des Propagandaministeriums sowie die „Kanzlei des Führers“ (der Stab Philipp Bouhlers) und das Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschland beteiligt.

¹⁴³ PAAA Inland IIg 177, 198, handschriftliche Notiz Luthers, undatiert (nach dem 15.8. 1940), Punkt 1 und 2.

¹⁴⁴ PAAA Inland IIg 177, 198, Notiz Luthers, Punkt 3. Er notierte hier als Stichwort „Wako“, also Waffenstillstandskommission, weshalb deren Verhandlungen gemeint sein müssen, auf die noch näher einzugehen sein wird; vgl. VI.15.

¹⁴⁵ PAAA Inland IIg 177, 198, Notiz Luthers, Punkt 4.

¹⁴⁶ Ebenda, 198, Notiz Luthers, Punkt 5.

¹⁴⁷ Ebenda, 198, Notiz Luthers, Punkt 6.

¹⁴⁸ Ebenda, 198, Notiz Luthers, Punkt 7.

pagandaministers vom 17. August belegt, die dieser in sein Tagebuch notierte: „Die Juden wollen wir später nach Madagaskar verfrachten. Dort können auch sie ihren eigenen Staat aufbauen. *Aber zurück zur Gegenwart.*“¹⁴⁹ Das heißt, daß „Planungsebene“ und „Realebene“ sich zunehmend scherenförmig auseinanderentwickelten, der Plan als solcher aber immer ein Gegenstand der Realitätsperzeption blieb, wenn es innerhalb der einzelnen Behörden um eine Antwort auf die Frage ging, was mit den Juden geschehen solle.

12. Ein Madagaskar-Gutachten für Göring

Daß der Madagaskar-Plan bereits im August 1940 im Katalog der Optionen, die für die Behandlung der Judenfrage als naheliegend betrachtet wurden, zunehmend nach hinten rutschte, verhinderte keineswegs die Fortsetzung der Diskussion und der Erarbeitung weiteren Materials über die Siedlungsmöglichkeiten auf der Insel. Der nach dem Sieg über den „Erbfeind“ Frankreich inzwischen zum Reichsmarschall avancierte Göring, der sich nach wie vor als vom „Führer“ beauftragter Generalbevollmächtigter in der Judenfrage fühlen konnte, in dessen Gunst aber aufgrund der mangelnden Leistungen der Luftwaffe gegen die Briten in schlechteres Licht geriet, war bestrebt, sich in dieser Frage zugleich kundig zu machen und neues Terrain zu gewinnen.

Mit dem Datum des 21. August versehen, sandte der Leiter der Reichsstelle für Raumordnung, Ernst Jarmer, ein Gutachten über die „Raumplanerische Beurteilung von Madagaskar“ an den Ministerpräsidenten, Reichsmarschall und Chef der Vierjahresplanbehörde, der telefonisch um eine Ausarbeitung in dieser Frage als Unterlage für die Beurteilung von „Siedlungsmöglichkeiten für Europäer in Madagaskar“ gebeten hatte. Jarmers Sachbearbeiter, Regierungsrat Schrameier, hatte mit Görings Mitarbeiter Klauder nähere Einzelheiten besprochen, und Schrameier legte seinem Chef daraufhin am 13. August einen Entwurf unter der Überschrift „Siedlungsmöglichkeiten in Madagaskar“ vor. Jarmer erschien dieser Titel augenscheinlich zu konkret, und er änderte ihn zur allgemeiner gehaltenen „Raumplanerische[n] Beurteilung von Madagaskar“ um.

Schrameiers ursprünglich 24seitigem, mit eigenen Korrekturen versehenen Gutachten fügte Jarmer im Kapitel über die Möglichkeiten der Ansiedlung von Europäern korrigierend sechseinhalb handschriftliche Seiten hinzu. Sowohl der Entwurf als auch das auf Grundlage der Korrekturen Jarmers als 28seitige Reinschrift an Göring übersandte Gutachten sind bisher in der Forschung nicht berücksichtigt, weshalb im folgenden etwas ausführlicher darauf eingegangen werden soll¹⁵⁰.

Das Gutachten war in drei große Kapitel unterteilt: zunächst ging es um die „Beschreibung und Bewertung des Raumes“, im zweiten Kapitel um die „Entwicklungs-

¹⁴⁹ Goebbels-Tagebücher, Bd. 4, S. 284; Hervorhebung des Autors. Ein paar Zeilen vorher hatte er zum Umstand, daß die britische Luftwaffe Konzentrationslager bombardierte, bemerkt: „Was dort sitzt, ist doch nur Ausschuß. Die Justiz wird nie damit fertig. Der Führer will die eigentlichen kriminellen Elemente später einmal auf eine Insel deportieren. Dort sollen sie einen Staat der Gesetzlosigkeit bilden. Bei uns werden sie unschädlich gemacht.“

¹⁵⁰ Entwurf und Gutachten finden sich in: BAK R 113/1645, Reichsstelle für Raumordnung. Das Gutachten wurde am 22. August 1940 an Göring abgesandt.

möglichkeiten des Raumes“ und im dritten schließlich um die „Möglichkeit der Ansiedlung von Europäern in Madagaskar“.

Im ersten Teil über die „Beschreibung und Bewertung des Raumes“ machten die Autoren in acht Abschnitten zunächst allgemeine Angaben zur Insel und beschrieben anschließend den physischen Zustand, die klimatischen Verhältnisse, die vorherrschenden Vegetationsformen, die mineralischen Rohstoffvorkommen, die Bevölkerung und ihre Verteilung, den Einfluß der Bevölkerungsverteilung auf die landwirtschaftlichen Wirtschaftsformen und die Nutzung der mineralischen Rohstoffe¹⁵¹. Mit seiner geringen Bevölkerungsdichte von nur 6,2 Einwohnern pro Quadratkilometer sei, vergleiche man dies mit der entsprechenden Zahl von 135 Einwohnern pro Quadratkilometer für das Deutsche Reich, die „Möglichkeit einer Bevölkerungsvermehrung“ zweifellos gegeben. Zwar könne Madagaskar aufgrund seiner ungünstigeren natürlichen Bedingungen niemals die Einwohnerdichte Deutschlands erreichen, doch wenn man es beispielsweise mit dem ebenfalls unter ungünstigen wirtschaftlichen Voraussetzungen leidenden Tirol vergleiche, käme man auf 18 Millionen Menschen, die auf der Insel leben könnten. Nähme man die ungünstigeren klimatischen Verhältnisse Madagaskars dann noch einmal zum Anlaß, diese Zahl zu halbieren, „würde man trotzdem noch *theoretisch* für Madagaskar eine Einwohnerzahl von r[un]d 9 Mill[ionen] Einwohnern errechnen können“. Doch aufgrund der natürlichen Bedingungen sei auch eine größere Bevölkerungsdichte erreichbar¹⁵². Den Hauptgrund für die derzeit geringe Bevölkerungsdichte der Insel sahen die Verfasser in den „herrschenden unhygienischen Zustände[n] und wenig sozialen Verhältnisse[n]“¹⁵³.

Bei der Beschreibung des physischen Zustandes der Insel enthielt das Gutachten ebenso wie zu den klimatischen Verhältnissen eine reine Faktendarstellung zu Höhengschichten, Gewässern, Jahresniederschlägen und Temperaturverhältnissen¹⁵⁴. Daneben wurden die vorherrschenden Vegetationsformen der Insel beschrieben¹⁵⁵. Die Beurteilung der mineralischen Rohstoffvorkommen war weit weniger ausführlich als die im Gutachten Schumachers, zählte dabei die Inselmineralien insgesamt auf¹⁵⁶ und gab für die Jahre 1935 bis 1937 eine Ausfuhrübersicht für Gold, Glimmer und Graphit¹⁵⁷. Was die landwirtschaftliche Nutzung anging, betonten die Autoren neben einer Aufzählung der Hauptanbauprodukte vor allem die Primitivität der Anbauweise und die durch Brandrodungen angerichteten enormen Waldschäden, verwiesen aber auf den mengen-, weniger gutemäßig hohen Viehbestand der Insel¹⁵⁸.

Als „entscheidend für die wirtschaftliche Erschliessung des Landes“ sahen die Gutachter der Reichsstelle für Raumordnung neben den natürlichen Bedingungen „seine Bevölkerung und ihre zahlenmässige und rassenmässige Verteilung über die Insel“ an. Alle Fremden auf der Insel, Franzosen wie Araber, Perser und Inder seien nicht als Sied-

¹⁵¹ BAK R 113/1645, Raumplanerische Beurteilung von Madagaskar, S. 2–18.

¹⁵² Ebenda, S. 2.

¹⁵³ Ebenda, S. 3.

¹⁵⁴ Ebenda, S. 4–9.

¹⁵⁵ Ebenda, S. 9 f.

¹⁵⁶ Ebenda, S. 10; vgl. Kap. VI.

¹⁵⁷ Ebenda, S. 17 f.

¹⁵⁸ Ebenda, S. 13–17.

ler, sondern als Beamte, Kaufleute, Goldsucher, Händler oder Pflanzer tätig¹⁵⁹. Von der aus 17 Stämmen zusammengesetzten einheimischen Bevölkerung sei der Volksstamm der „malaiischen Merina“ nicht nur der zahlreichste, sondern auch der „intelligenteste“, mit einer „hohen Feldkultur“¹⁶⁰. Die Merina hätten eine beherrschende Stellung im Innern des mittleren Hochlandes, von wo aus das Niveau, von zwei Ausnahmen abgesehen, wirtschaftlich und kulturell bis an die Küsten der Insel stetig abnehme¹⁶¹.

Vor dem geschilderten Hintergrund kamen Jarmer und Schrameier zu dem Ergebnis, daß sich „in Madagaskar noch mancherlei Möglichkeiten der Produktionsausweitung und -Verbesserung [!] bieten“. Von den dafür notwendigen „Grundvoraussetzungen“ hielten sie den „Ausbau des Verkehrswesens“, die „Schulung der Eingeborenen“ und die „Beschaffung von Arbeitskräften, d. h. [die] Bevölkerungsvermehrung“ für am wichtigsten¹⁶².

Da das Straßen- und Eisenbahnnetz im wesentlichen auf die Hauptstadt ausgerichtet war, sei eine „wirtschaftliche Verkehrserschließung des Westens, aber auch des Nordens und Südens der Insel [. . .] nicht gewährleistet“¹⁶³. Der Ausbau dieses Verkehrsnetzes mußte nach Ansicht der Gutachter einhergehen mit der systematischen Schulung der Eingeborenen zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, auch um der Gefahr einer weiteren Vernichtung der Waldbestände sowie der wachsenden Bodenerosion zu begegnen¹⁶⁴, denn „auf weiten Flächen Madagaskars“ trete bereits der „unfruchtbare Laterit der Humusdecke offen zutage, sodass Madagaskar heute bereits im ganzen, abgesehen von den fruchtbaren vulkanischen Verwitterungsböden, als wenig fruchtbar, ja in grossen Teilen als unfruchtbar bezeichnet werden“ müsse¹⁶⁵.

Die Viehwirtschaft lasse sich dagegen ebenso wie der Baumwollanbau noch intensivieren, doch sei für eine „wirtschaftliche Auswertung“ der „noch vorhandenen Nutzungsmöglichkeiten“ eine „wesentliche Vermehrung der Bevölkerung notwendig“¹⁶⁶. „Diese [Menschen] fehlen aber bei der geringen Bevölkerungsdichte in Madagaskar, und werden vorläufig, sofern nicht durch entsprechende hygienische und soziale Massnahmen von seiten der Kolonialverwaltung energisch auf eine Bevölkerungsvermehrung hingearbeitet wird, auch in Zukunft fehlen.“¹⁶⁷

Die letzte und für das deutsche Vorhaben entscheidende Frage lautete: Konnten Europäer auf der Insel siedeln, und wenn ja, wo? Und wie viele Menschen kamen dafür in Betracht? Da die Autoren das Haupthindernis zur Entwicklung des Landes im zur Zeit „bestehenden Menschenmangel“ sahen, verwundert es nicht, daß sie einem Besiedlungsprojekt aus dieser Sicht sehr optimistisch gegenüberstanden und deshalb auch zunächst auf die laufenden Bemühungen der Franzosen hinwiesen, Arbeitskräfte anzuwerben.

¹⁵⁹ Ebenda, S. 10.

¹⁶⁰ Ebenda, S. 11 f.

¹⁶¹ Ebenda, S. 13.

¹⁶² Ebenda, S. 18.

¹⁶³ Ebenda, S. 18–20, Zitat S. 20.

¹⁶⁴ Ebenda, S. 20 f.

¹⁶⁵ Ebenda, S. 22.

¹⁶⁶ Ebenda, S. 23.

¹⁶⁷ Ebenda.

Dabei wiederholten sie, daß aufgrund der geschilderten klimatischen Bedingungen „im Grossteil Madagaskars die Ansiedlungsmöglichkeiten für ‚Nordeuropäer‘ als Siedler oder Lohnarbeiter weniger geeignet“ seien. Ansiedlungsmöglichkeiten sahen sie im „mittleren sowie dem nördlichen Teil des südlichen Binnenhochlandes“, das Deutsch-Südwest-Afrika entsprechende klimatische Verhältnisse aufweise. Dadurch sei „eine Besiedlung durch Europäer durchaus möglich“, und man habe diese „bisher nur in wenigen Einzelfällen ausgenutzt“. Jarmer und Schrameier wollten die „an sich günstigen Siedlungsmöglichkeiten in diesen Gebieten Madagaskars“ auch dadurch belegen, daß, wie sie meinten, „polnische jüdische Kreise sich ernstlich für Madagaskar als Siedlungsgebiet interessierten“¹⁶⁸.

Sie erinnerten an die Untersuchungskommission von 1937, als deren Ergebnis der polnischen Regierung ein, entsprechend den gegebenen Verhältnissen, recht günstiger Bericht über die Siedlungsmöglichkeiten in Madagaskar übergeben worden sei und darüber hinaus angeblich in einem polnisch-französischen Vertrag schon 30 000 jüdische Familien zur Umsiedlung in Aussicht genommen worden seien. Die Autoren selbst bezifferten die Ansiedlungsmöglichkeiten in diesen „klimatisch bevorzugten Gebieten“ auf maximal „eine halbe Million Menschen“¹⁶⁹.

„Weitere und vor allem zahlenmässig in erheblich grösserem Umfange mögliche Siedlungsmöglichkeiten“ boten sich nach Ansicht der Gutachter dagegen in den „klimatisch zwar nicht so begünstigten Gebieten des breiten westlichen Tafellandes“. Aufgrund der „derzeitigen geringen Besiedlungsdichte der einheimischen Bevölkerung böten sich [jedoch] hier für die Europäer ohne Beeinträchtigung der Eingeborenenbevölkerung wirklich grosse Siedlungsmöglichkeiten“¹⁷⁰.

Sie gaben allerdings zu verstehen, daß die Frage der projektierbaren Größenordnung für eine Ansiedlung nur aufgrund „grober Schätzungen“ beantwortet werden könne. Deshalb gingen sie schlicht „davon aus, daß von der Gesamtfläche Madagaskars in Höhe von r[un]d 600 000 qkm etwa die Hälfte, also rund 300 000 qkm, für diese Besiedlung in Betracht“ käme. Hiervon könnten im günstigsten Falle zwei Drittel, im ungünstigeren Falle die Hälfte oder umgerechnet 15 000 000 bis 20 000 000 Hektar „als landwirtschaftliche Nutzfläche“ ins Auge gefaßt werden. Bei „Betriebsgrössen“ von durchschnittlich 25 Hektar „würden also im ersteren Falle 800 000 Betriebswirte also mit Familienangehörigen = r[un]d 3,2 Mill[ionen] Menschen, im zweiten Falle 600 000 Betriebswirte = r[un]d 2,4 Mill[ionen] Menschen angesiedelt werden können“. Jarmer und Schrameier gingen außerdem optimistisch davon aus, daß „bei den gegebenen Möglichkeiten einer landwirtschaftlichen Verarbeitungsindustrie und den bestehenden Ausbaumöglichkeiten der Fischerei [. . .] ausserhalb der Landwirtschaft nochmals ebensoviel Menschen leben können“. Unter der Prämisse, daß die Hälfte der Siedler in der Landwirtschaft eine Existenz finde, die anderen im Umfeld, „könnte demnach die mögliche Gesamtbevölkerung auf 5 bis 6 Mill[ionen] geschätzt werden“. Da erst eine Million Einheimische dort ansässig seien, könne das „zusätzliche Siedlungskontingent [. . .] also nach dieser Schätzung mit etwa 5 Mill[ionen] Menschen angenommen werden“¹⁷¹.

¹⁶⁸ Ebenda, S. 24.

¹⁶⁹ Ebenda, S. 25.

¹⁷⁰ Ebenda, S. 26, Hervorhebung im Original.

¹⁷¹ Ebenda, S. 26 f.

Auch die Siedlungsdichte mußte wieder als Orientierungspunkt zur indirekten Bewertung der Kolonisationsmöglichkeiten herhalten. Nach einer Besiedlung mit sechs Millionen Menschen auf der vorgeblich zur Verfügung stehenden Gesamtfläche von 300 000 Quadratkilometern wären das nur zwanzig Einwohner je Quadratkilometer, womit sich hier eine etwa halb so starke Bevölkerungsdichte wie in den klimatisch begünstigten Gebieten des Binnen-Hochlandes ergebe, „eine Bevölkerungsdichte die durchaus möglich wäre, ja wohl *noch* gesteigert werden könnte, sofern die auf geschichtliche Ursachen zurückzuführende jetzige einseitige Vorrangstellung der Landeshauptstadt und der Zentralprovinz gebrochen würde“. Für die gesamte Insel würde sich die Besiedlungsdichte bei einer zusätzlichen Ansiedlung von fünf bis sechs Millionen Europäern auf fünfzehn Einwohner je Quadratkilometer erhöhen. Schließlich diskutierten die Autoren auch noch die Ansiedlung von Europäern in den fruchtbaren Gebieten des Binnenhochlandes und kamen zu dem Schluß, diese sei „nur möglich, wenn die hier lebende äusserst dichte einheimische Bevölkerung ausgesiedelt würde. Eine Rück siedlung dieser Bevölkerungsteile auf die Inseln des malaiischen Archipels dürfte jedoch auf ausserordentliche Schwierigkeiten stoßen, da diese Inseln bereits überbevölkert sind.“¹⁷²

Versucht man, den Tenor des Gutachtens zusammenzufassen, kann man sich einer gewissen Verwunderung nicht entziehen. Einerseits schilderten die Autoren klar die klimatischen, hygienischen und landschaftlichen Verhältnisse, die schon der einheimischen Bevölkerung ein nur geringes Bevölkerungswachstum erlaubten¹⁷³. Sie beschrieben die „Waldverwüstungen grössten Ausmasses“¹⁷⁴, die, von der Hauptstadt abgesehen, nicht gewährleistete Verkehrserschließung des Westens, Nordens und Südens der Insel¹⁷⁵, gaben an, daß die Insel als „in grossen Teilen [. . .] unfruchtbar bezeichnet werden muss“¹⁷⁶, und stellten klar, daß „auch in Zukunft der Bergbau Madagaskars nicht die Rolle spielen [*könne*,] daß hier wirklich grosse Europäer-Kontingente beschäftigt werden können“¹⁷⁷.

Andererseits erklärten sie dann jedoch, daß die Hälfte des Landes für eine Besiedlung in Betracht komme, daß darauf bis zu 800 000 landwirtschaftliche „Betriebswirte“ mit ihren Familien leben und daß darüber hinaus noch einmal so viele Familien in der „landwirtschaftlichen Verarbeitungsindustrie“ und der „Fischerei“ existieren könnten. Wie dies für fünf Millionen Menschen auf unfruchtbarem Boden, ohne Verkehrswege, Maschinen, Energieversorgung und ohne bislang existente Wohngelegenheiten und Versorgungseinrichtungen jeglicher Art vonstatten gehen und funktionieren sollte, das sagten sie dagegen nicht. Auch zu den Kosten, Planungs- und Durchführungszeiträumen, den als Voraussetzung notwendigen Fähigkeiten der Siedler oder auch zum möglichen Widerstand seitens der einheimischen Bevölkerung findet sich in dem Gutachten kein Wort.

¹⁷² Ebenda, S. 27 f.

¹⁷³ Ebenda, S. 3.

¹⁷⁴ Ebenda, S. 14.

¹⁷⁵ Ebenda, S. 20.

¹⁷⁶ Ebenda, S. 22.

¹⁷⁷ Ebenda, S. 26.

Tatsächlich war eines der Haupthindernisse bei der Entwicklung der Insel der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, wie Generalgouverneur Léon Cayla schon 1939 gegenüber dem Schweizer Journalisten Almasi geschildert hatte. Doch dachte Cayla hierbei an gut ausgebildete, robuste und mit den nötigen finanziellen Mitteln ausgestattete landwirtschaftliche Siedler, die nach und nach zu einer Fortentwicklung der Insel hätten beitragen können. Dies war eine Aufgabe von Jahren, wenn nicht Jahrzehnten, die ihrer Dimension nach langsam aus Hunderten Siedlern Tausende und aus Tausenden vielleicht einmal Zehntausende hätte machen können. Aber freiwillig war niemand auf die Insel zu bewegen. Alle bisherigen Kolonisationsversuche seitens der französischen Administration waren kläglich gescheitert. Statt jedoch hieraus Schlußfolgerungen zu ziehen und die Unfruchtbarkeit sowie die klimatische Unwirtlichkeit, die hygienisch miserablen und sozial kaum entwickelten Zustände der Insel, die verstärkt wurden durch die ungenügende oder einfach nicht existente Infrastruktur, für die tatsächliche und damit gleichsam dem natürlichen Fassungsvermögen der Insel entsprechende Bevölkerungszahl verantwortlich zu machen, gutachteten die Experten augenscheinlich das genaue Gegenteil: Würde man nur immer weiter Menschen auf die Insel bringen, würden sich alle Probleme beinahe schlagartig ändern. (Überspitzt könnte man meinen, daß vermutlich selbst das ungesunde Klima und die weitverbreiteten Krankheiten durch Zuwanderer beseitigt werden sollten.) An die finanziellen Implikationen und den „menschlichen“ Preis eines derartigen Kolonisationsprojekts wurde kein Gedanke verschwendet.

Es bleibt nur eine Vermutung, aber man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß sich hinter der von den Autoren als „grober Schätzung“ apostrophierten und im Grunde willkürlichen Rechnerei die Absicht verbirgt, jenes Ergebnis zu erhalten, das politisch offenbar notwendig oder zumindest nach den Vorbesprechungen (möglicherweise auch unbewußt) als wünschenswert signalisiert worden war. Schließlich handelte es sich ja „nur“ um eine „raumplanerische Beurteilung“, die politische Verantwortung hatten im „Führerstaat“ andere zu tragen.

13. Exkurs: Die Entstehung des Madagaskar-Plans und die Aussagen Rademachers, Bracks und Eichmanns

Die Quellenlage zur Entstehung des Madagaskar-Plans vom Sommer 1940 ist nach dem Dargestellten eindeutig und wird bestätigt durch eine Aufzeichnung Rademachers vom 30. August 1940 über die „bisherige Entwicklung des Madagaskar-Plans des Referats D III“: „Auf meine Anregung hin und in enger Fühlungnahme mit mir ist [...] der Madagaskar-Plan des Reichssicherheitshauptamtes entstanden.“¹⁷⁸ Es ist kein Zeugnis überliefert, das einen Zweifel an dieser Aussage begründen könnte. In diesem Zusammenhang erscheint eine Erörterung zur Frage der Brauchbarkeit von Nachkriegsquellen, insbesondere der Zeugenaussagen und Vernehmungen Rademachers und Eichmanns zum Madagaskar-Plan, angezeigt, die ein anderes Bild von den Ursprüngen des Projektes vermitteln.

¹⁷⁸ PAAA Inland IIg 177, Bisherige Entwicklung des Madagaskar-Plans des Referats D III, Rademacher, 30. 8. 1940, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 332.

Rademacher hat sowohl als Zeuge in amerikanischer Haft als auch in seinem eigenen Prozeß eine Reihe von Bemerkungen zum Madagaskar-Plan gemacht¹⁷⁹. Diese Aussagen erweisen sich vor dem Hintergrund der bereits bekannten zeitgenössischen Quellen als vage und häufig wenig brauchbar, da sie Fakten stark durcheinanderbringen oder offensichtlich bewußt in die Irre führen.

Im September 1947 erklärte er, als die „Auswanderung stoppte“, sei der „Plan hoch[gekommen,] Madagaskar als autonomes Judengebiet einzurichten“¹⁸⁰. Im Oktober 1947 betonte er dann allgemein, er habe sich in der Madagaskar-Frage bemüht, eigene Initiative entwickelt und bei seinen Arbeiten auf ein altes Gutachten schon von vor 1933 zurückgegriffen. Seit 1918 habe im Auswärtigen Amt ein Judenreferat unter „Goldheim“ bestanden, und in dem Gutachten habe es geheißen, daß Theodor Herzl „seinerzeit nicht die Auswanderung nach Palästina, sondern nach Argentinien wollte“¹⁸¹, wodurch er auf Madagaskar gekommen sei. Mit der „Madagaskar-Geschichte“ war er nach eigener Aussage „hundertprozentig einig“ gewesen¹⁸². Auf die naheliegende Frage, von wo die Anregung zu seinen Gedanken stammte, aus eigener Überlegung oder von außen, ging er nicht ein.

Im August 1948 gab Rademacher dann eine völlig neue Version. Er habe im Juni 1940 erfahren, daß Viktor Brack von der Dienststelle Philipp Bouhlers „auf Grund einer früheren Äußerung Hitlers Göring gegenüber an einem Plan arbeitete, die Juden in Madagaskar anzusiedeln. Dieser Plan stand, wie mir gesagt wurde, mit einem Auftrag in Verbindung, den Bouhler wegen des früheren Deutsch-Ost-Afrika hatte.“ Aus alten Akten des Auswärtigen Amtes habe er ersehen, „daß ein solcher Madagaskar-Plan zuerst um die Jahrhundert-Wende von einem Holländer propagiert worden war“. Selbst Theodor Herzl habe nach dieser alten Aufzeichnung, die seiner Erinnerung nach von Sobernheim stammte – inzwischen war ihm der korrekte Name des zuständigen Referenten aus der Weimarer Zeit offensichtlich mitgeteilt worden –, zunächst den Madagaskar-Plan aufgreifen wollen, „dann Patagonien in Erwägung gezogen und sich schließlich für das historische Zion entschieden“¹⁸³. Aufgrund des Brackschen Planes habe dann das Reichssicherheitshauptamt einen „eigenen Plan ausgearbeitet, von dem ich Mitte August 1940 vertraulich Kenntnis erhielt“¹⁸⁴. Es ist bemerkenswert, daß auch Eichmann seine Anregung zu Madagaskar auf Herzl zurückführte, der sich niemals mit diesem Gedanken beschäftigt hat. Später behauptete Rademacher, daß das Auswärtige Amt vom Madagaskar-Plan des Reichssicherheitshauptamtes „nur unter der Hand vertraulich Kenntnis erhielt und nicht einmal zur Stellungnahme aufgefordert wurde“¹⁸⁵.

¹⁷⁹ STALNÜF AZ: 3 c Js 1321–24/49, Vernehmungen am 23.9. 1947, 25.9. 1947, 26.9. 1947, 30.9. 1947, 2.10. 1947, 3.10. 1947, 10.10. 1947, 14.10. 1947, 21.10. 1947, 18.11. 1947, 5.3. 1948 durch Peter Beauvais und Robert M.W. Kempner. Vernehmungen am 26.11. 1948, 29.11. 1948, 30.11. 1948, 1.12. 1948, 2.12. 1948, 6.12. 1948, 7.12. 1948, 9.12. 1948 durch den Untersuchungsrichter I beim Landgericht Nürnberg-Fürth, Brotanek.

¹⁸⁰ Vernehmung Rademachers vom 23.9. 1947.

¹⁸¹ Vernehmung Rademachers vom 2.10. 1947.

¹⁸² Ebenda.

¹⁸³ STAN KV-Anklage, Zz-431, 20.8. 1948, Erklärung Rademachers „Zur Entwicklung der Judenfrage im Dritten Reich“.

¹⁸⁴ Ebenda.

¹⁸⁵ Vernehmung Rademachers vom 6.12. 1948.

Dann wieder behauptete er, er habe Eichmann fünf bis sieben Mal getroffen¹⁸⁶, das erste Mal „Ende Juni bezw. Anfang Juli 1940“, „als der Friede mit Frankreich vor der Türe zu stehen schien“. Er habe den Judenexperten des Reichssicherheitshauptamtes auf Weisung Luthers „aufgesucht und in Gegenwart seiner Mitarbeiter über die Pläne des RSHA befragt, die für die Vorbereitung des Friedensvertrages mit Frankreich für das A[uswärtige] A[mt] wichtig werden konnten. So ist das Madagaskar-Projekt zu meiner Kenntnis gelangt.“¹⁸⁷

Der von Rademacher erwähnte Viktor Brack, ein enger Mitarbeiter Philipp Bouhlers und Organisator der „Euthanasie“-Aktion T 4, bezog seine Aussagen zum Madagaskar-Plan nach dem Krieg auf das Jahr 1941. Es sei in höheren Parteikreisen in jenem Jahr ein „offenes Geheimnis“¹⁸⁸ gewesen, daß „die Machthaber beabsichtigten, die gesamte jüdische Bevölkerung in Deutschland und in den besetzten Gebieten auszuroten“. Er und seine Mitarbeiter Hevelmann und Blankenburg seien der Ansicht gewesen, daß „dieses Vorhaben der Parteiführer Deutschlands und der gesamten Menschheit unwürdig wäre“. Sie hätten deshalb eine weniger radikale Lösung gesucht. „Wir entwickelten die Idee, die Juden nach einem weitentfernten Lande zu deportieren und ich kann mich erinnern, dass Dr. Hevelmann für diesen Zweck die Insel Madagaskar vorschlug. Wir entwarfen in meinem Amt einen solchen Plan und legten ihn Bouhler vor. Offensichtlich war dieser Plan nicht annehmbar“, weshalb er und seine Mitarbeiter auf den Gedanken der Sterilisation der Juden verfallen seien¹⁸⁹. Später führte Brack diese Version noch weiter aus und meinte, daß auf Madagaskar „als staatsrechtliche Form zunächst ein Gouvernement mit einer jüdischen Regierung errichtet werden sollte, das unter einem deutschen Gouverneur stehen sollte. Diese Staatsform sollte automatisch enden, wenn sich durch die Konsolidierung der staatlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse dies ermöglichen liess. [. . .] Ja, wir waren der Auffassung, dass wenn unter dem von uns erhofften Gouverneur Bouhler den Juden eine neue Heimat geschaffen würde, dass dies ein Entgegenkommen der Juden in der ganzen Welt erhoffen liess.“¹⁹⁰ Es ist im übrigen diese Quelle, aus der das in der Literatur mehrfach rezipierte Gerücht stammt, Bouhler sei als Gouverneur von Madagaskar vorgesehen gewesen. Doch auch Bracks Aussagen waren nicht frei von Widersprüchen, denn an anderer Stelle meinte er, der Madagaskar-Plan sei bereits im März 1941 verworfen gewesen. Er und seine Mitarbeiter hätten Ende März 1941 aber noch immer mit einem schnellen Kriegsende gerechnet, nach dem man den Madagaskar-Plan wieder hätte aufs Tableau bringen können¹⁹¹.

In den vorliegenden Quellen finden sich keinerlei Belege für die Absicht, Bouhler zum Gouverneur von Madagaskar zu machen, was angesichts des Machtanspruchs der

¹⁸⁶ Zur Häufigkeit der Treffen mit Eichmann vgl. Vernehmung Rademachers vom 30.9. 1947 und 30.11. 1948.

¹⁸⁷ Vernehmung Rademachers vom 7.12. 1948.

¹⁸⁸ Im Original in Anführungszeichen.

¹⁸⁹ STAN NO-426, Eidesstattliche Erklärung Viktor Bracks vom 12.10. 1946, S.7.

¹⁹⁰ STAN KV-Prozesse, Fall 1, Nr. A-97, Aussage Bracks vom 13. Mai 1947, S.7572–7574.

¹⁹¹ IMT, Vol. I, Washington 1950, S.737, Aussage vom Mai 1947. Das Datum erschließt sich aus dem Zusammenhang, nach dem es um den Bericht an Himmler über die Experimente bezüglich der Sterilisierung mittels Röntgenstrahlen vom 28.3. 1941 ging.

Heydrich-Behörde auch schwerlich durchzusetzen gewesen wäre. Die tatsächlichen Absichten des Auswärtigen Amtes und des Reichssicherheitshauptamtes gehen aus den bereits dargestellten Dokumenten vom Sommer 1940 klar hervor. Offensichtlich vermengt Brack hier sein Wissen um die Pläne von anderer Seite zudem mit kolonialen Planungen für West- und Ostafrika vom Sommer 1942. Unter den Tarnnamen „Sisal“ für Ostafrika und „Bananen“ für Westafrika waren im Reichssicherheitshauptamt Einsatzstäbe eingerichtet worden, die bereits mit Vorarbeiten für die Kolonialplanung begonnen hatten. Als Leiter der Organisation Sisal war Bouhler vorgesehen, „der später Generalgouverneur von Ostafrika werden soll[te]“¹⁹².

Versuchte Rademacher seine Initiative am Madagaskar-Plan herunterzuspielen oder ganz zu negieren, findet sich bei Eichmanns Aussagen der entgegengesetzte Fall: Eichmann beanspruchte die gedankliche Urheberschaft des Madagaskar-Projektes für sich. Bekannt geworden sei ihm „solch eine Möglichkeit schon vor Jahren“ durch Adolf Böhm's Buch vom „Judenstaat“¹⁹³. In diesem Buch habe er auch gelesen, daß sich schon Theodor Herzl mit dem Madagaskar-Gedanken beschäftigt habe¹⁹⁴. Böhm hat allerdings niemals ein Buch mit dem Titel „Judenstaat“ geschrieben, und weder bei ihm noch in Herzls „Judenstaat“ ist von Madagaskar die Rede¹⁹⁵.

Zunächst behauptete Eichmann in seinen Vernehmungen, von den erwähnten Madagaskar-Plänen Polens bis zum Zeitpunkt der Arbeiten vom Sommer 1940 nichts gewußt zu haben¹⁹⁶. Nachdem man ihn an seine schriftlichen Äußerungen von 1938 erinnerte, hielt er es doch für möglich, von den polnisch-französischen Vorhaben gehört zu haben und „inspiriert“ worden zu sein¹⁹⁷. Er legte dennoch in allen seinen Äußerungen großen Wert darauf, 1940 von selbst, nicht von außen, auf das Madagaskar-Projekt gekommen zu sein. Merkwürdigerweise hat ihn nie jemand nach Rademacher und seinen Kontakten bzw. seine Zusammenarbeit mit diesem befragt. Eichmann sagte aus, er habe zunächst seinem Vorgesetzten Heinrich Müller seine Idee vorgetragen, dieser habe anschließend das Einverständnis Heydrichs eingeholt und dieser wiederum die Zustimmung Himmlers¹⁹⁸.

Eine Bestätigung dieser Darstellung findet sich in einer weiteren Nachkriegsquelle, den immer wieder als Grundlage für Darstellungen zum Madagaskar-Plan herangezogenen Aufzeichnungen von Eichmanns Mitarbeiter Dieter Wisliceny, von dem verschiedene, zum Teil voneinander abweichende Aussagen über Eichmann und den Madagaskar-Plan überliefert sind.

¹⁹² BAK NS 19/2506, 17.6. 1942.

¹⁹³ IfZ Eich 1492, 55; vgl. BAK All Proz 6/95, S.14. Eichmann wiederholte diese Behauptung in seiner Vernehmung in Jerusalem; IfZ Eich 1491, Aussage Eichmanns vom 31.5. 1969; Eichmann-Protokoll, Lang, S.61.

¹⁹⁴ IfZ, Prozeß gegen Adolf Eichmann, Protokoll der Sitzung 91, 11.7. 1961, S. -R1-.

¹⁹⁵ Der Wiener Fabrikant und Schriftsteller Adolf Böhm (1873–1941) hatte ein zweibändiges Werk über die zionistische Bewegung verfaßt. Vermutlich verwechselte Eichmann, für ihn durchaus typisch, Madagaskar mit dem von Böhm genannten Moçambique und vermischte dies mit den sonstigen alternativ zu Palästina diskutierten Territorien; vgl. Böhm, Die zionistische Bewegung, Bd. 1, S.254–266.

¹⁹⁶ Eichmann-Protokoll, Lang, S. 62–64.

¹⁹⁷ IfZ, Prozeß gegen Adolf Eichmann, Protokoll der Sitzung 91, 11.7. 1961, S. -R1-.

¹⁹⁸ IfZ Eich 1492, S.55.

In einem handschriftlichen Bericht über Eichmanns Tätigkeit beim SD vom Oktober 1946 heißt es, nach dem Sieg über Frankreich im Sommer 1940 habe Eichmann „über Müller und Heydrich geleitet, in einer Denkschrift an Himmler die Umsiedlung aller Juden aus Europa nach Madagaskar“ vorgeschlagen. „Dieser Plan fand die Zustimmung Himmlers und angeblich auch Hitlers. Unter der nominellen Leitung von Göring sollte eine Zentralorganisation für Europa geschaffen werden. Die technische Durchführung sollte Heydrich, d. h. praktisch Eichmann, übertragen werden.“¹⁹⁹

Nach einer anderen Darstellung Wislicenys, rund einen Monat später, „schlug Eichmann, von Heydrich nachdrücklich unterstützt, Himmler die Insel Madagaskar als Umsiedlungsgebiet für das gesamte europäische Judentum vor. Dieser Vorschlag fand die Zustimmung Himmlers und Hitlers.“²⁰⁰ Aus der „angeblichen“ Zustimmung Hitlers war nach dieser Darstellung inzwischen eine Zusage geworden.

Die vor dem Hintergrund der Schilderung Wislicenys denkbare und von Eichmann behauptete Möglichkeit, er sei unabhängig von Rademacher zur gleichen Zeit – nimmt man die Überlegungen vom März 1938 als ursprünglichen Gedanken, müßte man sagen: wieder – auf die Madagaskar-Idee gekommen, ist nicht plausibel. Zum einen gibt es keine Äußerungen Eichmanns vom Juni 1940 zu dieser Idee, denn der erste Beleg für eine Beschäftigung mit dem Gedanken ist der Auftrag für ein Gutachten an seine jüdischen Gesprächspartner aus Prag, Wien und Berlin vom 3. Juli 1940. Zweitens ist Heydrichs Schreiben an von Ribbentrop vom 24. Juni ein eindeutiges Zeichen dafür, daß er an etwas beteiligt zu werden wünschte, was offensichtlich ohne seine Kenntnis im Auswärtigen Amt in Gang gekommen war. Und drittens gilt auch hier die anhand der Quellenlage plausible Behauptung Rademachers vom 30. August 1940, das Madagaskar-Projekt sei auf seine Anregung hin entstanden.

Der beschriebene „Anregungsweg“ Rademacher – Luther – von Ribbentrop – Hitler ist der einleuchtendste. Nun gibt es zwei möglicherweise parallele Wege, auf denen der Gedanke zu Heydrich und Eichmann gelangt sein könnte. Zum einen besteht die Möglichkeit, daß über das Umfeld Hitlers Himmler und darüber Heydrich informiert wurde. Eine zweite Möglichkeit ist folgende: Rademacher gibt in seinem Bericht über die „bisherige Entwicklung“ des Plans an, daß er „an die einzelnen Dienststellen herangetreten“ sei, die mit dem Projekt befaßt werden mußten. Vermutlich ist Rademacher schon unmittelbar um den 18. Juni, als von Ribbentrop das Projekt gegenüber Ciano und Hitler den Gedanken gegenüber Mussolini erwähnte, mit deren Placet versehen an sein Spiegelreferat im Reichssicherheitshauptamt herangetreten und hat Eichmann zu seiner Initiative gegenüber Müller, Heydrich und Himmler bewogen, die wiederum selbst „von oben“ davon erfuhren. Dies Wissen um die Pläne andernorts hat Heydrich umgehend zu seinem Schreiben vom 24. Juni veranlaßt.

Faßt man die skizzierten Aussagen der Protagonisten des Madagaskar-Projekts zusammen, so bleibt festzuhalten, daß eine Heranziehung der Nachkriegsaussagen Rademachers, Bracks und Eichmanns im Zusammenhang mit dem Madagaskar-Plan sowohl in Motiv- als auch Datierungsfragen nur dann zu vertreten ist, wenn sie sich aus zeitgenössischen Zeugnissen verifizieren lassen, da sowohl Eichmann als auch Rademacher in ihren Aussagen nicht nur chronologisch häufig ungenau und vage, sondern auch be-

¹⁹⁹ IfZ Eich 6 (1908), Aussage Wislicenys vom 27. 10. 1946, S. 7–8.

²⁰⁰ Bericht Wislicenys vom 18. 11. 1946, in: Poliakov/Wulf, Das Dritte Reich und die Juden, S. 89.

strebt sind, ein bestimmtes Bild ihrer jeweiligen Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Projekt zu vermitteln. Bei Rademacher ist dies vor allem der Versuch, sich als nicht initiativ und weitgehend unbeteiligt darzustellen, bei Eichmann das Bemühen, sich einerseits als Urheber und initiativer Planer der ganzen Idee zu profilieren, andererseits aber für die implizierte Idee von „Polizeistaat“ und „Großghetto“ nicht verantwortlich zu sein und somit seine „humanen“ Motive zur Lösung der Judenfrage unter Beweis zu stellen. Brack spielt, wenngleich seine Behörde an den Vorbereitungsarbeiten für das Projekt aktiv beteiligt war, in den überlieferten zeitgenössischen Quellen des Jahres 1940 für den Madagaskar-Plan keine Rolle, was auch nicht verwundert, da das Reichssicherheitshauptamt, das Auswärtige Amt und die Vierjahresplanbehörde die entscheidenden Stellen waren.

14. „Zwischenbilanz“ als Zäsur – Rademachers Zusammenfassung für Luther

Dem durch die handschriftlichen Notizen Luthers zum Madagaskar-Projekt des Reichssicherheitshauptamtes erteilten Auftrag entsprechend, faßte Rademacher am 30. August 1940 die „bisherige Entwicklung des Madagaskar-Plans des Referats D III“ in einer Denkschrift an seinen Vorgesetzten zusammen²⁰¹. Er führte darin die „Idee, alle Juden nach Madagaskar zu schaffen“, auf den „alten holländischen Antisemiten Beamish“ zurück, der sie „in den 20er Jahren veröffentlicht“ habe. Rademacher vermengte hier also offenkundig den Briten Henry Hamilton Beamish und Egon van Winghenes, alias Georg de Potteres Werk über den „Voll-Zionismus“. Dies deutet auch darauf hin, daß sich Rademacher trotz seiner Kontakte zu dem „Stürmer“-Mitarbeiter Paul Wurm weniger für die ideologiegeschichtlichen Hintergründe als vielmehr für die aktuelle Verwertbarkeit des Gedankens interessierte²⁰².

Anschließend schilderte er den Werdegang des Plans. Nachdem Außenminister von Ribbentrop „auf Vorschlag der Abteilung Deutschland“ entschieden habe, „daß die Lösung der Judenfrage im Friedensvertrag von dem Referat D III in der Abteilung Deutschland im Einvernehmen mit den Dienststellen des Reichsführers SS bearbeitet werden sollte“, habe er selbst den „Grundriß eines Planes zur Lösung der Judenfrage im Friedensvertrage entworfen“. Dieser Plan ergebe als „praktische Arbeitseinteilung“, daß für das „Führen der Verhandlungen mit den Feindmächten auf Grund des Friedensvertrages und mit den übrigen europäischen Staaten auf Grund von Sonderverträgen“ das Auswärtige Amt zuständig sein sollte. Das „Erfassen der Juden in Europa, ihr Transport nach Madagaskar, ihre Ansiedlung dort und die zukünftige Verwaltung des Insel-Gettos“ oblag dagegen dem Reichssicherheitshauptamt. Mit dem „Erfassen des jüdischen Vermögens in Europa, [dem] Gründen einer intereuropäischen Bank, die dieses Vermögen treuhänderisch zu verwalten und zu verwerten sowie die Finanzierung des Ansiedlungsunternehmens durchzuführen“ habe, sei die Dienststelle des Vierjahresplans, Staatsrat Wohlthat, beauftragt worden. Was schließlich das „propagan-

²⁰¹ PAAA Inland IIg 177, 195–196, Rademacher, Bisherige Entwicklung des Madagaskar-Plans des Referats D III, 30.8. 1940, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 332–333.

²⁰² Inland IIg 177, Rademacher, Bisherige Entwicklung, 195.

distische Vorbereiten und Sichern des Planes gegen eine eventuelle Hetzwelle aus [den] USA“ angehe, war für den „Bereich des Inlandes das Propagandaministerium“²⁰³ durch die „Antisemitische Aktion“ und für den „Bereich des Auslandes die Informationsabteilung des Auswärtigen Amtes“ zuständig. Er, Rademacher, sei deshalb „an die einzelnen Dienststellen herangetreten. Auf meine Anregung hin und in enger Fühlungnahme mit mir ist dann der Madagaskar-Plan des Reichssicherheitshauptamtes entstanden.“ Auch der Plan der intereuropäischen Bank sei von ihm entworfen und Görings Mitarbeiter Wohlthat zur Prüfung und Umsetzung übersandt worden. Ein Propaganda-Plan für das Inland war demnach ebenfalls in Vorbereitung gewesen. Rademacher stellte die ganze Angelegenheit so dar, als seien die Zuständigkeiten seitens des Auswärtigen Amtes freiwillig und problemlos den anderen Behörden zugestanden worden. Hierin dürfte sich allerdings nur die Anerkennung der faktischen Ergebnisse eines Kompetenzgerangels widerspiegeln, denn nicht nur Heydrich hatte nachdrücklich und unübersehbar auf seine Einbeziehung gepocht, auch zwischen von Ribbentrop und Göring war es im Juni und Juli zu einem heftigen Kompetenzgeplänkel in der Frage gekommen, wer für die Vorbereitung und Durchführung der „wirtschaftlichen Friedensverhandlungen“²⁰⁴ mit Frankreich die Federführung übernehme: das Auswärtige Amt oder Görings Vierjahresplanbehörde²⁰⁵. Da Göring sich gleichzeitig auf die von Hitler verliehene oberste Zuständigkeit in der Behandlung der Judenfrage berufen konnte, war eine Beteiligung seiner Behörde bei der Vorbereitung des Madagaskar-Projekts zwangsläufig notwendig.

Was die Transportfrage betraf, so hatte in den abgehaltenen Vorbesprechungen Oberbereichsleiter Brake vom Stab Philipp Bouhlers den Vorschlag gemacht, „die Transportorganisation, die er als Sonderauftrag des Führers für die Kriegszeit aufgebaut hat, für den Transport der Juden nach Madagaskar später einzusetzen“. Rademacher, der den Vorschlag guthieß, hatte ihm geraten, sich hierzu mit Heydrich in Verbindung zu setzen. Die von Wisliceny wiedergegebene Kontaktaufnahme Eichmanns mit Schiffahrtsexperten und die angeblich projektierte Arbeitsgemeinschaft der Hapag mit dem Norddeutschen Lloyd wird von Rademacher nicht erwähnt. Entweder war er darüber nicht informiert, oder er wollte den hierdurch evozierbaren Interessenkonflikt zwischen Brakes und Heydrichs Behörde diesen selbst zur Lösung überlassen. Wenn Brake sich tatsächlich an Heydrich gewandt haben sollte, hat dieser ihn offenbar klar aus seinem Kompetenzbereich verwiesen, denn von einer geplanten Einbeziehung der Brakeschen Transportorganisation war in Eichmanns Planungen nie die Rede.

Rademacher schlug Luther in seiner „Zwischenbilanz“ vor, „um den Plan weiter zu fördern“, die „erwähnten innerdeutschen Dienststellen zu einer Besprechung im Auswärtigen Amt zusammenzurufen und eine vorbereitende Kommission zusammenzustellen“, daneben „an die Franzosen heranzutreten, damit sie dieser Kommission die

²⁰³ Hier nannte Rademacher Oberregierungsrat Dr. Taubert. Eberhard Taubert war u. a. Verfasser des Manuskripts zum Propagandafilm „Der ewige Jude“ und einer der wichtigsten Mitarbeiter Goebbels' bei der Materialbeschaffung für dessen Reden; vgl. Wilhelm, Rassenpolitik und Kriegführung, S. 57.

²⁰⁴ PAAA R 29607, Vertrauliche Aufzeichnung Wiehls vom 1. 7. 1940.

²⁰⁵ Vgl. PAAA R 29607, Schreiben Görings an das Auswärtige Amt, 2. 7. 1940; Schreiben Ribbentrops an Göring, 9. 7. 1940.

Einreise auf die Insel gestatten“, um daran anschließend die „Kommission auf ein bis zwei Monate nach Madagaskar“ zu entsenden, „um an Ort und Stelle die Einzelfragen der Ansiedlung und deren Vorbereitung festzustellen“. Sein grundsätzlicher Optimismus in dieser Frage nährte sich aus den Gutachten Burgdörfers und Schumachers, aus denen er den Schluß zog, „daß man die gesamten europäischen Juden, die auf höchstens 6,5 Millionen geschätzt werden, neben der alteingesessenen Bevölkerung in Madagaskar unterbringen kann“. Die natürlichen Hindernisse der Insel könnten durch „Trockenlegungsarbeiten“ behoben werden, und die durchschnittliche Bevölkerungsdichte auf der Insel würde nach der Besiedlung mit den Juden „dem Stand der Durchschnittsbesiedlungsdichte für die Erdoberfläche entsprechen“²⁰⁶.

Immer noch war nichts Konkretes entschieden, denn Luther sollte, wie Rademacher zum Schluß seiner Denkschrift bat, die Zustimmung von Ribbentrops zum „angeregten Verfahren“ herbeiführen.

Diese „Zwischenbilanz“ Rademachers war augenscheinlich auch eine Grundlage für jene grundsätzliche 19seitige Zusammenfassung Luthers zur Judenpolitik, die er knapp zwei Jahre später für von Ribbentrop verfaßte und worin er im Rückblick nicht ohne eine gewisse Selbstuldigung festhielt, der Madagaskar-Plan seiner Abteilung sei „vom Reichssicherheitshauptamt begeistert aufgenommen“ worden. Inzwischen sei der Plan, so Luther am 21. August 1942, „durch die politische Entwicklung überholt“²⁰⁷. Inwieweit dieses Urteil, wofür vieles spricht, schon für den Zeitpunkt der „Zwischenbilanz“ Rademachers gilt, wird noch näher zu beschreiben sein.

Vergleicht man den Stand der Diskussion innerhalb der beiden in der Hauptsache beteiligten Behörden Auswärtiges Amt und Reichssicherheitshauptamt und zwischen ihnen, so fällt auf, daß die Gedanken Rademachers immer darum kreisten, die Notwendigkeit seines Amtes bei der Durchführung des Madagaskar-Projektes nachzuweisen und aus dem ganzen Vorhaben ein Zusammenspiel mehrerer Behörden zu gestalten. Der Plan des Reichssicherheitshauptamtes spiegelte dagegen eindeutig den Willen der SS, das Heft der Judenverfolgung ganz in der Hand zu halten, bzw. im ganzen deutsch beherrschten Europa in die Hand zu bekommen. Als Heydrich Wind bekam von den Gedanken, mit denen Rademacher das Auswärtige Amt ins Spiel brachte, hat er umgehend reagiert. Zwar bestellte Rademacher aus eigener Initiative noch einige Gutachten, doch übernahm Eichmanns Referat sofort die Federführung und eine umfangreiche Materialbeschaffung.

So ist es nicht verwunderlich, daß niemand auf Rademachers Vorschlag reagierte, eine Konferenz der verschiedenen mit dem Madagaskar-Plan befaßten Behörden im Auswärtigen Amt abzuhalten, um eine Vorbereitungs-Kommission zusammenzustellen, die dann ein bis zwei Monate auf die Insel fahren und gezielte Untersuchungen vornehmen sollte. Eichmanns Behörde spielte auch hier die entscheidende Rolle. Dannecker wurde im August 1940, nach Fertigstellung des Projekt-Entwurfs, zunächst noch unter den Auspizien einer eventuellen Realisierung des Plans, von Eichmann als „Beauftragter“ nach Frankreich geschickt²⁰⁸, wo er sich als Leiter des Referats IV J

²⁰⁶ PAAA Inland IIg 177, Rademacher, Bisherige Entwicklung, 195.

²⁰⁷ PAAA Inland IIg 177, 110–128, Aufzeichnung Luthers vom 21. 8. 1942, Zitat S. 2.

²⁰⁸ Bericht Wislicenys vom 18. 11. 1946, in: Poliakov/Wulf, Das Dritte Reich und die Juden, S. 90.

der Sipo-SD in Paris zum beflissenen Antreiber in der Verfolgung der französischen Juden und zu einem entscheidenden Vorbereiter der „genozidalen Endlösung“ in Frankreich entwickelte. Wisliceny wurde in gleicher Mission im September nach Preßburg entsandt. Aber eine Kommission für Madagaskar wurde weder vom Auswärtigen Amt noch vom Reichssicherheitshauptamt ins Leben gerufen. Der Krieg, auch der gegen die Juden, lief in anderen Bahnen weiter²⁰⁹. In diesem Zusammenhang ist jedoch ein Blick auf die Rolle von Interesse, die Madagaskar in den inzwischen laufenden deutsch-französischen Waffenstillstandsverhandlungen spielte, und darauf, inwieweit sich hier Anhaltspunkte für eine projektierte Judenunterbringung auf der ostafrikanischen Insel finden lassen.

15. Madagaskar in den deutsch-französischen Verhandlungen

In den deutsch-französischen Verhandlungen über die Einzelheiten des Waffenstillstandes wird Madagaskar, das bis zur Eroberung durch die Briten im September 1942 Vichy-treu blieb, nicht im Zusammenhang mit der Judenfrage und den bestehenden aktuellen Plänen erwähnt. In der Korrespondenz des Auswärtigen Amtes mit der Waffenstillstandskommission (WAKO) wurden des öfteren Fragen der zukünftigen Behandlung des französischen Kolonialreiches angeschnitten, ohne daß von Madagaskar, in welcher Form auch immer, als von einer projektierten zukünftigen Heimstätte für die Juden die Rede gewesen wäre, von konkreten Erörterungen ganz zu schweigen. Die Gespräche drehten sich um andere Themen. So bat General Huntziger in einer Besprechung mit General von Stülpnagel am 19. August 1940, die beschränkte Handelsschifffahrt zwischen den Kolonien und dem Mutterland freizugeben. Es bestehe die Gefahr, daß durch die Verhinderung des Warenaustauschs die Kolonien in die Hände Großbritanniens getrieben würden. Stülpnagel fand diese Argumentation einsichtig und schlug dem Auswärtigen Amt deshalb eine „einheitliche Regelung [der] Wirtschaftsfragen französischer Kolonien durch Auswärtiges Amt bzw. OKW unter Abkehr von bisher geübtem Verfahren der Einzelgenehmigungen für [den] Handelsschiffsverkehr“ vor²¹⁰.

Daneben suchte Huntziger die Zustimmung der Deutschen zur Sicherung des Kolonialreiches mittels Entsendung von Marineeinheiten und Transportflugzeugen nach Dakar bzw. Äquatorialafrika zu erlangen²¹¹. Anfang September bat er, senegalesische Truppen aus Französisch-Somaliland nach Madagaskar verlegen zu dürfen, weil die Lage auf der Insel „besorgniserregend“ sei²¹². Die Befürchtungen erwiesen sich jedoch als unbegründet, da die Insel weiterhin fest zur Regierung Pétain stand²¹³. General Doyen, der

²⁰⁹ Vgl. den o. g. Titel von Lucy S. Dawidowicz, Der Krieg gegen die Juden 1933–1945, ohne daß hier deren „ultraintentionalistischer“ (Browning) These, wonach Hitler den Entschluß zur Judenvernichtung bereits in den zwanziger Jahren gleichsam endgültig gefaßt habe, gefolgt werden soll – wenngleich Dawidowicz zu Recht auf die tiefverwurzelte ideologische Fixierung Hitlers seit dieser Zeit verweist.

²¹⁰ PAAA R 29607, Telegramm an das Auswärtige Amt, 23. 8. 1940.

²¹¹ PAAA R 29607, Telegramm an das Auswärtige Amt, 31. 8. 1940.

²¹² PAAA R 29608, Telegramm an das Auswärtige Amt, 4. 9. 1940.

²¹³ PAAA R 29608, Telegramm an das Auswärtige Amt, 10. 9. 1940. Die französische Luftwaffe hatte im September auf Madagaskar 15 Flugzeuge älteren Typs stationiert, von denen 14 ein-

Nachfolger Huntzigers an der Spitze der französischen Abordnung bei den Waffenstillstandsverhandlungen, bemühte sich, von den Deutschen eine Garantie für den Friedensvertrag dafür zu erhalten, daß der französische Kolonialbesitz im wesentlichen erhalten bleibe, da es so einfacher gelingen würde, die Franzosen für eine Zusammenarbeit mit Deutschland zu gewinnen²¹⁴. Mit gleicher Begründung wiederholte Laval dieses Anliegen gegenüber Abetz²¹⁵. Als Ende September der Beauftragte der französischen Regierung für Kriegsgefangenenfragen, Scapini, zu Besprechungen auch allgemeinpolitischer Fragen nach Berlin kam, beklagte er gegenüber seinem Gesprächspartner von Rintelens, daß bezüglich der französischen Kolonien „völlige Ungewißheit“ herrsche. Scapini meinte weiter, es käme „doch wohl in Frage, einen gemeinsamen Kolonialbesitz der europäischen Völker unter Deutschlands Führung zu schaffen, der Deutschland ungeheure Möglichkeiten eröffne und auch Frankreich sein Feld zur kolonialen Betätigung lassen werde“²¹⁶.

Ein besonderes Augenmerk im Hinblick auf die für eine praktische Umsetzung der Madagaskar-Planungen zweifellos notwendige massenhafte Requirierung französischer Schiffe zum Judentransport nach der Insel ist auf deutscher Seite während der Verhandlungen um den Waffenstillstand nicht ersichtlich²¹⁷.

In der Abstimmung der Interessensphären in Afrika mit der italienischen Waffenstillstandskommission hatte sich das Deutsche Reich die Zuständigkeit für Madagaskar ausbedungen. Als die Franzosen im November aufgrund eines befürchteten englischen Angriffs auf die Insel den Antrag stellten, dort eine weitere Jagdstaffel mit dreizehn Flugzeugen und vier Ersatzmaschinen stationieren zu dürfen²¹⁸, hatte die italienische Kommission schon ihre Zustimmung signalisiert, sofern die Deutschen einverstanden seien. Daraufhin gab man den Italienern zu verstehen, daß sie „für Madagaskar gar nicht zuständig“ seien²¹⁹. Eine klare Übereinkunft der jeweiligen Zuständigkeiten er-

satzbereit waren. Deutscherseits waren für die Zukunft 6–7 Flugzeuge genehmigt; vgl. ebenda, Mitteilung des Gesandten Hencke über die Arbeit der Wako, 12. 9. 1940. Dazu auch Mitteilung des Gesandten Hencke vom 2. 11. 1940; ebenda.

²¹⁴ PAAA R 29608, Telegramm der Wako (Welck) an das Auswärtige Amt, 21. 9. 1940.

²¹⁵ PAAA R 29877, Aufzeichnung Woermanns vom 25. 9. 1940. Woermann sprach hier einschränkend vom französischen Wunsch nach der Zusage, daß „durch den Friedensvertrag der westafrikanische Kolonialbesitz Frankreichs unangetastet bleibe“. Eine solche Beschränkung wurde seitens der Franzosen nicht gemacht; vgl. R 29608, Telegramm Welcks an das Auswärtige Amt vom 21. 9. 1940, auf das sich Woermann bezieht. Mehrere Motive für Woermanns Einschränkung sind denkbar. Es scheint möglich, daß er stillschweigend den ihm bekannten Madagaskar-Plan und die damit verbundene Abtretung Madagaskars zur Judenunterbringung voraussetzte und deshalb diese Begrenzung auf Westafrika machte. Denn Woermann wurde erst im Februar 1942 und zu seiner Verwunderung darüber informiert, daß Madagaskar „nicht mehr für die Endlösung vorgesehen zu werden“ brauche; Inland IIg 177, Rademacher an Biel-feld, 10. 2. 1942, Woermann an Rademacher, 14. 2. 1942. Dies erklärt allerdings nicht, warum er die fernöstlichen und die nordafrikanischen Kolonien nicht erwähnte. Auch ein Zusammenhang mit dem gescheiterten Versuch gaullistischer Verbände, Dakar einzunehmen (23.–25. 9. 1940), wäre denkbar. Ein eindeutiger Sinn und damit ein klares Motiv für Woermanns Einschränkung auf Westafrika ist jedoch nicht zu erkennen.

²¹⁶ PAAA R 29587, Aufzeichnung von Rintelens vom 28. 9. 1940.

²¹⁷ PAAA R 29607, o.D. (August 1940), Waffenstillstandsvertrag, besonders Art. 11; R 29609, 15. 1. 1941, Tätigkeitsbericht der Deutschen Waffenstillstands-Delegation für Wirtschaft für den Zeitraum Juli bis Dezember 1940, besonders S. 36–42.

²¹⁸ PAAA R 29608, Mitteilung des Gesandten Hencke an das Auswärtige Amt, 9. 11. 1940.

²¹⁹ PAAA R 29608, Mitteilung des Gesandten Hencke an das Auswärtige Amt, 29. 11. 1940.

folgte erst im März 1941²²⁰. Madagaskar war aber offensichtlich keiner der „Kernpunkte der deutschen Interessen“, diese lagen vielmehr „an der afrikanischen Atlantikküste“ und in „Äquatorialafrika“²²¹.

Der Wechsel auf dem Posten des Generalgouverneurs von Madagaskar – Cayla hatte die Altersgrenze erreicht, führte die Geschäfte aber bis zum Eintreffen seines Nachfolgers Annet weiter – wurde vom OKW und dem Auswärtigen Amt routinemäßig vermerkt²²².

Am 9. November 1940 versicherte Reichsmarschall Göring gegenüber Laval, daß Hitler dessen Auffassungen bezüglich der französischen Flotte und der Kolonien teile. Laval ging es in dieser Frage vor allem um eine deutsch-französische Zusammenarbeit auf dem Kolonialgebiet, mit dem Ziel, die abgefallenen Kolonien wiederzugewinnen und de Gaulle zu vertreiben. Göring betonte, daß Deutschland Stützpunkte an der afrikanischen Westküste nur zur „Erweiterung der Operationsbasis gegen England“ nutzen wolle und nicht an eine Beschlagnahme denke. Von der Judenfrage und einer möglichen Nutzung des Kolonialgebietes, insbesondere Madagaskars, für eine eventuelle Judenunterbringung war nicht die Rede²²³.

16. Ideologische Unterstützung aus Italien

Der Madagaskar-Gedanke fand im Sommer 1940, parallel zur Diskussion im Deutschen Reich, auch in rassistischen Kreisen Italiens Anhänger, die in ihren Äußerungen vielfach Erinnerungen an die Ideen und Protagonisten des inzwischen in Vergessenheit geratenen „Voll-Zionismus“ weckten. Am 20. Juni propagierte Carlo Barduzzi in der rassistischen italienischen Zeitung mit dem programmatischen Titel „La Difesa della Razza“ Madagaskar als „Lösung der Judenfrage“²²⁴. Nach Barduzzis Ansicht gab es drei Möglichkeiten, wie die Juden behandelt werden konnten: Assimilierung, die Isolation in einem Ghetto oder ihre Entfernung, wobei nur die dritte Lösung seiner Meinung nach „konkrete Ergebnisse“ wie Wohlstand, Ruhe und Fortschritt brachte. Da die Juden aber gegenwärtig nicht mehr von einem Staat zum anderen abgeschoben werden könnten, sei die Verbringung in ein Territorium notwendig, das bestimmte Krite-

²²⁰ PAAA R 29609, Aufzeichnung von Grottes, 7.3. 1940. Danach war die deutsche Waffenstillstandskommission zuständig für die Kontrolle in Marokko mit Ausnahme des an das Mittelmeer angrenzenden Oudja-Gebietes, sowie Französisch Westafrika, Französisch Äquatorialafrika, Madagaskar, Indochina und die Westindischen Besitzungen, während die Italiener die Kontrolle im Oudja-Gebiet von Marokko, sowie Syrien, Französisch Somaliland, Tunis und Alger ausüben sollten.

²²¹ PAAA R 29608, Telegramm des Gesandten Hencke an das Auswärtige Amt, 12.10. 1940.

²²² PAAA R 29608, Mitteilung über die Arbeit der Wako an das Auswärtige Amt, 20.12. 1940. Cayla war offiziell am 11.12. 1940 aus dem Amt geschieden.

²²³ PAAA Deutsche Botschaft Paris, Telegramm des Auswärtigen Amtes an die Botschaft, 9.11. 1940; vgl. zur Zusicherung Hitlers hinsichtlich des französischen Kolonialreiches auch die Vorschläge Woermanns für die Aussprache zwischen Laval und Ribbentrop vom 25.11. 1940; STAN NG-4337. Zur allgemeinen Entwicklung der deutschen Frankreichpolitik in dieser Zeit vgl. Knipping, Die deutsche Frankreichpolitik 1940–1942, S.697–709, besonders S.701–706.

²²⁴ Barduzzi, La soluzione della questione giudaica, Il Madagascar, S.26–30.

rien zu erfüllen habe: es dürfe nicht an andere Staaten grenzen, müsse groß genug sein und ein „angenehmes Klima“ besitzen und vor allem relativ weit entfernt liegen von den Zentren der Welt²²⁵, Forderungen, wie sie auch Beamish, de Pottère, Fleischhauer und Rosenberg immer wieder propagiert hatten. Diese Voraussetzungen erfüllte nach Auffassung des Autors Madagaskar, das auch über gute Ansiedlungsbedingungen durch Klima und Bodenschätze verfüge. Dort solle eine eigene Verfassung für die Juden geschaffen und die einheimische Bevölkerung nach Malaysia, von wo sie vorgeblich stammte, zurückgeführt werden, um sie vor den Juden zu schützen²²⁶. Die Juden sollten vor allem Feldarbeit leisten und die Insel unter ein deutsch-italienisches Protektorat gestellt werden, womit die Einrichtung von diplomatischen Vertretungen dieses „Judenstaates“ im Ausland verhindert werde²²⁷. Madagaskar entsprach nach Barduzzis Ansicht der Notwendigkeit von Entfernung und Isolierung der Juden, folgte aber gleichzeitig gemäßigten und humanitären Prinzipien und ermöglichte es den Juden, ein eigenes Leben zu leben²²⁸.

Im September 1940 stieß Gino Sottocchia, ebenfalls in der Zeitschrift „La Difesa della Razza“, ins gleiche Horn²²⁹. Der Krieg war für ihn der Ausdruck des Zusammenstoßes zwischen dem faschistischen und nationalsozialistischen Europa auf der einen Seite und dem durch das Judentum geleiteten Materialismus auf der anderen. Sein Hauptzweck sei daher die Bekämpfung und Ausschaltung des Judentums auf dem europäischen Kontinent. Zwar entspreche Madagaskar nicht den Anforderungen, um die Juden der ganzen Welt unterzubringen²³⁰, für die von ihm auf fünfeinhalb Millionen Personen bezifferten europäischen Juden reiche es jedoch aus. Auch Sottocchia befürwortete ein deutsch-italienisches Protektorat, sprach sich aber vehement dagegen aus, daß sich die Juden auf der Insel eine eigene Verfassung geben könnten. „Schicken wir sie, diese lästigen Juden, dort hinunter, auf daß sie endlich ihren Lebensunterhalt im Schweiß ihres Angesichts verdienen mögen; aber erlauben wir ihnen nicht, Politik zu machen, vor allem keine staatlich-verwaltende, weil sie sonst ein neues Reich gründen würden, mit sozial-kommunistischer Einfärbung, so wie sie es auf palästinensischem Boden unter der Obhut Albions getan haben.“²³¹

17. „Madagaskar für die Juden“: Spekulation auf eine ungewisse Zukunft

Der Gedanke an Madagaskar wurde durch die beschriebenen Planungen auf deutscher Seite zu einem Bestandteil des Gedankengerüsts für eine zusehends unbestimmbarer werdende „Nachkriegszeit“. Am 4. September notierte der Vertreter des Auswärtigen Amtes beim Oberkommando des Heeres, Hasso von Etdorf, bezüglich der Kolonial-

²²⁵ Ebenda, S. 27.

²²⁶ Ebenda, S. 28.

²²⁷ Ebenda, S. 29.

²²⁸ Ebenda, S. 30.

²²⁹ Sottocchia, *Gli Ebrei nella nuova Europa e il problema dell'isolamento*, S. 45–47; vgl. PAAA Inland II A/B 59/3, Hanss [!] Eisenbeiß, 14. 11. 1940.

²³⁰ Ebenda, S. 46.

²³¹ Ebenda, S. 47.

pläne unter den Forderungen der Marine, „Madagascar für die Juden“²³². Und in einer Konferenz des Reichspropagandaministeriums unter Beteiligung Minister Goebbels' am 17. September 1940 berichtete Ministerialdirektor Hinkel, daß insgesamt „im Altreich einschließlich der neu gewonnenen Ostprovinzen“ rund vier Millionen Juden „vorhanden“ seien. „Das Madagaskar-Projekt, das genehmigt worden sei, sehe vor, daß nach dem Krieg in ca. 1 1/2 Jahren hiervon etwa 3 1/2 Millionen Juden nach Madagaskar gebracht werden könnten.“²³³ Zwei Dinge sind hier zu bemerken: Zum einen ist unter „genehmigt“ wohl das grundsätzliche Placet Hitlers vom Juni und Juli zu verstehen, das Projekt vorzubereiten. Es gibt keinen Anhaltspunkt dafür, daß Hitler die Ausarbeitung des Reichssicherheitshauptamtes vom August selbst mit großem Interesse zur Kenntnis genommen hat. Wisliceny sprach nach dem Krieg davon, der Plan habe die „Zustimmung Himmlers und angeblich auch Hitlers“²³⁴ erhalten, erst später machte er aus der „angeblichen Zustimmung“ eine „Zustimmung Hitlers“²³⁵.

Dies heißt nicht, daß Hitler den Plan und die projektierten Maßnahmen nicht kannte oder billigte, sondern nur, daß der Gedanke für ihn selbst schon in den Hintergrund getreten war. Er ließ die Planung weiterlaufen, auch, um für den Eventualfall etwas aus der Schublade ziehen zu können. Damit war zwar das „Projekt [...] genehmigt“, die Durchführung aber, wie Hinkel selbst schon deutlich machte, spekulativ in eine unbestimmbare und entfernte Zukunft „nach dem Krieg in ca. 1 1/2 Jahren“ verschoben.

Die Nachricht über einen bzw. den bestehenden Plan zur jüdischen Ansiedlung auf der ostafrikanischen Insel schwirrte nach wie vor gerüchteweise durch die verschiedensten Kanäle und drang selbst bis ins Ghetto von Warschau vor, wo der geheime Chronist Emanuel Ringelblum am 10. Oktober 1940 die Stichworte „Der Madagaskar Plan. – Einstellung zur Jüdischen Emigration“ und einige Zeilen weiter „der Gouverneur von Madagaskar, Abraham Shramek, verhaftet“ notierte²³⁶. Ist der Sinn der ersten Notiz als Vermerk zu deuten, daß Gerüchte über den Madagaskar-Plan zu dieser Zeit als eine Haltung zur Frage der Judenauswanderung im Warschauer Ghetto kursierten, so ist die Bedeutung der zweiten Notiz nicht zu erschließen, da in keiner anderen Quelle von einem möglichen jüdischen Gouverneur für Madagaskar die Rede ist, schon gar nicht in den deutschen Plänen. Über einen Zusammenhang mit den erwähnten Überlegungen Alfred Nossigs vom Februar des Jahres läßt sich ebenfalls nur spekulieren.

Auch an anderer Stelle wurden Gerüchte um den Madagaskar-Plan mit Maßnahmen gegen die Juden in Verbindung gebracht. Als Ende Oktober auf Befehl der Gauleiter Joseph Bürckel und Robert Wagner über 6500 Juden aus den Gauen Baden und Saarpfalz ohne vorherige Mitteilung an die französischen Behörden in zwölf plombierten Eisenbahnzügen in den noch nicht von deutschen Truppen besetzten Teil Frankreichs

²³² PAAA R 27334, Handakten Etzdorf, Aufzeichnung Etzdorfs vom 4. September 1940; entgegen der Wiedergabe in den ADAP, D, 11,1, Dok. 16, S. 18f., ist der Zusatz „für die Juden“ im handschriftlichen Original Etzdorfs, nach dem hier zitiert wird, nicht in Klammern gesetzt.

²³³ Boelcke, *Kriegspropaganda 1939–1941*, S. 511f.; vgl. Ders., „Wollt ihr den totalen Krieg?“, S. 105; Hagemann, *Die Presselenkung im Dritten Reich*, S. 146, Anm. 66.

²³⁴ IfZ Eich 6 (1908), Aussage Wislicenys vom 27. 10. 1946, S. 7f.

²³⁵ Bericht Wislicenys vom 18. 11. 1946, in: Poliakov/Wulf, *Das Dritte Reich und die Juden*, S. 89.

²³⁶ Ringelblum, *The Journal of Emanuel Ringelblum*, S. 70f.

abgeschoben wurden, tauchte auch hier das Stichwort Madagaskar als Ziel auf, obwohl die Gruppe der Deportierten zu einem Gutteil aus alten Männern und Frauen, zum Teil bereits über neunzigjährig, bestand. Die wiederholte Forderung der Vichy-Regierung nach Rückführung der Abgeschobenen blieb erfolglos, und der Transport erreichte nach mehrtägiger Fahrt ein Konzentrationslager am Fuß der Pyrenäen.

Ein Bericht, welcher der Deutschland-Abteilung des Auswärtigen Amtes am 3. November 1940 vorgelegt wurde, beschrieb, da es im Lager an Lebensmitteln und an geeigneten Unterbringungsmöglichkeiten fehle, sei, „soweit hier bekannt, von der französischen Regierung die Weiterleitung der Deportierten nach Madagaskar unmittelbar nach Öffnung der Seewege in Aussicht genommen“²³⁷. Die deutsche Waffenstillstandskommission teilte in einem Fernschreiben vom 16. November mit, der französische Botschafter in Washington habe zehn Tage zuvor eine Anfrage an seine Regierung gerichtet, wonach in der amerikanischen Presse Meldungen über diese geplante Verschickung erschienen seien und um Unterrichtung darüber gebeten worden sei, „ob diese Nachricht zutrifft“²³⁸.

Daß Hitler selbst in dieser Zeit mit anderen Gegenständen der Kriegführung beschäftigt war und Gedanken an eine Realisierung des Madagaskar-Plans aus seinem Entscheidungshorizont verbannt hatte, wird durch seine Antwort auf einen Artikel deutlich, den ihm der alte „Voll-Zionist“ und Beamish-Freund Alfred Rosenberg am 30. Oktober 1940 zur Genehmigung übersandte. Unter dem Titel „Juden auf Madagaskar“²³⁹ hielt der Reichsleiter in der von ihm bekannten, starr ideologiegeleiteten Grundhaltung fest, daß „nach der Lösung der Judenfrage im Deutschen Reich und den vorläufigen Bestimmungen im Generalgouvernement [. . .] nach und nach alle Staaten Zentral-, West- und Südeuropas gegenüber einer Weltgefahr Konsequenzen ziehen werden, die die Frage einer restlosen Ausscheidung des Judentums aus Europa schon heute brennend werden lässt, nicht nur in theoretischer, sondern in ganz unmittelbar praktischer Beziehung“. Es gehe hierbei um die „Frage nicht etwa eines Judenstaates – weil es einen solchen nicht geben kann – wohl aber eines Judenreservates“²⁴⁰. Palästina sei zu klein, das vielfach vorgeschlagene Guayana in Südamerika „unzweckmässig, da es nicht genügend abgeschlossen vom südamerikanischen Kontinent liegt“, und deshalb „sprechen zunächst alle Überlegungen dafür, die Insel Madagaskar unmittelbar in Betracht zu ziehen“. Rosenberg resümiert alle Vorteile der insularen Lösung, denn bedenke man die Größe der Insel, ergebe „sich eine praktische Möglichkeit, viele Millionen Juden in den nächsten Jahrzehnten durch eine Gemeinschaftsanstrengung der ganzen weissen Rasse dort anzusiedeln und unter einer europäischen Staatskontrolle ein jüdisches Reservat bestimmten Umfanges zu errichten“. Der Autor berichtet freimütig über die Entstehung dieser Idee auf einem der beschriebenen antisemitischen Kongresse Ende der zwanziger Jahre, von wo aus sie unter dem Rubrum „Voll-Zionismus“ – unter anderem im Werk van Winghames – weiterverbreitet worden sei. Nun sei „diese

²³⁷ PAAA Inland IIg, 189, S. 4–5, 30.10. 1940. In der ersten Durchschrift zu „Madagaskar . . . in Aussicht genommen“ ist handschriftlich von Martin Luther „sehr interessant“ angemerkt.

²³⁸ PAAA, Inland IIg 189, Fernschreiben an Fremde Heere West vom 16.11. 1940.

²³⁹ CDJC CXLVI-51, Alfred Rosenberg, Juden auf Madagaskar, o. D. (Oktober 1940).

²⁴⁰ Ebenda; Hervorhebungen im Original.

damals überlegte scheinbar phantastische Möglichkeit einer politisch noch unbedeutenden Gruppe von Gegnern des Judentums heute in den Bereich staatspolitischer Wahrscheinlichkeit getreten“, und das „Problem eines jüdischen Reservates“ stehe „als ein Weltproblem vor allen Staaten“²⁴¹. Auf den „Führer“ und seine seinerzeitige Gedankenbildung zur Judenfrage hat dieser Aufsatz offensichtlich keinen nachhaltigen Eindruck machen können, er paßte vielmehr im Gegenteil nicht in seine aktuellen Überlegungen, denn vier Tage später antwortete Bormann, daß er Hitler den Aufsatz vorgelegt und dieser „nach Kenntnisnahme entschieden“ habe, „der Aufsatz könne zurzeit nicht, vielleicht aber schon in wenigen Monaten erscheinen“²⁴².

Die vor dem Hintergrund der generellen Kriegslage unterschwellig sich bahnbrechende Orientierung Hitlers auf andere Perspektiven zur Lösung der Judenfrage behinderte allerdings keineswegs die Fortexistenz des Madagaskar-Plans als solchen in den Kanälen der beteiligten Behörden. Am 6. November hielt der Vortragende Legationsrat Bielfeld aus der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes in einer Aufzeichnung über die „territoriale Kolonialforderung an Frankreich im Rahmen der Gesamtforderung“ zu Madagaskar, Réunion und den Comoren fest, der „Erwerb von Madagaskar durch das Deutsche Reich soll nicht aus kolonialpolitischen Gründen, sondern zwecks Ansiedlung der Juden erfolgen. Da die Insel unter deutscher Oberhoheit stehen würde, wäre der Notwendigkeit der Sicherung eines Flottenstützpunktes auf Madagaskar Rechnung getragen.“²⁴³

Wie bereits erwähnt, erfuhr der Rassereferent im Reichsministerium des Innern, Bernhard Lösener, erst am 3. Dezember 1940 in einem Gespräch mit Eichmann, daß „die Abschiebung der Juden [. . .] nach einigen Nahplänen und einem Fernplan durchgeführt“ werde²⁴⁴. Das gesamte von Eichmann „vorbereitete Material liege z.Zt. dem Gruppenführer Heydrich zur Zeichnung vor“. Die *Nahpläne*, die nur Verschiebungen von Juden betreffen sollten, seien zur Wohnraumbeschaffung notwendig geworden. Sie sollten aber „auf das Allernötigste beschränkt bleiben, weil ohnehin der Fernplan alles weitere in absehbarer Zeit überflüssig machen“ werde. „Der *Fernplan* sieht vor, daß die Juden aus dem gesamten von Deutschland beherrschten europäischen Raum nach Kriegsende im Rahmen eines Vier- bis Fünfjahresplanes nach *Madagaskar* abgeschoben werden. Es wird sich um rund 6 Millionen Menschen handeln (einschl[ießlich] Gen[eral]Gouv[ernement]). Die Insellage wird die Kontrolle über diese große Zahl von Menschen erleichtern. Zur Umsiedlung wird nur nichtdeutscher Schiffsraum benutzt werden. Die Juden sollen drüben produktiv tätig sein.“²⁴⁵ Eichmann gab Lösener auch eine grobe Skizze des Gesamtprojekts und schilderte die geplanten Betriebe, Organisationen und Banken, äußerte aber auch, die Pläne seien noch nicht fertig²⁴⁶.

In einem vermutlich für Himmler zu Siedlungsfragen im Osten angefertigten²⁴⁷ „Vortrag über Siedlung“²⁴⁸ wird bezüglich der Judenfrage unterschieden zwischen der

²⁴¹ Ebenda; Hervorhebung im Original.

²⁴² CDJC CXLIII-259, Bormann an Rosenberg, 3.11. 1940.

²⁴³ ADAP, D, XI,1, Dok. 298, S.415.

²⁴⁴ Lösener, Als Rassereferent im Reichsministerium des Innern, S.296–297.

²⁴⁵ Ebenda, S.296; Hervorhebungen im Original.

²⁴⁶ Ebenda, S.297.

²⁴⁷ So die plausible Vermutung von Benz, in: Ders., Dimension des Völkermords, S.2.

²⁴⁸ BAK NS 19/3979, (4.) Dezember 1940.

„Anfangslösung der Judenfrage durch Auswanderung“ und der „Endlösung der Judenfrage“. Mit der „Anfangslösung“ seien bisher insgesamt 501 711 Juden aus dem „Altreich seit 1933“, der „Ostmark seit 1938“ und dem „Protektorat seit 1939“ abgewandert. Hinzu komme ein „Sterbeüberschuß“ von 57 036, so daß die Gesamtzahl der zu diesem Zeitpunkt „noch im Reichsgebiet (einschließlich Protektorat) ansässigen Juden im Sinne der Nürnberger Gesetze“ [. . .] „315 642 Juden“ betrage. Für die „Endlösung“ kämen „durch Umsiedlung der Juden aus dem europäischen Wirtschaftsraum des deutschen Volkes in ein noch zu bestimmendes Territorium [!] [. . .] rund 5,8 Millionen Juden in Betracht“²⁴⁹. Daß hier der Ausdruck „noch zu bestimmendes Territorium“ verwendet wird, muß als bewußte Abkehr vom Madagaskar-Gedanken gewertet werden.

Dies wird bestätigt durch eine Aufzeichnung von Eichmanns Pariser Vertreter Dannecker, in der er am 21. Januar 1941 die Schaffung eines Zentralen Judenamtes in Paris vorschlug. Heydrich habe von Hitler über Himmler bzw. durch Göring den „Auftrag zur Vorlage eines Endlösungsprojektes erhalten“. Dank der „seit längerer Zeit geleisteten Vorarbeiten“ sei dann „das Projekt in seinen wesentlichsten Zügen ausgearbeitet“ worden und liege Hitler und Göring vor. Bei der Ausführung dieses von Dannecker nicht näher spezifizierten „Projektes“, womit aber offensichtlich der Madagaskar-Plan gemeint ist, handle es sich um eine „Riesenarbeit“, die sorgfältiger Vorbereitung bedürfe, die sich „sowohl auf die einer Gesamtabchiebung der Juden vorausgehenden Arbeiten als auch auf die Planung einer bis ins einzelne festgelegten Ansiedlungsaktion in dem noch zu bestimmenden Territorium erstrecken“ müsse²⁵⁰. Da Dannecker der Madagaskar-Plan zutiefst vertraut war – er selbst hatte ja sogar die Ausarbeitung an Rademacher übersandt –, kann hierin nur eine Abkehr vom ursprünglichen Zielort gemeint sein, da er sonst keinerlei Veranlassung gehabt hätte, das Territorium als noch unbestimmt zu kennzeichnen. Dannecker skizzierte denn auch das zukünftige Programm der Judenhäuser nicht nur für Frankreich, sondern für alle besetzten Teile Europas: „Erkennen und Herauslösen der Juden aus allen Verflechtungen in den Lebensgebieten und im Staatsleben; sodann zentral gesteuerte *Verwaltung der Juden* und ihres Besitzes bis zum Abschubtermin“²⁵¹.

Die Abkehr vom projektierten Ziel Madagaskar wurde allerdings nicht sofort in allen mit der Judenfrage beteiligten Stellen bekannt, und das Wissen hierum verbreitete sich vom Zentrum über das Hauptverfolgungsinstrument SS bzw. Reichssicherheitshauptamt erst nach und nach in die anderen Bereiche, wie beispielsweise am Bericht des Leiters der Abteilung Umsiedlung beim Gouverneur des Distrikts Warschau, Waldemar Schön, vom 21. Januar 1941 deutlich wird²⁵². Nachdem Schön ausführlich die

²⁴⁹ Ebenda.

²⁵⁰ CDJC V-59, Aufzeichnung Danneckers vom 21. 1. 1941, abgedruckt in: Klarsfeld, Vichy-Auschwitz, S. 361 f.

²⁵¹ Klarsfeld, Vichy-Auschwitz, S. 362; Hervorhebung im Original.

²⁵² IfZ, MA 708/2, S. 792–816, Referat des Leiters der Abteilung Umsiedlung Waldemar Schön über die Bildung des jüdischen Wohnbezirks gehalten auf der Distrikts-Arbeitstagung in Warschau am 20. Januar 1941 anlässlich des Besuchs des Herrn Generalgouverneurs.

Schön war von 1940 bis Mai 1941 Leiter der Abteilung Umsiedlung im Amt des Gouverneurs des Bezirks Warschau und in dieser Funktion auch für den jüdischen Wohnbezirk zuständig; zu seiner Tätigkeit und grundsätzlichen Einstellung als „Aushungerer“ vgl. Browning, Nazi Ghettoization Policy in Poland: 1939–1941, S. 343–368, hier S. 351–354. Browning unterscheidet für die Ghetto-Politik zwischen solchen Behördenvertretern, die die Ghettos durch eigene

Geschichte und Entwicklung der Judenbehandlung geschildert hatte, schloß er mit der Bemerkung, man wolle „der Welt zeigen, daß wir in dieser unserer kolonisatorischen Arbeit mit dem Judenproblem, auch wenn es als Massenproblem auftritt, fertig zu werden in der Lage sind. Der Parasit aller Völker wird auf einem neugefundenen Wege doch noch der menschlichen Gemeinschaft nutzbar gemacht.“ Daher stelle der jüdische Wohnbezirk in Warschau „in seiner Entwicklung politisch eine Vorstufe der vom Führer geplanten Ausnützung der jüdischen Arbeitskräfte in Madagaskar dar“²⁵³. Schöns Referat ist aber auch in anderer Hinsicht bemerkenswert, denn in der Darstellung der Diskussion um einen geschlossenen Wohnbezirk läßt sich auch die Entwicklung des Madagaskar-Plans nachvollziehen.

Nach Schöns Schilderung war Anfang April 1940 vom Höheren SS- und Polizeiführer in Krakau nach Warschau mitgeteilt worden, daß eine Zusammenfassung der Juden im Distrikt Lublin nicht beabsichtigt sei, woraufhin die Abteilung Umsiedlung die bereits einmal begonnenen und wieder abgebrochenen „vorbereitenden Arbeiten für die Bildung jüdischer Wohnbezirke im Distrikt Warschau erneut aufgenommen“ habe. Die Abteilung habe daraufhin die „Bildung zweier Stadtrandghettos“ vorgeschlagen²⁵⁴ und den Beginn der Aktionen auf Anfang Juli 1940 festgesetzt, um vor dem Winter fertig zu sein. „Schon im ersten Stadium der Vorbereitungen wurde von Krakau die Weisung gegeben, alle Gettobildungsarbeiten mit Rücksicht darauf einzustellen, daß nach dem Plane des Führers die Juden Europas nach Kriegsende auf Madagaskar angesetzt werden sollten und daher eine Gettobildung praktisch illusorisch sei. Die vorbereitenden Arbeiten der Abteilung Umsiedlung wurden daraufhin wieder eingestellt. Ende August 1940 wurde dann die Gettobildung erneut von der Abteilung Gesundheitswesen, besonders im Hinblick auf die sich steigernden Truppenmassierungen im Raume des Distrikts Warschau, zum Schutze der deutschen Armee und Bevölkerung gefördert. Die Abteilung Innere Verwaltung im Amte des Generalgouverneurs bestätigte unter dem 20. August 1940 die Notwendigkeit der Bildung jüdischer Wohnbezirke.“²⁵⁵

Diese Darstellung belegt den bereits im August eingetretenen grundlegenden Wandel in der Madagaskar-Frage, der, durch die allgemeine Kriegslage und die Kriegführung Hitlers bedingt, die Nichtrealisierbarkeit des Madagaskar-Projekts sukzessive offenkundig werden und die Suche nach durchführbaren Alternativen angeraten sein ließ.

Hitler hatte in dieser Zeit, Anfang 1941, den Madagaskar-Plan nicht nur an ein fernes Ende, den Entscheidungshorizont nach dem Krieg, verschoben, er dachte „über manches jetzt anders, nicht gerade freundlicher“, wie er selbst am 2. Februar nebulös in ei-

Produktion und Exporte nach außen überlebensfähig halten („productionists“/„Arbeitsbeschaffer“), und solchen, die nach dem völligen Verbrauch der Werte innerhalb des Ghettos die Juden ihrem Schicksal, sprich dem Verhungern überlassen wollten („attritionists“/„Aushungerer“); zu dieser Unterscheidung vgl. auch Browning, Vernichtung und Arbeit, S.42. Gegen die These von der „automatischen“ (oder auch „kumulativen“) Radikalisierung durch einen bürokratisch-strukturalen Determinismus plädiert Browning mit einleuchtender Beweisführung dafür, daß die Vernichtungsmaschinerie vom Zentrum Berlin aus, das heißt durch Hitler in Gang gesetzt wurde; Browning, Nazi Ghettoization Policy, S.364–366.

²⁵³ Schön, S. 816.

²⁵⁴ Ebenda, S. 794.

²⁵⁵ Ebenda, S. 795.

nem Gespräch mit Keitel, Bormann, Hewel, Ley und Speer erklärte²⁵⁶. Hitlers Heeresadjutant Major Gerhard Engel notierte dazu in seinem Tagebuch, daß „wieder einmal [. . .] eingehend, von Ley angeschnitten, die Judenfrage“ erörtert worden sei. Hitler trug „in längeren Ausführungen vor, wie er sich alles denkt. Erstens würde der Krieg die Lösung dieser Frage beschleunigen, andererseits träten aber auch viele zusätzliche Schwierigkeiten auf. Habe ursprünglich nur in seiner Macht gelegen, die jüdische Macht höchstens in Deutschland zu brechen, müsse jetzt das Ziel sein, den jüdischen Einfluß im gesamten Machtbereich der Achse auszuschalten. In einigen Ländern, wie in Polen, in der Slowakei, könne er das mit seinen Organen allein machen. In Frankreich sei das nach dem Waffenstillstand schon bedeutend schwieriger, und gerade dort sei es besonders wichtig. Wenn er nur wüßte, wo man ein paar Millionen Juden hintun könne; so viel seien es ja gar nicht. Er werde an Frankreich herantreten und die Franzosen auffordern, auf der Insel Madagaskar Raum für eine Umsiedlung zur Verfügung zu stellen.“²⁵⁷ Auf Bormanns Frage, wie denn die Juden im Krieg dahin kommen sollten, meinte Hitler, „das müßte man überlegen. Am liebsten stelle er seine ganze KdF-Flotte zur Verfügung, aber das sei eben im Kriege schwierig, denn er wolle nicht, daß deutsche Besatzungen durch den Torpedo eines feindlichen U-Bootes untergingen“ und äußerte jenes bereits zitierte Urteil, wonach er „über manches jetzt anders, nicht gerade freundlicher“ dächte²⁵⁸.

Diese Äußerungen waren mehr eine im vorgeblich gutwilligen Plauderton erzeugte Reminiszenz an etwas, das er längst als der Kriegführung inadäquat und unrealisierbar aus seinem Maßnahmenkatalog zur Judenfrage gestrichen hatte, denn falls er jemals ernsthafte Absichten in dieser Richtung einer Lösung der Judenfrage verfolgt hat, hätte er mit den detaillierten Planungen des Reichssicherheitshauptamtes, die seit August des Vorjahres vorlagen, lange an die französische Seite herantreten, in den Gesprächen mit dieser zumindest als einer möglichen Nachkriegsperspektive darauf verweisen können, doch war ihm dies offensichtlich keine ernsthaften Anstrengungen wert. Hitlers Äußerungen aus dieser Zeit stellten darüber hinaus insofern eine Zäsur dar, als sie schon auf die sich anbahnende Entladung seiner ideologischen Orientierung im Lebensraum- und Vernichtungskrieg in Richtung Osten verwiesen²⁵⁹.

Der Madagaskar-Plan, der unter den Auspizien des Krieges im Westen aufgekommen war und mit dessen Pattsituation gegenüber Großbritannien von Beginn an in einem von der Kriegführung abhängigen Schwebezustand verweilte, blieb zwar weiterhin existent, doch für die als realisierbar zu kalkulierende Entscheidungsfindung nicht mehr relevant. Wenngleich er auch künftig vielfach als auf die Zeit „nach dem Krieg“ verschoben und in dieser Hinsicht als vermeintlich nach wie vor von unterschwelliger

²⁵⁶ Kotze, Heeresadjutant bei Hitler 1938–1943, S. 95.

²⁵⁷ Ebenda, S. 94.

²⁵⁸ Ebenda, S. 95.

²⁵⁹ Hilberg setzt diese Besprechung an den Anfang der Entschlußbildung zur Ermordung der europäischen Juden; Hilberg, Die Aktion Reinhard, S. 125–136, hier S. 125. Hans Mommsen hat dazu allerdings kritisch eingewandt, „daß den Äußerungen des Engel-Tagebuches eine Präzision insbesondere bezüglich der Daten nicht beigelegt werden“ könne; ebenda, S. 137. Zur Fragwürdigkeit der Datierungsgenauigkeit vgl. die Einleitung zu Engels Aufzeichnungen durch die Herausgeberin, S. 12f. Gleichwohl ist festzuhalten, daß die Zäsur dieses Zeitraums Anfang Februar evident ist.

Aktualität betrachtet wurde, hatte der Plan seine Realitätsnähe schon im August und September 1940 eingebüßt, und Hitler war dieser Einschätzung zunächst unausgesprochen, dann deutlich gefolgt, behielt den Gedanken an Madagaskar aber gleichwohl in seinem Verbalrepertoire, wenn er sich zur Judenfrage äußerte, ohne daß diesen Erklärungen Bedeutung für seine jeweils aktuellen Entscheidungen in der Judenverfolgung zukam.

Die denkbaren Möglichkeiten eines anderen Kriegsverlaufs einmal hypothetisch durchgespielt, ist es allerdings durchaus fraglich, ob Hitler sich nach einem Sieg im Westen für einen Versuch der Umsetzung der Madagaskar-Planungen entschieden hätte oder nicht vielmehr unter den Auspizien dieses vollständigen Triumphes umgehend mit der ganzen, dann zur Verfügung stehenden, Schlagkraft in Richtung seines programmatischen Ziels, des als kaum widerstandsfähig perzipierten Sowjetreiches im Osten, marschiert wäre. Die Frage, ob Hitler bei einem schnellen Kriegsende gegen die Sowjetunion und einer Fortdauer des Krieges gegen Großbritannien den Versuch unternommen hätte, das Madagaskar-Projekt umzusetzen, ist kaum plausibel, da sich in diesem Falle keine grundsätzlichen Veränderungen der Lage im Westen gegenüber 1940 im Hinblick auf die Realisierbarkeit des Plans ergeben und inzwischen die Gebiete des Ostens zur Verfügung gestanden hätten, die in diesem Falle darüber hinaus bereits zum Teil erprobte „Lösungswege“ boten.

Bei einem vollständigen Sieg gegen die Briten im Westen wie gegen die Sowjetunion im Osten, der dritten Variante, wären die Vereinigten Staaten grundsätzlich herausgefordert gewesen. Diese Hypothese fortgeführt, ist es selbst für den Fall, daß die Amerikaner und die übrige Welt einer mehrere Jahre dauernden Deportation der europäischen Juden und den mit Sicherheit auftretenden enormen Problemen auf der Insel ruhig zugesehen hätten, höchst unwahrscheinlich, daß Hitler, angesichts der dann zur Verfügung stehenden verhältnismäßig risikofreien Möglichkeiten des Ostens, ein von derart großen Unwägbarkeiten geprägtes Projekt wie den Madagaskar-Plan in Angriff genommen hätte. Der Madagaskar-Plan hatte im Krieg keine Chance, verwirklicht zu werden, und ob ihm im Frieden eine solche gegeben worden wäre, ist überaus zweifelhaft.

Es kann und soll im folgenden nicht darum gehen, die Genesis der „genozidalen Endlösung“, die weitere „Entschlußbildung und Verwirklichung“²⁶⁰ und die kontroverse Diskussion um den genauen Zeitpunkt nachzuzeichnen, an dem Hitler den Mord an den europäischen Juden befahl. Mit Hitlers Entscheidung zur Aufstellung der Einsatzgruppen im Frühjahr 1941, dem „Kommissarbefehl“ und dem Beginn des Mordens der „Truppen des Weltanschauungskrieges“²⁶¹ ab dem 24. Juni begann auch praktisch jene

²⁶⁰ So der Untertitel jenes bereits genannten, von Jäckel und Rohwer herausgegebenen Buches, das bislang den besten Überblick über die Entwicklung der „genozidalen Endlösung“ und die dabei kontroversen Standpunkte im einzelnen gibt. Was die Information über die Daten und Fakten angeht, ist Hilbergs Buch über die „Vernichtung der europäischen Juden“ nach wie vor unverzichtbar. Die „Dimension des Völkermords“ ist inzwischen in einer profunden und überaus gründlichen Studie im genannten Werk gleichen Titels, das von Benz herausgegeben wurde, eingehend beschrieben.

²⁶¹ Vgl. Krausnick/Wilhelm, Die Truppe des Weltanschauungskrieges.

bereits gedanklich fixierte „Genese der Endlösung“, die sich dann im Sommer mit der Entwicklung von Gaswagen und ersten Vergasungsversuchen in Auschwitz fortsetzte, schließlich im Herbst des Jahres, Ende November in Kowno gegen deutsche Juden und Anfang Dezember in Chelmino gegen polnische Juden, das Vernichtungswerk in speziellen Lagern beginnen ließ und das sich dann, auf der Wannsee-Konferenz administrativ koordiniert, zur versuchten Ausrottung aller greifbaren Juden Europas steigerte. Die zentrale und vielfach treibende Rolle, die Hitler hierbei spielte, ist nicht zu übersehen. Diese Vernichtungspolitik war in seiner Ideologie angelegt, und als sich ihm die Chance zur Umsetzung bot, hat er sie, unterstützt durch den auf ihn als zentraler Entscheidungsinstanz hin orientierten Verfolgungsapparat, ergriffen.

Spielte Madagaskar dann noch eine Rolle? Und wenn ja, welche? Der Gedanke an Madagaskar als Lösung der Judenfrage erwies sich als weiterhin nützlich und wurde mittels sporadischer Erwähnung in Abständen in Erinnerung gerufen. Er wurde zu einer, ob seiner Vorgeschichte brauchbaren, Tarnmetapher und war geeignet, in die Irre zu führen und zu täuschen, weil viele, die sich, aus welchen Gründen auch immer, mit der Judenfrage beschäftigten, die damit verbundenen Vorstellungen und Pläne assoziierten und eine „Gutwilligkeit“ zubilligen mochten.

So sprach Hitler noch am 2. Juni 1941 in einer Unterhaltung mit Mussolini davon, „daß alle Juden nach dem Kriege ganz aus Europa hinaus müßten. Auch in den Ostgebieten (Lublin) könnten sie aus hygienischen Gründen nicht bleiben, weil sie infolge ihrer Unsauberkeit einen Krankheitsherd bildeten. Vielleicht könnte man sie in Madagaskar ansiedeln. Diese Insel würde bei der eigenen Bodenausnutzung für 15 Millionen Raum haben.“²⁶² Er erklärte dies, obwohl seine Mordentscheidung hinsichtlich aller greifbar werdenden Juden der Sowjetunion für den unmittelbar bevorstehenden Krieg gegen dieses Land bereits gefallen war.

Am 22. Juli 1941, einen Monat nach Beginn des „Unternehmens Barbarossa“ und dem ersten Wirken der „Einsatzgruppen“ im Rücken der rasch voranziehenden deutschen Wehrmacht, äußerte sich Hitler in einem Gespräch mit dem kroatischen „Marschall“ Slavko Kvaternik in einer ähnlich klingenden, doch in der Wortwahl schon leicht verschärften Verharmlosung seiner Absichten, als er meinte, „wohin man die Juden schicke, nach Sibirien oder nach Madagaskar, sei gleichgültig“. Allerdings hatte er Kvaternik auch zu verstehen gegeben, daß „wenn auch nur ein Staat aus irgendwelchen Gründen eine jüdische Familie bei sich dulde, [. . .] diese der Bazillusherd für eine neue Zersetzung werden [*würde*]. Gäbe es keinen Juden mehr in Europa, so würde die Eignigkeit der europäischen Staaten nicht mehr zerstört werden.“²⁶³

Die „Endlösung der Judenfrage“ sollte und konnte im Osten gesucht werden, wozu die raschen Erfolge vom Sommer 1941 nicht nur die entsprechende Macht und den nötigen Raum, sondern auch die wünschenswerte Anonymität boten.

Der im Amt des Botschafters in Frankreich, Otto Abetz, für Judenfragen zuständige Carltheo Zeitschel hielt am 22. August 1941 in einer Aufzeichnung für seinen Chef fest, daß die „fortschreitende Eroberung und Besetzung der weiten Ostgebiete [. . .] das Ju-

²⁶² Hillgruber, Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler, S. 573 f., 2. 6. 1941.

²⁶³ ADAP, D, XIII, 2, Anhang III, Aufzeichnung des Gesandten Walther Hewel über eine Unterredung Hitlers mit Kvaternik vom 22. Juli 1941, S. 838.

denproblem in ganz Europa in kürzester Zeit einer endgültigen, befriedigenden Lösung“ näher bringen könne. Die „seit Jahren spuckende“ [sic!] und nach seinen Informationen „von Admiral *Darlan* vor einigen Monaten neuerdings ventilerte Idee, alle Juden Europas nach Madagaskar zu transportieren“, sei zwar „an sich nicht schlecht, dürfte aber unmittelbar nach dem Kriege an unüberwindliche Transportschwierigkeiten stossen, da die durch den Krieg stark dezimierte Welttonnage sicher zu anderen Dingen wichtiger gebraucht wird, als grosse Mengen von Juden auf den Weltmeeren spazieren zu fahren. Ganz abgesehen davon, dass ein Transport von nahezu 10 Millionen, selbst wenn zahlreiche Schiffe zur Verfügung stünden, jahrelang dauern würde.“ Von den Plänen Rademachers und den Dimensionen des Reichssicherheitshauptamt-Projektes war ihm offensichtlich nichts Konkretes bekannt. Zeitschel rechnete mit einem baldigen Kriegsende und meinte, man müsse die rund sechs Millionen Juden der in den letzten Wochen eroberten Gebiete „sowieso bei der Neuordnung des Ostraums irgendwie zusammenfassen“. Er sprach sich hierbei für ein abgegrenztes Territorium aus, in das auch alle anderen Staaten ihre Juden „abzustossen“ Gelegenheit haben sollten, ohne allerdings näheres darüber zu äussern, was dort mit ihnen geschehen sollte²⁶⁴.

Der Madagaskar-Plan war seit langem irrelevant geworden, fristete aber nach wie vor seine Schubladenexistenz und war nach Aussage Wislicenys sogar im Oktober 1941 noch Gegenstand von Besprechungen in Berlin zwischen Eichmann und seinen Beauftragten in den einzelnen Ländern, wenngleich er dort kaum als für die seinerzeitige Judenpolitik belangvoll behandelt worden sein dürfte²⁶⁵. In manchen Kreisen galt er, symptomatisch für die unsystematische Informationsverbreitung innerhalb der vielfach konkurrierenden Behörden des „Dritten Reiches“, weiterhin als nur auf den Nachkriegshorizont verschoben, wohingegen im Entscheidungszentrum die Orientierung auf noch radikalere Lösungen der Judenfrage gerichtet war. So ist es nicht verwunderlich, daß man den Madagaskar-Plan zunächst nicht einmal offiziell ad acta zu legen für nötig befand.

Dies geschah erst fünf Monate später in einer Mitteilung Rademachers an den Gesandten Bielfeld vom 10. Februar 1942. Rademacher nahm darin Bezug auf den im August 1940 von seinem Referat übergebenen und von ihm „entworfenen Plan zur Endlösung der Judenfrage, wozu die Insel Madagaskar von Frankreich im Friedensvertrag gefordert, die praktische Durchführung der Aufgabe aber dem Reichssicherheitshauptamt übertragen werden sollte. Gemäß diesem Plan ist Gruppenführer Heydrich vom Führer beauftragt worden, die Lösung der Judenfrage in Europa durchzuführen. Der Krieg gegen die Sowjetunion hat inzwischen die Möglichkeit gegeben, andere Territorien für die Endlösung zur Verfügung zu stellen. Demgemäß hat der Führer entschieden, daß die Juden nicht nach Madagaskar, sondern nach dem Osten abgeschoben werden sollen. Madagaskar braucht mithin nicht mehr für die Endlösung vorgesehen zu werden.“²⁶⁶

²⁶⁴ CDJC V-15, Aufzeichnung Zeitschels für Abetz, 22. 8. 1941; vgl. Bulletin du Centre de Documentation juive Contemporaine No. 7, November 1945, S. 3.

²⁶⁵ Bericht Wislicenys vom 18. 11. 1946, in: Poliakov/Wulf, Das Dritte Reich und die Juden, S. 90.

²⁶⁶ PAAA Inland IIg 177, Hausmitteilung Rademachers an Bielfeld vom 10. Februar 1942, abgedruckt in: Vogel, Stempel, Dok. 105, S. 334–335. Daß Rademacher den Plan hier als von seinem Referat entworfen bezeichnet, kann sich nur auf die gedankliche Urheberchaft zum Projekt-Entwurf des Reichssicherheitshauptamtes beziehen.

Für einige Beamte war der Madagaskar-Plan gleichwohl nach wie vor Bestandteil ihres Erwartungskataloges. Der Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Woermann, forderte in einer Anfrage am 14. Februar 1942 dazu auf, „bei der Bedeutung, die diese Entscheidung hat“, ihm mitzuteilen, „auf welchen Quellen die Angabe [Rademachers] beruht“²⁶⁷. Daß Woermann über die lange eingetretenen Veränderungen in der Behandlung der Judenfrage nicht im Bilde war, wird auch aus einem Bericht zur „Frage eines kolonialen Ausgleichs zwischen Deutschland, Frankreich und Spanien in Afrika“²⁶⁸ deutlich, den er am 21. Januar 1942 auf Anweisung von Ribbentrops an diesen übermittelte. Hierin hielt er, einen Tag nach der Wannsee-Konferenz, noch fest, „für den Judenstaat: vielleicht Madagaskar“ in Betracht zu ziehen. Dies kann auch als ein Zeichen dafür gewertet werden, wie sehr innerhalb des Auswärtigen Amtes gerade die Judenpolitik von Luthers Abteilung und Rademacher dominiert wurde.

Am 24. Februar antwortete Rademacher Woermann in einer Notiz, die Entscheidung gegen Madagaskar basiere darauf, „daß der Madagaskar-Plan des Referats D III auf Grund der neuen Entwicklung, wie sie Obergruppenführer Heydrich Unterstaatssekretär Luther dargelegt hat, hinfällig geworden ist“²⁶⁹. Mit der beschriebenen Darlegung ist die Konferenz am Wannsee gemeint, an der als Vertreter des Auswärtigen Amtes Martin Luther teilgenommen hatte.

Gleichwohl spukte der Madagaskar-Gedanke als willkommenes Irrlicht weiter. Am 7. März 1942 notierte Goebbels in seinem Tagebuch über das Protokoll der Wannsee-Konferenz, es ergäben „sich eine Unmenge von neuen Gesichtspunkten. Die Judenfrage muß jetzt im gesamteuropäischen Rahmen gelöst werden. Es gibt in Europa noch über 11 Millionen Juden. Sie müssen später einmal zuerst im Osten konzentriert werden; eventuell kann man ihnen nach dem Kriege eine Insel, etwa Madagaskar, zuweisen.“²⁷⁰ Dies war kaum mehr als eine spontane Assoziation über ein Feld, in dem er gerade erst die volle Dimension der „Lösungsmöglichkeiten“ zu sehen begann.

Er meinte weiter, jetzt sei „die Situation reif, die Judenfrage einer endgültigen Lösung zuzuführen. Spätere Generationen werden nicht mehr die Tatkraft und auch nicht mehr die Wachheit des Instinkts besitzen. Darum tun wir gut daran, hier radikal und konsequent vorzugehen.“²⁷¹ Worin diese endgültige Lösung bestand, wollte selbst er nicht in Worte fassen, als er sie drei Wochen später „ein barbarisches, nicht mehr zu beschreibendes Verfahren“ nannte, bei dem „von den Juden selbst [. . .] nicht mehr viel übrig“ bleibe. An den Juden werde „ein Strafgericht vollzogen, das zwar barbarisch ist, das sie aber vollauf verdient haben“. Auch hier sei Hitler „der unentwegte Vorkämpfer und Wortführer einer radikalen Lösung, die nach Lage der Dinge geboten ist

²⁶⁷ PAAA Inland IIg 177, Woermann an Rademacher, 14.2. 1942, abgedruckt bei Vogel, Stempel, Dok. Nr. 106, S. 335.

²⁶⁸ STAN NG-5741.

²⁶⁹ PAAA Inland IIg 177, Notiz Rademachers für Luther mit der Bitte um Unterrichtung Woermanns vom 24.2. 1942, abgedruckt in: Vogel, Stempel, S. 335–336.

²⁷⁰ Die Tagebücher von Joseph Goebbels, hrsg. v. Elke Fröhlich, Teil II, Bd. 3, S. 431. Goebbels habe, so berichtete Moritz von Schirmeister, bis zum 1. Juli 1943 Goebbels' persönlicher Pressereferent, in seiner Aussage vor dem Nürnberger Gerichtshof, noch bis „etwa einschließlich das erste Jahr des Rußlandfeldzuges . . . in den von ihm geleiteten Konferenzen wiederholt den Madagaskar-Plan erwähnt“; IMG, Bd. XVII, S. 275 f., Aussage vom 29.6. 1946.

²⁷¹ Lochner, Goebbels-Tagebücher, S. 114, 7.3. 1942.

und deshalb unausweichlich erscheint. Gottseidank haben wir jetzt während des Krieges eine ganze Reihe von Möglichkeiten, die uns im Frieden verwehrt wären. Die müssen wir ausnutzen.“²⁷²

Auch Hitler befahl, trotz der veränderten Kriegslage und der eigenen Entscheidungssituation in der Judenfrage, zuweilen noch der Gedanke an Madagaskar. Am 15. Mai 1942 meinte er in einem Tischgespräch, „daß der Jude als Parasit der klimafesteste Mensch der Erde sei und sich im Gegensatz zum Deutschen in Lappland genauso wie in den Tropen einlebe, das bedecke natürlich kein einziger, der seine Krokodilstränen hinter einem nach dem Osten abtransportierten Juden herweine“²⁷³. Zwei Wochen später, am 29. Mai, bemerkte er, „ganz Westeuropa“²⁷⁴ müsse deshalb nach einer bestimmten Zeit völlig judenfrei sein. Das sei schon allein deshalb erforderlich, als es unter den Juden immer einen gewissen Prozentsatz von Fanatikern gebe, der das Judentum wieder hochzubringen suche. Es empfehle sich deshalb auch nicht, die Juden nach Sibirien abzuschieben, da sie dort nur bei ihrer Klimafestigkeit gesundheitlich noch besonders abgehärtet würden. Viel richtiger sei es, sie – da die Araber sie in Palästina nicht haben wollten – nach Afrika zu transportieren und sie damit einem Klima auszusetzen, das jeden Menschen unserer Widerstandsfähigkeit beeinträchtige und damit jede Interessenüberschneidung mit europäischem Menschentum ausschließe.“²⁷⁵ Am 24. Juli 1942 erwähnte Hitler auch Madagaskar selbst: „In diesem II. Weltkrieg als einem Ringen auf Leben und Tod dürfe nie vergessen werden, daß das Weltjudentum nach der Kriegserklärung des Weltzionistenkongresses und seines Führers Chaim Weizmann (in seiner Botschaft an Englands Premier Chamberlain) der unerbittlichste Gegner des Nationalsozialismus, der Feind Nummer 1 sei. [...] Nach Beendigung des Krieges werde er sich daher rigoros auf den Standpunkt stellen, daß er Stadt für Stadt zusammenschlage, wenn nicht die Juden herauskämen und nach Madagaskar oder einem sonstigen jüdischen Nationalstaat abwanderten.“²⁷⁶ Dies war nurmehr pure Heuchelei, al-

²⁷² Lochner, Goebbels-Tagebücher, S. 142f., 27.3. 1942. Goebbels nimmt hier ausdrücklich Bezug auf Hitlers Reichstagsrede vom 30. Januar 1939, in der er die Vernichtung der Juden für den Kriegsfall, den er selbst intensiv vorbereiten ließ, „prophezeit“ hatte; vgl. Kap. V.16.

²⁷³ Picker, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941–1942, Bonn 1951. 1963 folgte eine neue Ausgabe, hrsg. v. Schramm. 1976 gab Picker die „Tischgespräche“ mit eigenen Kommentaren versehen neu heraus, ein unveränderter Nachdruck erschien 1989; Zitate nach der Ausgabe 1989, hier S.306; in der Ausgabe von 1951 fehlen die Worte „als Parasit“, S.310.

²⁷⁴ Picker, 1989, S.340; in der Ausgabe von 1951 steht statt „ganz Westeuropa“ „ganz Europa“, S.311.

²⁷⁵ Picker, 1989, S.340.

²⁷⁶ Picker, 1989, S.456. Picker bezieht auch die Äußerung vom 29. Mai zu Afrika eindeutig auf Madagaskar. Pickers Kommentare bedürfen einiger grundsätzlicher Korrekturen. So behauptet er an dieser Stelle, die polnische Regierung habe anlässlich der „Juden-Auswanderungskonferenz von Evian . . . den europäischen Staaten die Errichtung eines eigenen Juden-Nationalstaates an der ostafrikanischen Küste, und zwar auf der Insel Madagaskar vorgeschlagen“. Wie vor dem Hintergrund des Kapitels IV der vorliegenden Untersuchung leicht erkennbar, ist diese Behauptung nicht zutreffend. Polen versuchte mehrfach seine „Judenfrage“, und hier insbesondere das Problem der im Oktober aus Deutschland ins Niemandsland an der Grenze zwangsdeportierten Juden polnischer Abstammung, auf die Tagesordnung des Evian-Komitees zu bringen. Diese Bemühungen scheiterten durchweg, da die Evian-Mächte fürchteten, mit der Einbeziehung dieser wenigen Zehntausend ein Einfallstor für polnische Massenemigrationsbestre-

lenfalls eine aus Gedankenspielerlei geborene verbale Nebelkerze Hitlers, mit der er einen bekannten Topos, der zugleich einmal Gegenstand konkreter Planungen gewesen war, aufgriff, um die tatsächlich ablaufenden Maßnahmen gegen die Juden nicht beim Namen zu nennen²⁷⁷.

bungen zu öffnen. Von einer polnischerseits intendierten Schaffung eines „Juden-Nationalstaates“ auf Madagaskar kann keine Rede sein.

Auch andere kommentierende Äußerungen Pickers sind mit äußerster Vorsicht zu genießen. So ist seine Beurteilung der Judenpolitik Hitlers in mehrfacher Hinsicht fragwürdig, schwingt in seinen Kommentaren zu den ansonsten korrekten Notizen aus der Kriegszeit doch häufig eine verständnisvolle Apologetik mit. Exemplarisch ist seine Ansicht, die „Reichskristallnacht“ sei gegen Hitlers Willen von Goebbels und Himmler [!] inszeniert worden, womit er [Hitler] sich das „organisierte *Weltjudentum* mit seinem einzigartigen Einfluß in Staat, Wirtschaft und Presse der USA zum *Feind Nr. 1*“ gemacht habe. Dies mündet in der von Hitler selbst aufgetragenen und von Picker übernommenen Ansicht, die Folge sei gewesen, „daß dieses organisierte Weltjudentum ihm (Hitler) mit der Unterschrift des Zionistenführers Chaim Weizmann, des späteren Präsidenten des Staates Israel, bereits am 5. September 1939 offiziell den Krieg erklärte“; Picker, 1989, S. 17, ähnlich S. 305. Als ob der politische Interessenverband und das Nicht-Völkerrechtssubjekt Zionistenkongreß – ohne Nationalterritorium, Armee und Verwaltung – dem souveränen Staat und Völkerrechtssubjekt Deutsches Reich den Krieg hätte erklären können. Daß die meisten Juden in der Welt als Mitglieder anderer Nationen angesichts der von den Nationalsozialisten verübten Verbrechen gegen die deutschen und europäischen Juden ihren Platz an der Seite jener sahen, die nach dem Ausgriff der Deutschen über ihre Grenzen diese Expansion beenden wollten, ist nur allzu leicht nachvollziehbar. Dabei waren und blieben sie stets Angehörige ihrer Nation und kämpften nicht etwa, absurde Vorstellung, unter der Flagge des Zionistenkongresses. Bemerkenswert ist aber vor allem die im erläuternden Kommentar Pickers mehrfach wiederholte Behauptung, wonach Hitler 1940/41 über Schacht versucht habe, eine Massenauswanderung der Juden „nach Madagaskar oder nach einem sonstigen (nicht auf arabischem Gebiet zu errichtenden!) ‚jüdischen Nationalstaat‘ zu bewerkstelligen“; Picker 1989, S. 305. Erst als dies ergebnislos geblieben sei, „weil die jüdisch beeinflussten Weltbanken die Vorfianzierung und Großbritannien das freie Geleit für die Auswanderer-Schiffe versagten“, sei mit der Wannsee-Konferenz die „Endlösung der Judenfrage“ im Sinne einer Massendeportation nach Osten in die Wege geleitet worden. Hierauf sei dann die Massenvernichtung in den „Himmelschen [!] Konzentrationslagern“ erfolgt; Picker 1989, S. 305. Das Bemühen, die historischen Fakten umzudeuten und Hitler aus der Verantwortung herauszuhalten, ist evident.

In bezug auf den Madagaskar-Plan interessiert aber vor allem die angebliche Beauftragung Schachts. Auch an anderer Stelle schreibt Picker, Hitler habe nach dem Frankreich-Feldzug den Madagaskar-Plan aufgegriffen und Schacht damit beauftragt, „ihn in Zusammenarbeit mit dem in Evian geschaffenen ‚Zwischenstaatlichen Komitee für jüdische Auswanderung‘“ zu realisieren. Schacht habe sein Bestes getan, die Dinge umzusetzen. „Zur Finanzierung schlug er eine internationale Umsiedlungsanleihe vor, die die Überführung der Juden von Europa nach Madagaskar möglich machen sollte. Sein Plan sah vor, daß diese Anleihe vom Deutschen Reich binnen 20 Jahren aus dem in Deutschland beschlagnahmten jüdischen Vermögen verzinst und zurückgezahlt werden sollte.“ Die Anleihe sei am „No‘ der angesprochenen jüdischen Weltbanken“ gescheitert, sowie „technisch am ‚No‘ der britischen Regierung, die ein ‚freies Geleit‘ für die Auswanderungsschiffe verweigerte, obwohl sich die Schweiz und Schweden auf die entsprechenden Interventionen des (damals noch provisorischen) Genfer Weltkirchenrates als Transferländer zur Verfügung gestellt hatten. Vergeblich intervenierte der Generalsekretär des Weltkirchenrates Dr. Visser't Hooft persönlich in London und über seine amerikanischen Freunde in Washington. Selbst Demarchen des hochangesehenen orthodoxen Erzbischofs beider Amerikas und späteren Ökumenischen Patriarchen Athenagoras I. blieben ohne praktisches Ergebnis“; Picker 1989, S. 340f. (Der ökumenische Patriarch Spyrou Athenagoras (1886–1972) war von 1930 bis 1948 Erzbischof von Nord- und Südamerika; Willem Adolf Visser't Hooft (1900–1985) von 1938 bis 1966 Generalsekretär des Weltkirchenrates.)

Madagaskar eignete sich auch deshalb, zur Tarnung und Täuschung mißbraucht zu werden, weil in dieser Zeit mit dem Stichwort zumindest die Idee einer „humaneren“ Lösung des Judenproblems, sprich einer nicht direkt „genozidalen Endlösung“ verbunden wurde. Der Treblinka-Flüchtling Jakob Rabinowicz berichtete Emanuel Ringelblum, dem Chronisten des Warschauer Ghettos, im Oktober 1942, daß die Hoffnungen auf eine „Madagaskar-Lösung“ sogar soweit mißbraucht werden konnten, die Todeskandidaten im Vernichtungslager Treblinka zu täuschen. Das Lager mußte wegen der Bombenabwürfe sowjetischer Flugzeuge im Generalgouvernement verdunkelt werden, und der deutsche Lagerkommandant fürchtete Fluchtversuche. Deshalb versicherte er in einer Ansprache gegenüber den Häftlingen, Hitler und Roosevelt hätten sich auf die Ansiedlung polnischer Juden auf Madagaskar geeinigt und schon am nächsten Morgen ginge der erste Zug aus Treblinka ab. Das Licht blieb gelöscht, die Dieselmotoren zur Vergasung wurden abgeschaltet, bis die Bomber das Lager überflogen hatten – dann lief die Mordmaschinerie weiter wie bisher²⁷⁸.

Picker nennt keinerlei Beleg für diesen angeblichen Auftrag Hitlers an Schacht – es gibt ihn auch nicht. Schacht führte bekanntlich vor dem Krieg Gespräche mit dem Ziel, die jüdische Auswanderung aus Deutschland mittels einer internationalen Anleihe zu erleichtern, allerdings ohne daß hier Madagaskar als Zielgebiet ins Auge gefaßt worden wäre. Die einzige Äußerung Schachts zu einer möglichen Judenauswanderung nach Madagaskar findet sich in dem bereits erwähnten Schreiben vom 7. Juli 1938, als er in Reaktion auf einen Vorschlag Fricks seine Bedenken gegen die geplante „Ausscheidung der Juden aus dem Wirtschaftsleben“ geltend machte und mögliche internationale Vereinbarungen zur Auswanderung von Juden nach Palästina, Abessinien und eben Madagaskar in die Diskussion brachte; PAAA Inland IIg 169; vgl. Kap. V. 14. Weder finden sich in den einschlägigen Akten Hinweise auf eine Aktivität Schachts in dieser Frage, noch hat Schacht, der bis Januar 1943 Minister ohne Geschäftsbereich blieb, selbst jemals solches für sich reklamiert. Er sah Hitler nach dem Frankreichfeldzug nur einmal für einen kurzen Augenblick auf dessen Empfang für alle Minister und Parteioberen am Anhalter Bahnhof in Berlin, nahm aber am anschließenden Treffen in der Reichskanzlei schon nicht mehr teil. Diese Veranstaltung fand am 15. Juli 1940 statt. Schachts letzte Zusammenkunft mit Hitler datiert vom Februar 1941. Auch dort ging es nicht um die Judenfrage, sondern Schacht teilte seine Wiederverheiratung mit; vgl. Schacht, 76 Jahre meines Lebens, S. 517–521.

²⁷⁷ Picker selbst bestätigt diesen Eindruck, 1989, S. 44. Im übrigen hatte Hitler bereits am 13. Mai nach der Eroberung der Insel durch die Briten, die eigenen Kräfte und Machtreichweiten durchaus realistisch einschätzend, festgestellt, „England denke nicht daran, Madagaskar wieder herauszugeben“; Picker, 1989, S. 293, Aufzeichnung vom 13. 5. 1942. Die Briten waren vom 5. bis 7. Mai auf der Insel gelandet, hatten den Flottenstützpunkt Diego Suarez besetzt und den Widerstand der rund 4 000 französischen Verteidiger (davon 800 Europäer) rasch gebrochen; vgl. Hillgruber/Hümmelchen, Chronik des Zweiten Weltkrieges, S. 67.

²⁷⁸ Sakowska, Archiwum Ringelbluma Getto Warszawskie, Dok. 62, S. 123, 25. 10. 1942.

